



Evaluation, Entwicklung und Neukonzeption des Förderprogramms „Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!“

Abschlussbericht

Dr. Frank Gesemann und Alexander Seidel
(mit Unterstützung durch Bastian Walther)



Berlin im Dezember 2022

DESI- Schriftenreihe Nr. 5

Evaluation, Entwicklung und Neukonzeption des Förderprogramms „Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!“. Abschlussbericht.

Inhalt

0	Vorwort des Staatssekretärs	5
1	Aufgabenstellung und Vorgehensweise	7
2	Jugend und Demokratie – Entwicklungen und Herausforderungen	8
2.1	Ausgangslage.....	8
2.2	Ausgewählte Ergebnisse neuerer Studien	9
2.3	Impulse aus der fachpolitischen Debatte	11
2.4	Vignetten: Perspektiven aus der Wissenschaft auf Demokratielernen und politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.....	14
2.5	Resümee – Demokratielernen und politische Teilhabe von jungen Menschen	19
3	Der „Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!“	22
3.1	Politische Bildung und Beteiligung in Berlin	22
3.2	Der Jugend-Demokratiefonds Berlin in der Gesamtwahrnehmung	22
3.3	Programmbereich 1: Projekte mit innovativer und/oder landesweiter Bedeutung	26
A)	Ausrichtung des Förderprogramms schärfen	26
-	Der Jugend-Demokratiefonds zwischen Projekt- und Strukturförderung	26
-	Erreichte Zielgruppen evaluieren	28
-	Der Jugend-Demokratiefonds zwischen Jugendbeteiligung und Demokratiebildung	28
B)	Strukturellen Aufbau des Jugend-Demokratiefonds verbessern.....	30
-	Steuerungsgruppe als „fachliches Kompetenzzentrum“ verstehen und nutzen	30
-	Verfahren für die Ausgestaltung des Programmbereichs 1B entwickeln	30
-	Entscheidungskompetenz der Fachjury festigen und von Steuerungsgruppe abgrenzen	31
-	Gremien- und programmbereichsübergreifende Kommunikation fördern.....	32
C)	Wahrnehmung nach außen und innen stärken	33
-	Sichtbarkeit und öffentliche Wahrnehmbarkeit des Programms erhöhen.....	33
-	Evaluation/Wirkungsanalyse und statistische Begleitung erweitern.....	34
-	Einbettung in landesweite Förderstrategien verbessern.....	35
3.4	Programmbereich 2: Aktionsfonds zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bezirken	36
	Selbstverständnis der Koordinator:innen	36
	Bewertung einzelner Aspekte des Jugend-Demokratiefonds.....	37
	Bewertung von Wirkungen, Herausforderungen und Potenzialen.....	40
4	Beteiligungserfahrungen und -wünsche junger Menschen	43
4.1	Landeschülerausschuss Berlin	43
4.2	Perspektiven von Jugendlichen auf den Jugend-Demokratiefonds.....	44
	Kurzportraits der Teilnehmer einer Gruppendiskussion.....	44

Grundsätzlich positive Bewertungen	44
Probleme und Herausforderungen	45
Verbesserungsvorschläge	47
Wirkungen.....	48
Diskussionpunkte und offene Fragen.....	49
4.3 Kinder- und Jugendjurs in Berliner Bezirken	50
4.4 Resümee – Erfahrungen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen	54
5 Fazit und Ausblick.....	55
6 Literatur	59
Anlage 1: Liste der Interview- und Gesprächspartner:innen	62
Impressum	64

0 Vorwort des Staatssekretärs

„Stark gemacht – Jugend nimmt Einfluss!“ – unter diesem Motto fördert der Jugend-Demokratiefonds des Landes Berlins seit 10 Jahren Initiativen und Beteiligungsprojekte von und mit Kindern und Jugendlichen. Die Förderung ermutigt junge Menschen, ihre Vorstellungen und Projekte umzusetzen und sich öffentlich für ihre Anliegen einzusetzen.



Viele der geförderten Projekte befassen sich mit Themen der unmittelbaren Lebenswelt junger Berliner*innen. Damit folgt der Jugend-Demokratiefonds einem umfassenden Demokratie- und Beteiligungsverständnis. Die besondere Programmstruktur des Jugend-Demokratiefonds nimmt verschiedene Ebenen in den Blick. Sie ermöglicht die Förderung sowohl landesweiter Projekte wie dem Berliner Jugendforum zum Dialog von Jugend und Politik sowie den U18-Wahlen als auch lokaler bezirksbezogener Vorhaben. Die Umsetzung der bezirklichen Aktionsfonds liegt in der Hand der Beteiligungsinitiativen, der Jugendjürs und der bezirklichen Jugendämter, die für eine örtliche Vernetzung des Programms sorgen.

Zu den bisher geförderten Projekten und Initiativen zählen innovative Formate wie die „Hackathons“ von Jugend Hackt. Mit einer STARK gemacht!-Förderung begannen sie in Berlin und wurden zu einem bundesweiten Programm. Junge Menschen arbeiten hier daran, mit ihren Programmierfähigkeiten die Welt zu verbessern. Darüber hinaus gehört beispielsweise das Jugendparlament zur Mitbestimmung in einer Gemeinschaftsunterkunft Geflüchteter in Pankow ebenso zu den geförderten Projekten, wie der Schüler*innen-Haushalt, der durch den Jugend-Demokratiefonds einen Impuls zur berlinweiten Ausweitung erhielt. Die Förderung von Kinder- und Jugend-Barcamps war ein Anstoß für die Entwicklung des Förderformates „Berliner Jugendjury“ und das Projekt „Bottom-Up“ war Ausgangspunkt für eine bezirkliche Strategie für Jugendbeteiligung.

In den 10 Jahren seit dem Start wurden rund 160.000 aktiv beteiligte Kinder und Jugendliche durch das Programm erreicht. Die Gesamtfördersumme lag einschließlich 2022 bei 6,35 Millionen Euro, die direkt an Förderprojekte ausgeschüttet wurden. Im Doppelhaushalt 2022/23 stehen rund 1,14 Millionen Euro für den Jugend-Demokratiefonds pro Jahr zur Verfügung.

Der Jugend-Demokratiefonds hat sich stetig weiterentwickelt. Ein Beispiel ist die Einrichtung der landesweiten Berliner Jugendjury, die seit rund fünf Jahren Fördermittel vergibt. Mit der Entscheidung des Abgeordnetenhauses, im Doppelhaushalt 2022/23 zusätzlich 150.000 Euro für den Jugend-Demokratiefonds zur Verfügung zu stellen, können wir das Programm weiter ausbauen. Die mit dem Jugend-Demokratiefonds verbundenen Kernaufgaben stehen – auch im Zusammenhang mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz – im Zentrum der Berliner Jugendpolitik und der Jugendarbeit.

Zum zehnjährigen Jubiläum in 2022 befragte das Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) Jugendliche, Fachkräfte, Gremien-Mitglieder und Partner*innen des Jugend-Demokratiefonds. Im Kern der Befragung standen nicht der Beifall für die gute und wertvolle Arbeit der vergangenen Jahre - dies wäre zu einfach gewesen. Hauptaugenmerk legte das Team vom DESI auf Anregungen sowie Potenziale – auch zur aktuellen Struktur und Arbeitsweise des Jugend-Demokratiefonds. Diese Rückmeldungen setzt das Institut in Bezug zu aktuellen Entwicklungen in der Fachpraxis, Wissenschaft und der Berliner Demokratielandschaft.

Der folgende Bericht führt die Impulse auf und verstärkt zukunftsweisende, vielversprechende Linien. Ziel des Berichtes ist es, mit Mitgliedern der Gremien des Jugend-Demokratiefonds eine weiterführende Diskussion über die Ausrichtung für die nächsten Jahre zu führen.

„Stark gemacht!“ bedeutet vor allem Anerkennung und Wertschätzung für das langjährige Engagement Jugendlicher, der Fachkräfte der Jugendarbeit sowie der vielen Unterstützer*innen und Förderer*innen des Jugend-Demokratiefonds. Die Freude über das Erreichte soll an dieser Stelle ganz besonders hervorgehoben werden, ohne die vielen Beispiele und Namen wichtiger Akteur*innen nennen zu können.

Die vielen positiven Projekterfahrungen können nicht genug betont werden. Hierfür lohnt der Besuch des Portals stark-gemacht.de, von www.instagram.com/stark_gemacht und das Abonnement des Newsletters.



Aziz Bozkurt

Staatssekretär für Jugend und Schuldigitalisierung

1 Aufgabenstellung und Vorgehensweise

Der Jugend-Demokratiefonds Berlin feiert im Jahr 2022 sein zehnjähriges Bestehen. Der Fonds ist „ein Beitrag, um demokratische Strukturen, Partizipation und die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin weiter auszubauen. Er soll Kinder und Jugendliche anregen, eigene Projektideen zu entwickeln, und sie bei der Umsetzung unterstützen.“

Der Fonds fördert Projekte und Mikroprojekte in drei Bereichen:

- innovative, befristete Projekte mit lokaler und/oder landesweiter Bedeutung,
- Sonderschwerpunkte und besondere Vorhaben auf Landesebene,
- Aktionsfonds zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bezirken.

Junge Menschen im Alter von zwölf bis 21 Jahren sollen durch ihre eigene und direkte Beteiligung Fähigkeiten erlernen und vertiefen, Demokratie zu erleben und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

Als Regiestelle des Förderprogramms hat die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin – in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – die „Evaluation, Entwicklung und Neukonzeption des Förderprogramms ‚Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!‘“ ausgeschrieben, um „auf das Erreichte schauen, eventuelle Leerstellen identifizieren und die Konzeption des Jugend-Demokratiefonds Berlin weiterentwickeln“ zu können (Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, 19.10.2021).

Die Evaluation, Entwicklung und Neukonzeption des Jugend-Demokratiefonds umfasst drei aufeinander aufbauende Arbeitsschritte: Eine Befragung von Schlüsselpersonen gibt zunächst Aufschluss über die derzeitigen Ansprüche, Bedingungen und Abläufe des Förderprogramms und identifiziert weitergehende Bedarfe und Entwicklungspotenziale (Erhebungsphase). Damit verknüpft ist eine zweite Phase, die die Ergebnisse der Befragungen zur Konzeption und Ausgestaltung des Förderprogramms mit aktuellen Entwicklungen im Bereich der Jugendbeteiligung abgleicht (Analysephase). In einer dritten Phase werden abschließend gemeinsam mit Schlüsselpersonen des Jugend-Demokratiefonds Schlussfolgerungen und Vorschläge für eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Förderprogramms erarbeitet (Überarbeitungsphase).

In der empirischen Erhebungsphase standen zunächst leitfadengestützte Interviews und Gruppendiskussionen mit den Schlüsselpersonen des Jugend-Demokratiefonds (Regiestelle des Jugend-Demokratiefonds, Steuerungsrunde, Fachjury, Jugendverwaltung, Jugendstadträte von zwei Bezirken, Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung) zu ihren Erfahrungen und Perspektiven mit dem Förderprogramm im Vordergrund. Anschließend wurden Ansprechpersonen der bezirklichen Kinder- und Jugendjurs schriftlich befragt, um die Erfahrungen mit dieser Fördersäule des Jugend-Demokratiefonds einbeziehen zu können. Mit Hilfe von Gruppendiskussionen wurden zudem die Beteiligungserfahrungen und -wünsche von Jugendlichen auf Landes- und Bezirksebene in den Blick genommen. Ergänzt wurden diese Erhebungen durch eine Sichtung von Förderstatistiken, die uns von der Regiestelle des Jugend-Demokratiefonds zur Verfügung gestellt wurden.

In der sich anschließenden Analysephase wurden die Befragungen von Schlüsselpersonen ausgewertet und durch eine Auswertung neuerer Veröffentlichungen zum Themenfeld Jugend und Demokratie sowie durch Interviews mit ausgewiesenen Wissenschaftler:innen angereichert.

Im vorliegenden Abschlussbericht werden die Ergebnisse der verschiedenen Erhebungen zusammengeführt, aufeinander bezogen und analysiert sowie mit Handlungsempfehlungen verknüpft.

2 Jugend und Demokratie – Entwicklungen und Herausforderungen

2.1 Ausgangslage

In Deutschland zeigt sich eine „neue Zerbrechlichkeit der Demokratie“ (vgl. Merkel et al. 2020: 389). Symptome sind das niedrige Vertrauen in Parteien und Politik, eine verbreitete Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie sowie eine zunehmende Verhärtung antidemokratischer Einstellungen (vgl. Decker et al.; Zick/Küpper 2021). Politikverdrossenheit ist zudem nicht beschränkt auf Erwachsene, sondern bereits unter Jugendlichen verbreitet: Auch sie bringen Parteien und Politiker:innen oft nur ein geringes Vertrauen entgegen und sind empfänglich für populistische Positionen (vgl. Albert et al. 2019; Gille/Milbradt 2021). Diese Verdrossenheit wurzelt in der komplexen Gemengelage eines tiefgreifenden sozioökonomischen, soziokulturellen und politischen Wandels, aber auch in realen Repräsentationsdefiziten der liberalen Demokratie. Sie manifestiert sich in sozialen Abstiegsorgen und Unsicherheitsgefühlen von Menschen sowie in gesellschaftlichen Spaltungslinien, die besonders häufig in Konflikten über die Verteilung von Wohlstand, den Umgang mit Migrationsprozessen und die Gestaltung kultureller Pluralität zu Tage treten (vgl. Przeworski 2020; Schäfer/Zürn 2021).

Wirksame Handlungsansätze zur Vitalisierung der Demokratie werden zumeist in der Entwicklung einer partizipativen Demokratie mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten und Selbstwirksamkeitserfahrungen gesehen. Potenziale lassen sich dabei vor allem auf der lokalen Ebene erschließen, wo demokratische Verhaltensweisen und politische Fähigkeiten, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten, die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und die Suche nach Kompromissen erlernt und eingeübt werden. In diesem weiten Spannungsfeld globaler Herausforderungen und lokaler Gestaltungsmöglichkeiten nimmt das Interesse an Gemeinwesenarbeit (vgl. Gesemann/Freudenberg 2021) und aufsuchender politischer Bildung zu (vgl. Blender 2021). Hierbei werden vor allem Kinder und Jugendliche in den Blick genommen: Diese sollen demokratische Kompetenzen erwerben, die sie ermutigen, sich produktiv in das Gemeinwesen einzubringen (vgl. BMFSFJ 2020).

Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ist durch Entwicklungen geprägt, die in einem Wechselverhältnis zueinander stehen. Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, soziale Spaltung oder Flucht und Migration sind mit Verunsicherungen und Zukunftsängsten verbunden (BMFSFJ 2020: 85 ff.). Sie gehen aber auch einher mit der Formulierung eigener Gestaltungsansprüche im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft insbesondere in Bezug auf die ökologische Zukunft und eine achtsame Lebensführung, gesellschaftliche Vielfalt und Gerechtigkeit, individuelle Identität und gegenseitigen Respekt (vgl. Albert et al. 2019). Die Aktivitäten von Jugendlichen und ihre Bezüge zum Gemeinwesen beziehen sich dabei „häufiger auf die unmittelbaren Lebens- und Alltagsthemen [...] als auf staats- und parteipolitische Zusammenhänge, die deutlich außerhalb ihres Einflussbereiches liegen“ (BMFSFJ 2017: 244).

Kinder und Jugendliche machen allerdings häufig die Erfahrung, „dass ihre altersspezifischen Interessen und Bedürfnisse in den politischen Entscheidungsprozessen nachrangig behandelt werden“ und beklagen einen „gesellschaftlichen Mangel an Gehör und Anerkennung“ (Andresen 2021; siehe auch Calmbach et al. 2020, Farin 2020). Im Hinblick auf politische Teilhabechancen wird resümiert, dass „die junge Generation [faktisch] von den sie betreffenden wichtigsten Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt“ ist (Gürlevik et al. 2016: 2). In selbstorganisierten Jugendkulturen und sozialen Bewegungen entfalten sich demgegenüber politische Selbstbildungsprozesse, die aber nicht „allein aus sich heraus“ den Erwerb demokratiefördernder Kompetenzen gewährleisten (Lüders

2021a: 27; siehe auch BMFSFJ 2020: 267-292). Neue Chancen und Herausforderungen bietet zudem die erweiterte Auseinandersetzung der Jugendlichen mit politischen Themen über soziale Netzwerke im Internet. Die institutionelle Bereitstellung von bedarfsgerechten, niedrigschwelligen und offenen Angeboten zur Unterstützung demokratischen Lernens und Gestaltens ist daher ein essenzieller Baustein, um demokratische Kultur und Kompetenzen erlernen und leben zu können.

2.2 Ausgewählte Ergebnisse neuerer Studien

Aufschluss über politische Orientierungen von Berliner Jugendlichen, ihre demokratischen Erfahrungen, Kompetenzen und Wahrnehmungen bietet die nicht-repräsentative Untersuchung von Achour et al. (2020).¹ Die Ergebnisse basieren auf einer bundesweiten Studie zur politischen Bildung an Schulen (vgl. Achour/Wagner 2020). An der Befragung nahmen insgesamt 596 Berliner Schüler:innen aus sechs Gymnasien und drei Integrierten Sekundarschulen teil. Befragt wurden Schüler:innen der Klassenstufen 9 bis 13. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist die ungleiche Verteilung der Befragten zwischen Schulformen und Jahrgangsstufen zu beachten.

Die meisten Befragten (über 80 bis 95 Prozent) halten die Demokratie – bei Unterschieden nach Jahrgangsstufen und Schulformen – für eine gute Staatsform.² Allerdings zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den Zustimmungswerten zur Demokratie als grundsätzlicher Idee und ihrer konkreten Ausgestaltung. Mit der Funktionsweise der Demokratien sind die Befragten nur teilweise zufrieden (vgl. Achour et al. 2020: 109-114). Damit einher geht, dass die Haltung der Schüler:innen zu Parteien und Politiker:innen, insbesondere an Integrierten Sekundarschulen, teilweise durch mangelndes Vertrauen und Vorbehalte geprägt ist (ebd.: 119). Auch beim freiwilligen Engagement geben Schüler:innen an Gymnasien jahrgangsübergreifend deutlich häufiger an, sich aktiv für soziale und politische Ziele oder andere Menschen einzusetzen, als Schüler:innen an Integrierten Sekundarschulen (ebd.: 121).

Bei den demokratiebezogenen Einstellungen der Schüler:innen zeigt sich eine hohe bis sehr hohe Zustimmung zu Grundrechten wie dem Minderheitenschutz sowie der Demonstrations- und Meinungsfreiheit, aber auch eine gewisse Zustimmung zur Einschränkung von Grundrechten wie dem Streikrecht und der Forderung nach einer härteren Bestrafung von Verbrechen. Auffallend sind die Unterschiede zwischen den Schulformen vor allem bei den Items, die den Minderheitenschutz und das Streikrecht betreffen; die Zustimmung fällt an den Integrierten Sekundarschulen etwas geringer als an den Gymnasien aus. Das Misstrauen in Parteien und Politiker sowie die Zustimmung zu autoritären Aussagen nehmen insgesamt zu, je niedriger das Bildungsniveau ist (ebd.: 116).

Die befragten Schüler:innen wertschätzen Vielfalt in ihrem sozialräumlichen Umfeld („Ich lebe gerne in einer Gegend, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben“) und erkennen den in Deutschland lebenden Migrant:innen die gleichen Rechte wie ihren deutschen Mitbürger:innen zu. Zugleich zeigen sich aber auch Skepsis und Vorbehalte gegenüber Geflüchteten, Migrant:innen und dem Staat Israel, die wiederum bei Schüler:innen der Integrierten Sekundarschulen deutlich stärker als bei Gymnasiast:innen ausgeprägt sind (ebd.: 146 ff.).

Die befragten Schüler:innen bewerten ihre politischen Kompetenzen („Selbstwirksamkeit“) – z.B. „einen Standpunkt zu einem umstrittenen politischen oder sozialen Problem vertreten“ – im Mittel eher

¹ Sabine Achour ist Professorin für Politische Bildung/Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

² Eine Ausnahme bilden die Schüler:innen der Integrierten Sekundarschulen in den Jahrgangsstufen 9 bis 10, von denen nur knapp die Hälfte die Demokratie für eine gute Staatsform hält (Achour et al. 2020: 111 ff.).

gut. Am wenigsten kompetent fühlen sich die Befragten darin, „in den sozialen Medien etwas zu politischen Themen [zu] posten“ (ebd.: 138 f.). Unterschiede zeigen sich vor allem nach Schulformen (ebd.: 139 ff.).

In der Zusammenschau der Ergebnisse kommen die Autorinnen zu dem Ergebnis, dass die Berliner Schüler:innen tendenziell politisch interessiert und partizipationsbereit (ebd.: 169 ff.) sowie politisch kompetent und selbstwirksam (ebd.: 172 ff.) seien. Ansatzpunkte für die politische Bildung würden sich entlang folgender Spannungslinien finden: Es gebe zwar eine hohe Wertschätzung der Idee der Demokratie, aber zugleich eine verbreitete Unzufriedenheit mit ihrer Funktionsweise sowie eine ausgeprägte Distanz gegenüber Parteien und Politiker:innen. Festzustellen sei ferner eine breite Akzeptanz von Vielfalt, aber es gebe auch ablehnende, migrations-skeptische und antisemitische Haltungen.

Die Ergebnisse der Studie belegen ferner, dass das politische Interesse und die gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen in hohem Maße von ihrem Bildungskapital abhängen. Ein höheres kulturelles und soziales Kapital junger Menschen geht demnach mit einem höheren Interesse an Politik, einem höheren Vertrauen in die Demokratie und einer höheren Partizipationsbereitschaft einher. Das prägt die Haltung zu demokratischen Grundwerten sowie die Anerkennung und Wertschätzung von gesellschaftlicher Vielfalt. Die zentrale Herausforderung bestehe somit darin, soziale Ungleichheit durch nachhaltige Investitionen in Bildung auszugleichen, sowie adressatengerechte Zugänge zu politischer Bildung für diejenigen zu schaffen, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind (vgl. Achour et al. 2020: 158; 171).

Die Vodafone Stiftung Deutschland hat im Herbst 2021 im Vorfeld der Bundestagswahl erhoben, wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. In den Ergebnissen zeigen sich Spannungslinien zwischen politischem Interesse, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen und Zufriedenheit mit der Demokratie sowie zwischen jungen Menschen mit höherem und niedrigerem Bildungsniveau (vgl. VSD 2021: 5 ff.):

- Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland sind an politischen Themen interessiert und sehen sich als Teil einer Generation, die politisch etwas verändern möchte (66 Prozent).
- Gleichzeitig sind drei Viertel (73 Prozent) der Befragten unzufrieden mit der politischen Interessenvertretung junger Menschen. Und 85 Prozent teilen die Auffassung, dass die Interessen zukünftiger Generationen zu wenig berücksichtigt werden.
- Fast die Hälfte (46 Prozent) der jungen Menschen ist unzufrieden damit, wie Politik in Deutschland funktioniert, und drei Viertel halten die deutsche Demokratie für zu schwerfällig, um aktuelle Probleme zu lösen.
- Zwei Drittel (67 Prozent) der Befragten haben das Gefühl, Politik nicht beeinflussen zu können und der Hälfte (50 Prozent) fällt es schwer, zu verstehen, wie Politik in Deutschland funktioniert.
- Junge Menschen mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau geben sich weniger politisch interessiert, haben seltener den Eindruck, Politik beeinflussen zu können und sind unzufriedener mit der Funktionsweise der Demokratie (vgl. VSD: 5 und 15).
- Junge Menschen wünschen sich insbesondere mehr junge Politiker:innen (54 Prozent), die Einrichtung von Jugendräten (41 Prozent), mehr Beteiligungsmöglichkeiten (39 Prozent) und eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre (32 Prozent) (VSD 2021: 29).

Eine aktuelle Jugendstudie geht darüber hinaus bereits auf die Folgen der jüngsten Krisen ein und zeigt, dass die Lebenssituation von Jugendlichen derzeit von drei elementaren Krisen, dem Krieg in der Ukraine, der Corona-Pandemie und dem Klimawandel geprägt wird (vgl. Schnetzer/Hurrelmann 2022):

Am meisten fürchten sich die Befragten (70 Prozent) vor den negativen Auswirkungen des Ukraine-Krieges und den Folgen des Klimawandels (etwas mehr als die Hälfte). Hinzu kommt, dass die Corona-Pandemie das Leben junger Menschen in vielen Bereichen verschlechtert hat: Fast die Hälfte (46 Prozent) gibt an, dass ihre psychische Gesundheit unter der Krise gelitten hat, und fast ebenso viele (42 Prozent) haben den Eindruck, nicht mehr selbst über ihr eigenes Leben bestimmen zu können. Zwar schätzen die meisten jungen Menschen ihre persönliche Situation relativ optimistisch ein, aber die politischen Verhältnisse und der gesellschaftliche Zusammenhalt werden deutlich negativer eingeschätzt.

Diese aktuellen Schlaglichter auf das Politik- und Demokratieverständnis junger Menschen in Deutschland zeichnen ein ähnliches Bild wie weitere Jugendstudien der jüngeren Vergangenheit, insbesondere die 18. Shell Jugendstudie (vgl. Albert et al. 2019), welches sich in groben Zügen wie folgt zusammenfassen lässt: Jugendliche sind – differenziert in erster Linie nach Bildungshintergrund und sozialer Herkunft – so politisch interessiert wie seit langem nicht, identifizieren sich stark mit zentralen Demokratienormen und bringen den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen im Mittel ein hohes oder sogar steigendes Vertrauen entgegen. Allerdings ist „kein Rückgang bei der grundsätzlichen Politikverdrossenheit feststellbar“ und „das Vertrauen, welches Jugendliche den Parteien entgegenbringen, [ist] weiterhin gering“ (Schneekloth/Albert 2019: 95). Viele junge Menschen fühlen sich offenbar nicht ausreichend repräsentiert und es mangelt ihnen an der Überzeugung, dass sie durch eigenes Handeln Veränderungen bewirken können.

Die Jugendstudien zeigen: Junge Menschen sind zwar „politisch“ interessiert, aber kaum parteipolitisch engagiert. Durch Wahlen (wenn sie denn teilnehmen dürften) oder andere auf den formal-politischen Prozess ausgerichtete Beteiligungsinstrumente erfahren sie häufig keine politische Selbstwirksamkeit, weil das offenbar nicht ihre Politikebene ist, und haben dementsprechend ein geringes Vertrauen in Parteien und „Politik(er)“ (vgl. Kenner 2021). Der Jugend-Demokratiefonds Berlin scheint vor diesem Hintergrund ein gutes Beispiel für eine Beteiligungsform zu sein, die auf der Politikebene der Jugendlichen ansetzt und nicht auf der bekannten Politikebene „der Erwachsenen“. Demnach sollte Jugendbeteiligung nicht nur darauf zielen, die Jugendlichen durch politische Bildung zur Teilnahme an den etablierten Beteiligungsprozessen zu befähigen, sondern die Beteiligungsprozesse selbst müssen sich ebenso an die Bedürfnisse bzw. die Politikebene der jungen Menschen anpassen. Sie müssen Anliegen der Jugendlichen aufgreifen und politische Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen sowie konkret, lebensnah und niedrighschwellig angelegt sein.

2.3 Impulse aus der fachpolitischen Debatte

Die Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter ist in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Thema in der fachlichen und wissenschaftlichen Debatte geworden. Es war Schwerpunktthema des 16. Kinder- und Jugendberichts (vgl. BMFSFJ 2020), wurde aber bereits im 15. Kinder- und Jugendbericht stärker in den Blick genommen (vgl. BMFSFJ 2017). In Positions- und Thesenpapieren von Netzwerken der Kinder- und Jugendhilfe und Sachverständigengremien werden Herausforderungen und Handlungsbedarfe für die politische Bildung junger Menschen skizziert (vgl. AGJ 2017; BJK 2017). In einem weiteren Strang der Debatte werden die notwendigen Kompetenzen für eine gleichberechtigte Teilhabe und sozialen Zusammenhalt in durch eine zunehmende Diversität geprägten demokratischen Gesellschaften herausgearbeitet (vgl. Europarat 2018).

Im Folgenden sollen einige grundlegende Erkenntnisse aus der fachpolitischen Diskussion festgehalten werden:

Kinder und Jugendliche als Zielgruppe politischer Bildung adressieren

Die außerschulische Jugendbildung orientiert sich an Prinzipien wie Offenheit, Freiwilligkeit, Partizipation sowie Lebenswelt- und Sozialraumorientierung (vgl. BMFSFJ 2020: 330 f.). Politische Jugendbildung setzt an den Interessen, Erfahrungen und Stärken junger Menschen an:

„Anknüpfungspunkte bieten die Alltagserfahrungen der Jugendlichen, mit denen sie sich kritisch auseinandersetzen, und ihre Sichtweisen, die ernst genommen werden müssen. Beides sind Anlässe, eigene, angemessene Formen politischen Handelns zu entwickeln und zu realisieren“ (BMFSFJ 2020: 344).

Den Fachkräften komme die Aufgabe zu, „das Politische in den mitgebrachten Interessen, Erfahrungen und Fragen herauszuarbeiten“. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf Peer-to-Peer-Ansätze, in denen Jugendliche „selbst zu Produzentinnen und Produzenten eines Bildungsangebots werden“ und ein „Bildungsprozess auf Augenhöhe“ unter meist gleichaltrigen Peers erleichtert wird (ebd.).

In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und Polarisierungen besteht die zentrale Herausforderung für politische Bildung laut einem Autorenteam des Deutschen Jugendinstituts darin, die zentralen gesellschaftlichen Konflikte zum Gegenstand der pädagogischen Arbeit zu machen, die Spannungen zwischen jugendlichen Lebenswelten und gesellschaftlichen Bedingungen zu reflektieren sowie „systematisch Zusammenhänge herzustellen zwischen politischer Bildung als Demokratie-Lernen im sozialen Nahraum und politischer Bildung, die auf das Verständnis und die Mitwirkung an politischen Entscheidungen beispielsweise in den Institutionen der repräsentativen Demokratie der Kommunen, der Länder, des Bundes und der Europäischen Union gerichtet ist“ (Milbradt et al. 2018: 7 f.).

Die politische Bildung stehe in diesen Zeiten vor folgenden Herausforderungen (ebd.: 8 f.):

- *Jugendliche als Mitgestaltende von Gesellschaft begreifen:* Junge Menschen sollten als eigenständige gesellschaftliche Akteure wahr- und ernst genommen, ihre spezifischen Ausdrucks- und Kommunikationsformen aufgegriffen und ihre sozialen Aktivitäten und ihr gesellschaftspolitisches Engagement als wichtige Elemente politischen Lernens anerkannt werden.
- *Die Handlungsfähigkeit der Jugendlichen stärken:* Politische Bildungsarbeit sollte die individuellen Interessen junger Menschen in einen gesellschaftspolitischen Kontext stellen und Lernprozesse ermöglichen, die die politische Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit junger Menschen stärken.
- *Medienbezüge herstellen und getrennte Wirklichkeiten aufbrechen:* Aufgabe der politischen Bildung sei es, neue digitale Formen und Formate aufzugreifen, die für junge Menschen bedeutsamen politischen Arenen zu identifizieren, ‚Echokammern‘ und ‚Filterblasen‘ aufzuschließen sowie diese für politisches Lernen nutzbar zu machen.
- *Gesellschaftliche Entwicklungen erklären und Kritik ermöglichen:* Politische Bildung könne zum Verständnis der Demokratie, ihrer Institutionen und Mechanismen beitragen, junge Menschen befähigen, sich mit Radikalisierungs- und Polarisierungstendenzen sowie mit sozialen Konflikten und gesellschaftlichen Krisen auseinanderzusetzen.
- *Jugendliche dazu befähigen, gesellschaftlichen Dissens auszuhalten:* Angesichts der (Wieder-)Belebung des öffentlichen politischen Meinungsstreits, der Auseinandersetzung um Meinungsfreiheit unter Achtung der Menschenwürde gehöre es zu den Aufgaben der politischen Bildung, junge Menschen beim Umgang mit Widersprüchen zu stärken.

Politische Bildung stärken und als Daueraufgabe verankern

Die zentrale Handlungsempfehlung des 16. Kinder- und Jugendberichts ist, politische Bildung als ein auf Dauer angelegtes Angebot für alle jungen Menschen zu verankern, da demokratische Kompetenzen von jeder Generation neu erworben und eingeübt werden müssen:

„Alle jungen Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, die Regeln des demokratischen Miteinanders zu üben und weiterzuentwickeln, eigene begründete Urteile bilden zu können sowie dabei unterstützt zu werden, Fähigkeiten und Motivation zur politischen Partizipation zu entwickeln“ (BMFSFJ 2020: 567).

Um ihre Potenziale voll ausschöpfen zu können, benötige politische Bildung eine ausreichende öffentliche Förderung in allen Bereichen. In Kommunen, Ländern und im Bund müsse sie zudem ein integraler Bestandteil einer jeden Jugendpolitik sein. Dabei gelte es, die sozialen Räume und die Träger politischer Bildung auszubauen und zu stärken, um die demokratischen Potenziale junger Menschen umfassend zu erschließen und nachhaltig zu stärken.

Politische Bildung sollte frühzeitig ansetzen

Im 16. Kinder- und Jugendbericht wird resümiert, dass Kinder viel seltener als Jugendliche von den Angeboten politischer Bildung adressiert werden und in dieser Altersgruppe vorhandene Potenziale zu wenig erschlossen würden. Zwar gebe es in der politischen Bildung einige Modellvorhaben, aber das seien Ausnahmen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf Studien wie die von Asal und Burth (2016), die nachweisen, „dass Kinder bereits im Grundschulalter über politische Vorstellungen verfügen und auch die kindliche Welt bereits eine politische ist“ (BMFSFJ 2020: 340).

Im Rahmen einer politischen Bildung, „die zur Teilhabe und Mitgestaltung der demokratischen Gesellschaft beitragen will“ (ebd.), sei „die bisher unzureichende Berücksichtigung von Kindern als Teilnehmende umso bedauerlicher, da eine Studie des Deutschen Kinderhilfswerks (vgl. Wedekind/Daug 2007) bereits vor vielen Jahren den Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter nachgewiesen hat“ (ebd.). Für den 16. Kinder- und Jugendbericht gehören die Ganztagsangebote im Grundschulalter zu den unterschätzten Räumen politischer Bildung (vgl. BMFSFJ 2020: 478 ff.; 6; sowie insbesondere Richter et al. 2017).

Politische Bildung muss für alle jungen Menschen da sein

Politische Gleichheit ist ein fundamentales Qualitätsmerkmal einer lebendigen Demokratie. Alle Bürger:innen sollten grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten haben, „ihre Meinung zu bilden, diese frei zu äußern und sich an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen“ (Wagner 2019: 64). Viele Studien belegen allerdings, dass politische Teilhabe durch Bildungsniveau, Lebenswelt und Wohnort beeinflusst wird:

„Eine wesentliche Krisenerscheinung der Gegenwartsdemokratie besteht [...] im nachweisbaren Rückgang politischer Gleichheit. Während es für einen Teil der Bevölkerung neue Wege gibt, sich politisch zu artikulieren, nutzen andere selbst herkömmliche Beteiligungsformen immer weniger“ (Schäfer 2015: 24).

Dem grundsätzlichen Anspruch der politischen Bildung, für alle jungen Menschen da zu sein, sind aber, dem 16. Kinder- und Jugendbericht zufolge, „deutliche Grenzen“ gesetzt, da sich die zentrale Frage, „welche Jugendlichen erreicht werden und welche nicht“, „in keiner Weise zufriedenstellend beantworten“ lasse. Die Umsetzung des Anspruchs bleibe daher „eine ständige Entwicklungsaufgabe für die Akteure der politischen Bildung“ (BMFSFJ 2020: 340 f.)

2.4 Vignetten: Perspektiven aus der Wissenschaft auf Demokratielernen und politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Die Impulse aus der fachpolitischen Debatte wurden in leitfadengestützten Interviews mit vier ausgewiesenen Wissenschaftler:innen noch einmal vertieft. Thematischer Fokus der etwa einstündigen Gespräche waren Erkenntnisse zu demokratischen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen, Herausforderungen für politische und demokratische Bildung sowie erfolgversprechende Ansätze zur Förderung von Jugendbeteiligung und Demokratieentwicklung.

Die Gesprächspartner:innen:

- *Dr. Christian Lüders*, ehem. Leiter der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut, Geschäftsführung Kinder- und Jugendberichte;
- *Dr. Sabine Achour*, Professorin für Politikdidaktik und Politische Bildung am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin;
- *Dr. Benedikt Sturzenhecker*, Professor für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpädagogik und außerschulischen Bildung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg;
- *Dr. Kurt Möller*, Professor für Soziale Arbeit an der Fakultät für Soziale Arbeit, Bildung und Pflege der Hochschule Esslingen, Sachverständigenkommission 16. Kinder- und Jugendbericht.

Im Folgenden werden zentrale Perspektiven der Gesprächspartner:innen auf Demokratie, politische Bildung und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen in Form von Vignetten präsentiert.

Dr. Christian Lüders:

Umgang mit Interessenkonflikten und Ressourcenverwendung lernen



Dr. Christian Lüders war von 1994 bis 2021 Leiter der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI), in dessen Zuständigkeit seit 1995 die Geschäftsführung für die Kinder- und Jugendberichte lag. Am 16. Kinder- und Jugendbericht hat er in dieser Funktion noch mitgewirkt. Dr. Lüders beteiligt sich auch im Ruhestand weiter an aktuellen Evaluationsdebatten und ist nach wie vor ehrenamtlich engagiert, beispielsweise als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses in Bayern.

Potenziale von Jugendfonds für Demokratieentwicklung

Politische Bildung sollte Dr. Lüders zufolge überall dort stattfinden, wo junge Menschen sind. Viele Potenziale würden allerdings nicht genutzt, „weil sich manche Praxisfelder nicht als Orte politischer Bildung verstehen“. Vor diesem Hintergrund seien Jugendfonds interessant, die Jugendlichen die Möglichkeit bieten würden, ein Projekt nach ihren Vorstellungen zu planen und zu gestalten. Damit ließen sich auch Jugendliche motivieren, die sonst häufig nicht erreicht werden. Für Kinder und Jugendliche wären diese Fonds eine tolle Chance, ihre unterschiedlichen Interessen ein- und zusammenzubringen und gemeinsam über die Verwendung von Geldern zu entscheiden. Beteiligung, Kompromissfindung und demokratische Tugenden müssten geübt werden, auch weil es Jugendlichen häufig vorenthalten werde, über Geld zu entscheiden. Dr. Lüders hebt zudem hervor, dass Demokratie nicht von vornherein gegeben sei, sondern gelernt werden müsse. Das sei in einer pluralistischen Gesellschaft aufgrund heterogener Interessen ziemlich anstrengend und benötige Austausch, Vermittlung, Kompromissbereitschaft, Ausdauer, Geduld und auch etwas Wissen. Es sollten daher mehr dieser Möglichkeiten geschaffen werden, um Demokratie unter ‚ernsten Bedingungen‘ zu praktizieren.

Beteiligung, soziales Lernen und politische Bildung

Dr. Lüders hebt hervor, dass jede Form von politischer, demokratieorientierter Bildung Beteiligung und Grundelemente sozialen Lernens, einschließlich der Rücksichtnahme auf andere Perspektiven, voraussetze. Beteiligung und politische Bildung dürften aber nicht gleichgesetzt werden, da nicht jeder Beteiligungsprozess ein politischer Bildungsprozess sei. Es müsse ein „Prozess der Einbettung, der Reflexion, des sich Vergegenwärtigen“ dazukommen, durch den die Beteiligung, die eigene Rolle, die Spielregeln und die Rahmenbedingungen eines Beteiligungsprozesses reflektiert und als veränderbar wahrgenommen werden. Dies sei elementar, um von reiner Beteiligung zu politischer Bildung zu kommen. Er betont in diesem Zusammenhang, dass die Spielregeln von Demokratie gestaltbar sind und Demokratie davon lebe, dass ihre eigenen Grundlagen immer wieder erneuert und weiterentwickelt werden können. Bei reiner Beteiligung würde nach Dr. Lüders somit eine Chance von politischer Bildung verspielt.

Erfolgversprechende Ansätze zur Förderung von Demokratiekompetenzen

Zentrale Faktoren für die erfolgreiche Förderung von Demokratiekompetenzen sind Dr. Lüders zufolge vor allem die inhaltliche und konzeptionell-methodische Lebensweltnähe: Es würden Themen benötigt, die etwas mit der Lebenswelt der Jugendlichen zu tun haben, um an ihre Interessen anknüpfen zu können. Und die Art und Weise, wie politische Beteiligungs- und Bildungsprozesse initiiert werden, müsse an Jugendliche aus unterschiedlichen Zielgruppen und Lebenswelten angepasst werden. Die Förderung demokratischer Kompetenzen benötige darüber hinaus geeignete Rahmenbedingungen: Es müsse tatsächlich etwas entschieden werden, damit es keine Scheinbeteiligung ist, und Ressourcen würden benötigt, darunter Geld, Raum, und Zeit, Verbindlichkeit sowie professionelle Unterstützung und Begleitung. In diesem Zusammenhang sei „permanentes Lernen“ aller Akteure notwendig.

Dr. Lüders hebt zudem hervor, dass es nicht genug Begegnungsangebote gebe, sondern „die Separierung und der Rückzug in die eigenen Szenen und Milieus“ weitergehe. Begegnungen dürften aber nicht zu unverbindlich sein. Es sei wichtig, sich gegenseitig richtig kennenzulernen, inklusive der Lebenswelten, der Alltage sowie der Rhythmen, Routinen und Überzeugungen. „Begegnungen mit gemeinsamem Tun“, wie sie Jugendfonds und gemeinsame Projekte fördern, seien in diesem Zusammenhang zentral.

Prof. Dr. Sabine Achour:

In Regelstrukturen neue Räume für politische Bildung schaffen



Sabine Achour ist seit Oktober 2018 Professorin für Politikdidaktik und Politische Bildung am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Im Rahmen ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Herausforderungen für die politische Bildung in einer von Diversität, aber auch zunehmender sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaft. Im Zentrum steht der Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit, Flucht und Migration, Inklusion, durchgängiger Sprachbildung und religiöser Pluralität.

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen: Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität

Prof. Dr. Sabine Achour kritisiert eine starke Diskrepanz zwischen den gesellschaftlichen normativen bzw. den rechtlichen Ansprüchen und deren aktueller Umsetzung im Hinblick auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Sie führt die Schule als Beispiel an: Obwohl sie ein prägender Teil des Lebens von Kindern und Jugendlichen sei, hätten diese kaum Mitspracherecht in dessen Ausgestaltung.

„In der Realität wird dieser rechtliche Anspruch viel zu wenig umgesetzt. Ich glaube, dass wir da wirklich demokratisches Integrationspotenzial verspielen, weil Jugendliche in einem Alter politisiert werden und

politische Orientierungen ausbilden, da sind sie dann meistens noch nicht 18. Und dann dürfen sie plötzlich wählen und ganz viel machen, aber eigentlich hat man sie bis dahin in demokratischen Alltagserfahrungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten ein bisschen kleingehalten.“

Sie merkt an, dass die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz Auswirkungen u.a. auf Entscheidungsverfahren nach sich ziehen würde. Hier sieht sie aktuell viel Ausbaupotenzial:

„Das ist so ein bisschen wie in der politischen Bildung, [einzelne] Projekte werden gefördert, aber keine Regelstrukturen, also keine regelmäßigen Beteiligungsstrukturen. Ich finde, das ist sowas, was wir eigentlich in einer Demokratie brauchen, wenn wir es ernst meinen mit Mitmachen und Beteiligen.“

Kinder und Jugendliche würden häufig im Beteiligungsprozess ‚betrogen‘ und nähmen das auch wahr. So sollten sie beispielsweise in Rollenspielen politische Debatten abbilden und Kompetenzen zeigen, die im Alltag weder gefördert noch eingefordert würden, da ihre Beteiligung nicht gewünscht sei.

Bestehende Strukturen demokratisieren und neue Räume für politische Bildung schaffen

Prof. Dr. Sabine Achour argumentiert, dass in den bestehenden Strukturen neue Räume für politische Bildung geschaffen werden müssten:

„Politische Bildung muss Regelstrukturen stärken, aber auch neue Räume öffnen, um Menschen zu erreichen und um Strukturen zu demokratisieren.“

Bestehende Formate erreichten nur eine gewisse Teilmenge der Zielgruppe; es brauche eine „*informelle, non-formale politische Bildung*“, die von der Kita ab Eltern und Kinder gleichermaßen einbinde. Sie plädiert für eine „*Bewusstseinsänderung*“: Strukturen müssten demokratisiert werden, statt nur mit Teilnehmenden zu arbeiten. Das Beispiel Schule zeige, dass innerhalb des etablierten Bildungssystems eine vollständige Demokratisierung nicht möglich sei, aber ein „*demokratisches Miteinander im Alltag*“ müsse mitgedacht und in die Abläufe integriert werden.

Demokratische Selbstwirksamkeitsprozesse von Kindern und Jugendlichen ermöglichen

Prof. Dr. Sabine Achour betont, dass Chancen und Möglichkeiten für Partizipation geöffnet sein müssten, um eine positive Wechselwirkung zu entfalten: Eigenes Engagement ermöglicht Selbstwirksamkeitserfahrungen und motiviert zu weiterer Beteiligung. Wichtig sei zudem die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme bzw. Empathiefähigkeit. Da in Berlin Schulen sozial segregiert seien, komme es in der politischen Bildungsarbeit darauf an, „junge Menschen zusammenzubringen und gemeinsam Dinge aushandeln zu lassen.“

Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker:

Rechte von Kindern und Jugendlichen auf Teilnahme an Demokratie



Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker ist seit 2008 Universitätsprofessor für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpädagogik und außerschulischen Bildung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, wo er die Leitung des Arbeitsbereiches Sozialpädagogik innehat. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem in der Kita sowie der Kinder- und Jugendarbeit. Ein weiteres Anliegen ist ihm, das gesellschaftliche Engagement von Benachteiligten zu fördern.

Rechte von Kindern und Jugendlichen anerkennen und durchsetzen

„Der Talk [der Kinderrechte] ist stark geworden und die Action hinkt weiter hinterher.“

Prof. Dr. Sturzenhecker beschreibt, dass Rechte, um wirksam zu sein, Verfahren benötigen, wie sie eingelöst bzw. eingeklagt werden können. Kinder und Jugendliche seien häufig von Aushandlungsprozessen zur gemeinsamen Lebensführung ausgeschlossen und dürften ihrer Betroffenheit und ihren Positionen keinen Ausdruck verleihen. Sie würden so „zu Objekten von Fremdbestimmung“.

„Dieses Grundprinzip, Betroffenheit als Expertise, als Fähigkeit und als Recht anzuerkennen, mitzuentcheiden und mitauszuhandeln, das ist aus meiner theoretischen Sicht das Manko in dieser Republik, dass Kinder und Jugendliche nicht auf diese Weise als mündig, das heißt als gleich und frei in ihrer Aushandlungsfähigkeit, in ihrer Deliberationsfähigkeit anerkannt werden.“

Potenziale politischer Bildungsarbeit

Bei außerschulischen sozialpädagogischen Einrichtungen sieht Prof. Dr. Sturzenhecker ein „*Riesenpotenzial*“ für politische Bildungsarbeit. Wichtig für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sei, dass sie ihre Interessen in demokratische Aushandlungsprozesse einbringen könnten und die Zielgruppe darin eine Antwort auf ihre Vorschläge erhalte. Häufig dürften Kinder und Jugendliche Wünsche äußern, müssten aber keine Mitverantwortung übernehmen und nicht die Umsetzbarkeit ihrer Interessen mit anderen Betroffenen aushandeln. Kinder und Jugendliche benötigten zwar Unterstützung, wie sie ihre Meinung klären und präsentieren könnten, jedoch keine bevormundende Betreuung im Sinne eines paternalistischen Empowerments:

„Die Power muss von den Subjekten und ihren sozialen Zusammenhängen selbst kommen. Das tut sie auch, wenn man denn diese Möglichkeit eröffnet.“

Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern

Prof. Dr. Sturzenhecker kritisiert, dass die Zielgruppe benachteiligter Kinder und Jugendlicher (und Erwachsener) bei (kommunal-)politischen Debatten, Wahlen und der damit verbundenen Verantwortungsübernahme weiterhin kaum bzw. nicht präsent sei.

„Die Kinder und Jugendlichen [aus benachteiligten Verhältnissen] werden von der Öffentlichkeit nicht gesehen und sie haben viele Erfahrungen der Entwürdigung, der Beschämung.“

Hieraus ergeben sich Hürden für das Einbringen eigener Themen und Interessen in die Öffentlichkeit. Die Beschreibung der Benachteiligung treffe einerseits zu, führe andererseits jedoch schnell zu paternalistischen Einstellungen gegenüber der Zielgruppe. Benachteiligte handelten gesellschaftlich, jedoch nicht auf eine Weise, die von etablierten Strukturen anerkannt werde.

Ob ein Beteiligungsprozess von Kindern und Jugendlichen gelungen sei, lasse sich leicht feststellen:

„Sie sehen dann eine deutliche Entwicklung von Eigen-Motivation. Wenn Sie die Themen der Kids treffen, dann wollen die was, dann mischen sie sich ein, dann haben sie Ideen, dann arbeiten sie, dann engagieren sie sich. Daran können Sie genau erkennen, ob Sie das Interesse getroffen haben oder nicht. Wenn die loslegen, dann haben Sie es. Und wenn Sie die Kids, wie die Pädagogen gerne sagen, extra ‚motivieren müssen‘, haben Sie schon verloren.“

Prof. Dr. Kurt Möller:

Politische Teilhabe als Lebensgestaltungschance



Prof. Dr. habil. Kurt Möller, Diplom-Pädagoge, ist seit 1989 Professor für Soziale Arbeit an der Fakultät für Soziale Arbeit, Bildung und Pflege der Hochschule Esslingen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a. die Themen Gewalt, Rechtsextremismus, 'Islamismus', Politische Sozialisation und Demokratische Bildung. Kurt Möller war Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung.

Prozesshaftigkeit von Demokratie

„Demokratische Kompetenzen müssen immer wieder neu erlernt werden, weil Demokratie etwas ist, das sich in einem ständigen Prozess befindet. Demokratie ist nie fertig.“

Verständnis von demokratischer Bildung

Prof. Dr. Möller versteht demokratische Bildung als einen lebenslangen „Prozess der politischen Subjektwerdung über Selbst- und Weltaneignung in produktiver Realitätsverarbeitung.“

Im Mittelpunkt stünden Aneignungs- und Subjektivierungsprozesse:

„Sich die Bedeutungshaftigkeit von Weltbestandteilen erschließen und damit die Bedeutungshaftigkeit der eigenen Person erfahren zu können. Sich über sich selber klarzuwerden, sich selbst ‚anzueignen‘, sich als kooperationseingebundene:n Beiträger:in zu einem kollektiven Vorhaben zu sehen und darüber die Bedeutsamkeit der eigenen Person für ein eigenes oder kollektives gesellschaftliches Vorhaben zu rückgespiegelt zu bekommen.“

KISSES als Erklärungsansatz und Orientierungsmuster für die Praxis

Um Aneignungsprozesse zu ermöglichen, sollte sich Kinder- und Jugendarbeit darauf konzentrieren, durch die Vermittlung von KISSES-Erfahrungen, zur Befriedigung von Grundbedürfnissen der Lebensgestaltung beizutragen. Diese sind:

- **Kontrolle:** *„Das Gefühl, die Dinge im Griff, das Heft des Handelns selber in der Hand zu haben und nicht Spielball fremder Mächte zu sein.“*
- **Integration:** Für die Qualität der Einbindung in soziale Gruppen und gesellschaftliche Bereiche komme es vor allem auf Aspekte wie Zugehörigkeit, Anerkennung, Partizipation und Identifikationsmöglichkeiten an.
- **Sinnlichkeit:** *„Politik ist nicht nur etwas Kognitives, nicht allein etwas scheinbar Rationales.“* Daher sei es wichtig, auch affektiv-emotionale Aspekte des Politischen aufzugreifen, Kindern und Jugendlichen Freude im Umgang mit Politik zu ermöglichen und negative Emotionen wie zum Beispiel Angst vor Krieg und Klimawandel zu thematisieren.

- **Sinnhaftigkeit:** Das eigene Leben müsse als sinnvoll erlebt und die Rolle in der Welt als sinnstiftend erfahren werden. *„Gesellschaft und das eigene Handeln in ihr sollen Sinn machen.“*
- **Erfahrungsstrukturierende Repräsentationen:** *„Bilder, die in unseren Köpfen sozusagen assoziativ auftauchen und uns intuitiv leiten, wenn wir allein schon Begrifflichkeiten hören wie Flucht, wie Judentum, wie Islam“.* Diese Repräsentationen prägen unser Handeln, ob wir wollen oder nicht. Da problematische Repräsentationen keine Randerscheinungen sind, sei es wichtig, dazu anzuregen, unangemessene Repräsentationen durch realitätsangemessenere zu ersetzen.
- **Selbst- und Sozialkompetenzen:** Es gebe Selbst- und Sozialkompetenzen, die demokratieförderlich sind und protektiv gegen Radikalisierung wirken. Beispiele für solche Kompetenzen seien: Reflexivität, Empathie, Frustrationstoleranz, Neugierde und Impulskontrolle.

Es komme darauf an, Kindern und Jugendlichen solche KISSeS-Erfahrungen im Alltag zu ermöglichen:

„Dann haben wir gute Chancen, dass Demokratie erhalten wird und auch weiter gedeihen kann, weil dann die Motive dafür verschwinden, KISSeS-Erfahrungen in un- und antidemokratischen Kontexten zu suchen.“

2.5 Resümee – Demokratielernen und politische Teilhabe von jungen Menschen

Die Impulse aus der wissenschaftlichen Debatte zeigen, dass politische Bildung bereits im frühen Kindesalter einsetzen und alle jungen Menschen unabhängig von Bildungsstatus und sozialer Lage erreichen sollte. Es bedarf zudem der Anerkennung und Durchsetzung der demokratischen Rechte von Kindern und Jugendlichen, der Förderung gesellschaftlichen Engagements von Benachteiligten und der Schaffung von neuen Räumen politischer Bildung, die demokratische Lern- und Selbstwirksamkeitsprozesse von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Die Kompetenzen, die für eine Mitwirkung in einer demokratischen Gesellschaft benötigt werden, sind vielfältig: Sie reichen von Selbst- und Sozialkompetenzen bis hin zu Reflexionskompetenzen, die Beteiligungserfahrungen voraussetzen, aber deutlich darüber hinausgehen.

Politische Bildung lebt von echten Partizipationserfahrungen

Kinder und Jugendliche müssen ihre sozialen Räume (mit-)gestalten können: Diese Räume sollten durch „Selbstorganisation, gemeinschaftliche Gestaltung und (Mit-)Verantwortung sowie demokratische Aushandlungsprozesse“ geprägt sein, um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen (BMFSFJ 2020: 567).

„Bildung und politische Partizipation stehen in einem Wechselverhältnis. Einerseits motiviert die Beteiligung an politischen Aktivitäten zur politischen Bildung. Andererseits erweitert politische Bildung das Repertoire möglichen politischen Handelns. Deshalb ist es wesentlich, dass Kinder und Jugendliche ihre sozialen Räume (mit-)gestalten können. Politische Bildung funktioniert nicht ohne die substanzielle Beteiligung junger Menschen an den Entscheidungen über Inhalte, Zielsetzungen, Methoden und Räume politischer Bildung“ (BMFSFJ 2020: 72).

Alle Förderprogramme, die sich an Kinder und Jugendliche richten, sollten diese „partizipationsorientierte Perspektive“ als fachlichen Standard berücksichtigen (BMFSFJ 2020: 80).

Politische Bildungsprozesse sollten über Partizipationserfahrungen hinausgehen

Partizipation wird im 16. Kinder- und Jugendbericht als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für politische Bildungsprozesse beschrieben. Die Frage, was Kinder und Jugendliche durch Partizipationserfahrungen lernen können, bleibe eher „unterbelichtet“:

„Partizipationserfahrungen müssen [...] reflektiert und eingebettet sowie nach ihren Lernmöglichkeiten zur Ausbildung der politischen Urteilsfähigkeit befragt werden, um Jugendliche dazu zu befähigen, ihre demokratischen Rechte in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen“ (BMFSFJ 2020: 568).

Förderprogramme, die vornehmlich auf die Ermöglichung von Partizipationsprozessen ausgerichtet sind, würden zu kurz greifen, wenn sie diese pädagogische Perspektive politischer Bildungsprozesse vernachlässigen (siehe auch die Vignette zum Interview mit Dr. Christian Lüders in diesem Bericht).

Kompetenzen für die Mitgestaltung einer demokratischen Gesellschaft stärken

Die Mitgestaltung einer demokratischen Gesellschaft erfordert vielfältige Kompetenzen. Peter Massing³ hat mit Kolleg:innen bereits Anfang des letzten Jahrzehnts ein theoriegeleitetes, mehrdimensionales Kompetenzmodell entwickelt, das individuelle Einstellungen und Erwartungen, Wissen und Urteilsfähigkeit sowie Handlungsfähigkeit einschließt (vgl. Detjen et al. 2012; Massing 2012).

„Kompetenz stellt die Verbindung von Motivation/Einstellung, Wissen und Können im Handlungsvollzug dar“ (Massing 2012: 23).

Der Europarat hat im Rahmen eines mehrjährigen Projekts über hundert Konzepte zu demokratischen und interkulturellen Kompetenzen ausgewertet und ein Modell vorgeschlagen, das die Merkmale bestehender Konzepte zusammenführt und auf diesen aufbaut. Es veranschaulicht, welche Kompetenzen Individuen benötigen, um in einer demokratischen Gesellschaft mitwirken zu können (vgl. Europarat 2018). Das Modell umfasst 20 Kompetenzen in den Bereichen Werte, Einstellungen, Fähigkeiten, Wissen und kritisches Denken (siehe auch Abbildung 1).

Das Modell des Europarats differenziert den Kompetenzbegriff in den Dimensionen Werte, Einstellungen, Fähigkeiten, Wissen und kritisches Denken aus und zeigt, welche vielfältigen Kompetenzen für eine gleichberechtigte Teilhabe in demokratischen Gesellschaften erforderlich sind. Im Unterschied zu anderen Modellen, wie beispielsweise dem von Massing et al. (2012), bilden Werte wie Wertschätzung der Menschenrechte und Menschenwürde, Wertschätzung der kulturellen Vielfalt, Wertschätzung von Demokratie, Gerechtigkeit, Fairness, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit „das Herzstück der demokratischen Kompetenz und sind wesentlich für die Charakterisierung dieser Kompetenz“ (Europarat 2018: 36). Weitere zentrale Kompetenzen sind Offenheit, Respekt und Toleranz (Einstellungen), Empathie, Teamfähigkeit und Konfliktlösungskompetenzen (Fähigkeiten) sowie Wissen, kritisches Selbstverständnis und Weltverstehen (Wissen und kritisches Denken).

Das Modell des Europarats kann als Orientierungsrahmen für eine wirkungsorientierte Evaluation von Programmen und Projekten zur Förderung demokratischer Kompetenzen dienen.

³ Peter Massing war von 2002 bis 2014 Professor für Sozialkunde und Didaktik der Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.



Abbildung 1: Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Quelle: Europarat: Kompetenzen für eine demokratische Kultur, Straßburg 2018, S. 35.

Der Erwerb von Kompetenzen allein ist aber nicht ausreichend, um sich angemessen und wirksam in einer demokratischen Gesellschaft einbringen zu können. Damit einhergehen müssen die Ausgestaltung von als wirksam empfundenen Beteiligungsmöglichkeiten in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sowie der Abbau struktureller Benachteiligungen und sozialer Ungleichheiten.⁴

„Kindern und Jugendlichen demokratische Erfahrungen zu ermöglichen und sie dazu zu ermutigen, mit ihrem Handeln zu einem friedlichen Leben in einer offenen und freien Gesellschaft beizutragen, wird damit zu einer immer bedeutsameren Aufgabe aller, die junge Menschen in ihrer Entwicklung begleiten“ (Mauz/Gloe 2019: 4).

Jugend- als Demokratiepolitik bewegt sich daher in einem Spannungsfeld der Anerkennung und Durchsetzung von Rechten für Kinder und Jugendliche, der Schaffung vielfältiger Gelegenheiten demokratischen Lernens und politischer Partizipation sowie des Erwerbs und der Stärkung der vielfältigen Kompetenzen, die für eine echte Mitwirkung in einer demokratischen Gesellschaft erforderlich sind.

⁴ Mit dem Blick auf die Kompetenzen junger Menschen dürfe, betont Dr. Christian Lüders, das eigentliche Problem nicht aus den Augen verloren werden: Das bestehe in den strukturellen Fragen und Möglichkeiten für Jugendliche, Demokratie überhaupt leben und praktizieren zu können. Wo seien die Spielräume, die Beteiligungs-, Mitgestaltungs- und Einspruchsmöglichkeiten, die sie nutzen können? Die Kompetenzfrage würde häufig vorge-schoben, um vom strukturellen Thema abzulenken und jungen Menschen die Mitwirkung in „demokratischen Arenen“ zu verweigern (Interview mit Dr. Christian Lüders, 27. April 2022).

3 Der „Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!“

3.1 Politische Bildung und Beteiligung in Berlin

Das am 1. Januar 2020 in Kraft getretene Berliner Jugendförder- und Beteiligungsgesetz beschreibt Demokratiebildung als zentrales Ziel der Jugendarbeit (§ 6a). Diese soll junge Menschen zu eigenverantwortlichem gesellschaftlichem und politischem Handeln befähigen, ehrenamtliches Engagement und gegenseitige Unterstützung anregen, Beteiligung, Mitbestimmung und Teilhabe bei der Gestaltung von Angeboten in allen Lebensbereichen fördern, „Toleranz gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen, Glaubensbekenntnissen, sexuellen Orientierungen und kulturellen Prägungen [...] fördern“ sowie junge Menschen befähigen, „Konflikte gewaltfrei auszutragen und zu lösen“. Das Gesetz sieht zudem die Aufstellung von Jugendförderplänen auf Bezirks- und Landesebene unter Beteiligung junger Menschen vor (§ 43a).

Der Jugend-Demokratiefonds Berlin „Stark gemacht – Jugend nimmt Einfluss“ ist ein Element in einer vielfältigen Berliner Beteiligungslandschaft. Zu den auf Landesebene bestehenden Strukturen, Programmen und Projekten gehören vor allem die Förderung der Jugendverbandsarbeit der sieben Berliner Jugendbildungsstätten über den Landesjugendring Berlin als Zentralstelle, die Förderung der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin als landesweite Koordinierungsstelle für die Partizipation junger Menschen sowie das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Auf Bezirksebene wird die Beteiligungslandschaft vor allem durch Kinder- und Jugendbüros, Beauftragte für Kinder- und Jugendbeteiligung, Kinder- und Jugendparlamente, Bezirksschülerausschüsse sowie Kinder- und Jugendjurys (über den Jugend-Demokratiefonds) geprägt (vgl. Abgeordnetenhaus Berlin 2022: 3 ff.).

3.2 Der Jugend-Demokratiefonds Berlin in der Gesamtwahrnehmung

Das Programm *Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!* ging im Jahr 2012 als Nachfolgeprogramm aus dem *Berliner Jugendprogramm für Demokratie und Toleranz – gegen Gewalt und Rechtsextremismus* („respectABel“) hervor. In den zehn Jahren seines Bestehens hat sich das Programm als wichtiger Bestandteil der Jugend-Demokratiebildung in Berlin etabliert: Es ist kontinuierlich verfügbar, breit aufgestellt und wurde über die Jahre stetig ausgebaut. Zum Erfolg des Fonds trägt außerdem ein Antragsverfahren bei, das im Rahmen der Möglichkeiten – einem Spagat zwischen dem, was insbesondere Jugendlichen in einem Antragsverfahren abverlangt werden kann, und den Vorschriften für den Umgang mit öffentlichen Mitteln – nach niedrigschwelligen und unbürokratischen Verfahren sucht.

In zwei weitgehend voneinander unabhängigen Fördersäulen richtet sich das Programm zum einen an beteiligungsorientierte Projekte und Vorhaben auf lokaler Ebene und/oder mit überlokaler Bedeutung (Förderbereich 1: Projekte mit innovativer und/oder landesweiter Bedeutung), zum anderen in starker jugendlicher Selbstverwaltung an Kinder- und Jugendprojekte in den einzelnen Bezirken (Förderbereich 2: „Aktionsfonds zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bezirken“). Insbesondere die eigenständigen Jugendjurys, in denen Jugendliche im gegenseitigen Austausch selbstständig über die Mittelvergabe entscheiden, gelten als ein herausragendes positives Merkmal des Jugend-Demokratiefonds. Der Jugend-Demokratiefonds ist in seiner Breite aber auch ein komplexes Konstrukt aus zahlreichen Gremien- und Entscheidungsstrukturen und dazugehörigen Konzepten, Geschäftsordnungen und Förderrichtlinien.

Exkurs: Struktur und Förderbereiche des Jugend-Demokratiefonds Berlin

Der Jugend-Demokratiefonds Berlin zeichnet sich, wie Abbildung 2 zeigt, durch eine komplexe Struktur von Förderbereichen, Gremien und Schlüsselakteuren auf Bezirks- und Landesebene aus.

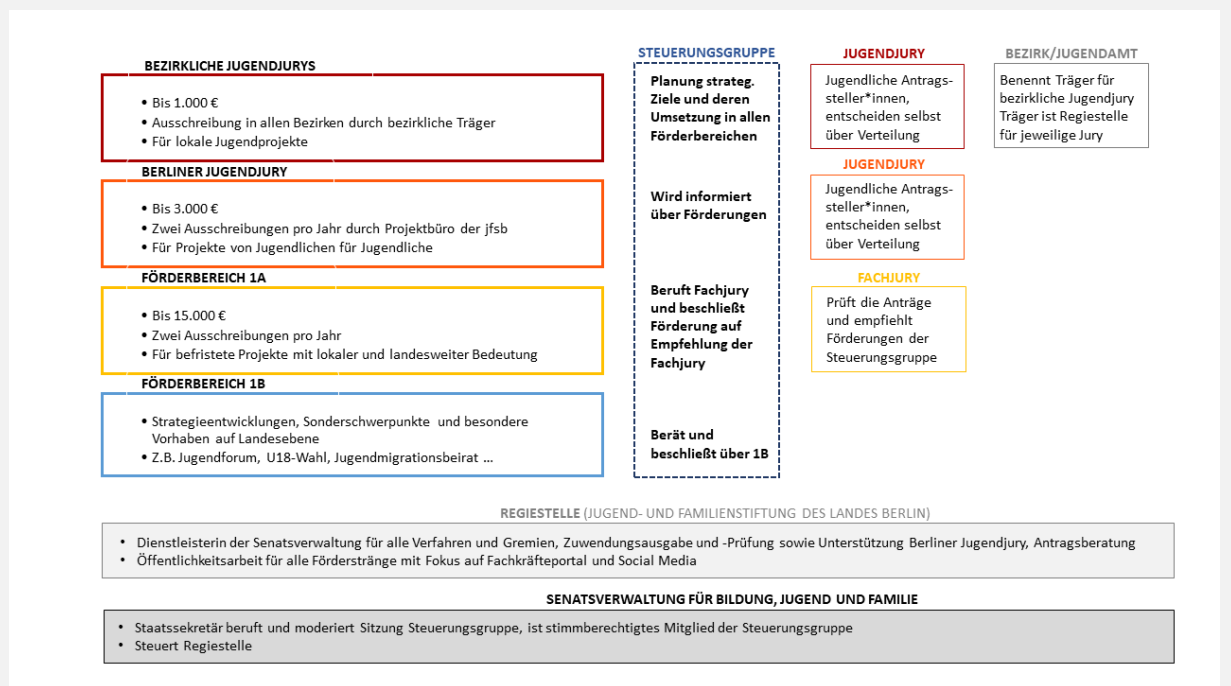


Abbildung 2: Struktur des Jugend-Demokratiefonds 2022 (Quelle: Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin/Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie: Präsentation, 23. Februar 2022).

Das Schaubild veranschaulicht zudem die Ausdifferenzierung von Programmbereich 1 („Projekte mit innovativer und/oder landesweiter Bedeutung“):

Im **Förderbereich 1A** („Innovative und befristete Projekte mit lokaler und/oder landesweiter Bedeutung“) werden Vorhaben gefördert, die zur Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen beitragen. Ein wesentliches Merkmal der Projekte ist, dass junge Menschen Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Planung und Umsetzung erhalten. Aktionsfelder können in der Beteiligung in der Schule, im zivilgesellschaftlichen Bereich, im Kiez und im Bezirk liegen. Über eine Förderung (bis 15.000 Euro) entscheidet auf der Grundlage eines Votums der Fachjury die Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds.

In diesem Förderbereich wurde zudem im Jahr 2015, anknüpfend an die positiven Erfahrungen mit dem Aktionsfond zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bezirken und den bezirklichen Kinder- und Jugendjurs, eine **Berliner Jugendjury** ins Leben gerufen, in der Jugendliche direkt über die Vergabe von Fördergeldern (bis 3.000 Euro) entscheiden können.

Im **Förderbereich 1B** („Strategieentwicklungen, Sonderschwerpunkte und besondere Vorhaben auf Landesebene“) werden Sonderschwerpunkte und besondere Vorhaben der Landesebene mit gesamtstädtischer Bedeutung finanziert, wie z.B. das Berliner jugendFORUM als Plattform für politische Diskussionen zwischen Jugendlichen und Politiker:innen sowie die U18-Wahlen, die im Vorfeld jeder Wahl mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden.

Der Jugend-Demokratiefonds weist – trotz seiner besonderen Qualitäten – in seiner inneren Struktur viele Verbesserungspotenziale auf und zeigt in der Außenwahrnehmung, insbesondere in der öffentlichen Sichtbarkeit, deutliche Entwicklungsmöglichkeiten. Dieses Kapitel zeigt auf der Basis der Gespräche mit Schlüsselpersonen des Jugend-Demokratiefonds (siehe auch S. 7 und S. 62) solche Entwicklungspotenziale auf und formuliert Handlungsmöglichkeiten als Diskussionsgrundlage zur Weiterentwicklung des Programms.

Als Schlüsselpersonen oder Stakeholder des Jugend-Demokratiefonds werden im Folgenden die Mitglieder der Steuerungsgruppe und der Fachjury, Vertreter:innen der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin als Regiestelle des Jugend-Demokratiefonds Berlin sowie Verantwortliche in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bezeichnet. Diese wurden zu Gruppendiskussionen und Einzelinterviews eingeladen. Im Mittelpunkt der bis zu zwei Stunden dauernden leitfadengestützten Gesprächsrunden standen Fragen zur Gesamtkonstruktion des Jugend-Demokratiefonds Berlin, zu den Rollen der Gremien (Steuerungsgruppe, Fachjury), zu den verschiedenen Programmbereichen sowie zur Berliner Jugendjury und zu bezirklichen Kinder- und Jugendjurs.⁵

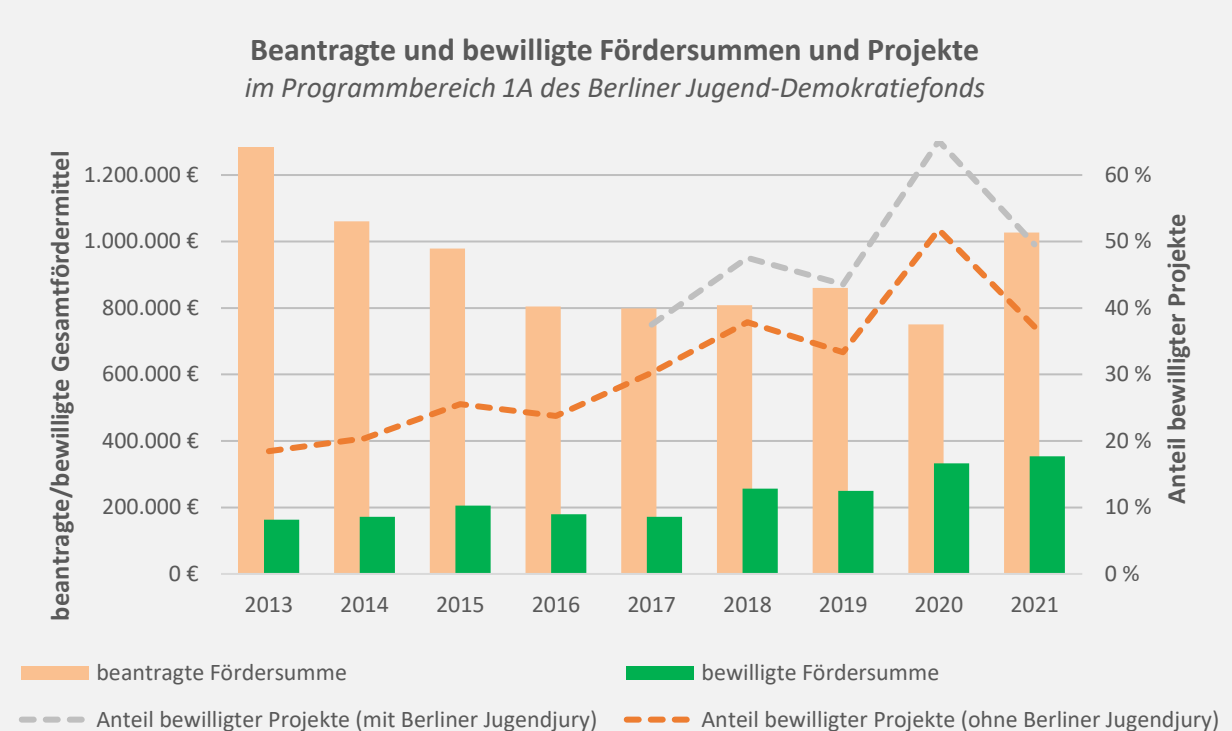
Ziele waren eine Bestandsaufnahme des Förderprogramms, die Identifizierung von Optimierungsbedarfen sowie die Sammlung von Vorschlägen und Wünschen im Hinblick auf eine Weiterentwicklung des Jugend-Demokratiefonds. Die Gespräche wurden aufgrund der Corona-Pandemie fast ausnahmslos online durchgeführt und videografiert. Zu den Gesprächen wurden Protokolle angefertigt, die anschließend systematisch ausgewertet wurden. Die folgende Darstellung fokussiert sich auf Schwerpunkte, die sich aus der Gesamtschau der Befragungen ergeben – insbesondere Wahrnehmungen und Themen, die von verschiedenen Seiten geäußert wurden oder im Zusammenspiel der verschiedenen Perspektiven als weiterführend und umsetzbar erscheinen.

⁵ Eine Übersicht der Teilnehmer:innen an Interviews und Gruppendiskussionen bietet die Anlage 1. Die Einladungen zu den Gruppendiskussionen erfolgten nach ‚Funktionsgruppen‘ (Projektbüro des Jugend-Demokratiefonds, Steuerungsgruppe, Fachjury, Jugendverwaltung). Die Gesprächsrunde mit Mitgliedern der Steuerungsgruppe wurde dabei aufgrund der großen Personenzahl in zwei Teilen durchgeführt. Schlüsselpersonen, denen eine Teilnahme an den Gruppendiskussionen terminlich nicht möglich war oder die ihre Teilnahme kurzfristig absagen mussten, wurde zudem die Möglichkeit angeboten, eigene Anliegen und Wünsche auch noch im Nachhinein einzubringen.

Exkurs: Fördersummen und Zusammensetzung der Projekte im Programmbereich 1A

Der Fokus der vorliegenden Erhebung liegt auf den Förderstrukturen auf Landesebene und insbesondere dem Programmbereich 1A als größtem Programmbereich des Jugend-Demokratiefonds. Im Zeitraum des zehnjährigen Bestehens des Programms wuchsen die jährlichen Gesamtfördermittel in diesem Bereich von anfangs etwa 170.000 Euro auf inzwischen rund 350.000 Euro an. Insbesondere in den Anfangsjahren überstieg das Antragsvolumen die verfügbaren Mittel um ein Vielfaches, sodass lediglich jedes fünfte antragstellende Projekt gefördert werden konnte (vgl. Abbildung 3).

Da das Volumen der beantragten Mittel zunächst sank und erst seit dem Jahr 2017 wieder leicht ansteigt, können inzwischen knapp 40 Prozent der antragstellenden Projekte⁶ einen positiven Förderbescheid erhalten. Im Jahr 2021 stellten 86 Projekte einen Projektantrag im Programmbereich 1A (27 Projekte im Rahmen der Berliner Jugendjury nicht mit eingerechnet), davon erhielten 32 – also etwa 37 Prozent – einen positiven Förderbescheid. Insgesamt beantragten alle 86 Projekte zusammen eine Summe von rund 960.000 Euro, wovon 300.000 Euro für die ausgewählten 32 Projekte bewilligt werden konnten – das entspricht einer Quote von 31 Prozent (einzelne bewilligte Projekte erhielten weniger als die beantragte Fördersumme).



Anmerkung: Eine Förderung im Bereich 1A bedeutet in der Regel eine dem Antrag entsprechende vollumfängliche Förderung. Die Berliner Jugendjury hingegen kürzt in der Regel die Fördermittel je Antrag, damit möglichst alle Projekte eine Förderung erhalten.

Abbildung 3: Beantragte und bewilligte Fördersummen und Projekte im Programmbereich 1A des Berliner Jugend-Demokratiefonds. Quelle: eigene Abbildung nach statistischen Daten des Projektbüros des Jugend-Demokratiefonds.

⁶ Die Anträge im Rahmen der Berliner Jugendjury sind hier zur Wahrung der Vergleichbarkeit nicht mit einberechnet, da diese erst seit 2017 gestellt werden können und eine vergleichsweise hohe Zahl von Projekten dadurch Zuwendungen in kleinerer Höhe erhält.

Die Projektanträge lassen sich einem von fünf Themenschwerpunkten zuordnen, die in den Förder Richtlinien des Jugend-Demokratiefonds definiert sind:⁷

- Projekte zur politisch-historischen Bildung,
- Projekte zur Erweiterung von Beteiligungskontexten,
- Projekte zur Entwicklung neuer Beteiligungsformate,
- Projekte zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie
- Projekte zur Förderung von Vielfalt und Toleranz.

Im Verlauf der Jahre lassen sich in der Schwerpunktverteilung der beantragten Projekte vereinzelte Konjunkturen und Trends feststellen.⁸ Am häufigsten werden Projektanträge im Schwerpunkt „**Förderung von Vielfalt und Toleranz**“ gestellt: Etwa ein Drittel der Projekte fällt in diese Kategorie. In den Jahren 2018 bis 2020 fielen sogar etwa 40 Prozent der Projekte in diese Kategorie – die gesellschaftlichen Debatten dieser Zeit schlugen sich also offenbar deutlich im Antragsgeschehen des Jugend-Demokratiefonds nieder.

Knapp hinter diesem Themenschwerpunkt folgen Projekte zur Erweiterung von Beteiligungskontexten und Projekte zur Entwicklung neuer Beteiligungsformate, die etwa ein Viertel der Projekte ausmachen. Projekte zur **Förderung des ehrenamtlichen Engagements** nehmen daneben zwar einen deutlich geringeren Stellenwert ein – in den letzten Jahren lag ihr Anteil bei etwa 15 Prozent –, insgesamt ist hier aber ein stetig zunehmender Trend sowohl unter den beantragten als auch den bewilligten Projekten zu beobachten.

Eine deutliche Veränderung wird bei Projekten zur **politisch-historischen Bildung** deutlich: Während in den Anfangsjahren teils jedes fünfte Projekt in diese Kategorie fiel, ließen sich zuletzt nur noch vereinzelt Projekte diesem Schwerpunkt zuordnen. Es liegt nahe, dass innerhalb des eher kurzen Zeitraums weniger ein zurückgehendes Interesse unter Jugendlichen dafür ursächlich ist, sondern vielmehr die Ausrichtung des Jugend-Demokratiefonds, der direkte Beteiligungserfahrungen von Jugendlichen in den Vordergrund stellt, was bei Projekten der politisch-historischen Bildung schwerer einlösbar ist (vgl. die Ausführungen zum Jugend-Demokratiefonds zwischen Jugendbeteiligung und Demokratiebildung auf Seite 28).

3.3 Programmbereich 1: Projekte mit innovativer und/oder landesweiter Bedeutung

A) Ausrichtung des Förderprogramms schärfen

Der Jugend-Demokratiefonds zwischen Projekt- und Strukturförderung

Der Berliner Jugend-Demokratiefonds steht in einem beständigen Spannungsfeld zwischen einem Fonds für Jugendprojekte auf der einen und einem Fonds für Träger der Jugendarbeit auf der anderen Seite. In der Trägerlandschaft besteht ein latenter Druck, die als unzureichend empfundenen Strukturförderungen durch Projektmittel auszugleichen, wofür sich auch der Jugend-Demokratiefonds eignet.

⁷ Die Zuordnung zu den Themenschwerpunkten erfolgt nur im Programmbereich 1A (mit Ausnahme der Berliner Jugendjury) und wird durch die Antragsstellenden selbst vorgenommen.

⁸ Die verfügbaren Förderstatistiken lassen nicht in allen Jahren eine Zuordnung der Projekte zu den Förderschwerpunkten zu. Einige Projekte wurden statistisch anderen, „freien“ Kategorien zugeordnet, die nicht den fünf genannten Schwerpunkten entsprechen.

In der Folge sind Projekte im Bereich 1A eher *für* Jugendliche als *von* Jugendlichen; darüber hinaus tragen einzelne Projektanträge den Charakter einer „versteckten Fehlbedarfsfinanzierung“.

Auf der anderen Seite kann der Jugend-Demokratiefonds als berechtigte Fördermöglichkeit beispielsweise zur Förderung von Jugendbeteiligung innerhalb von Institutionen verstanden werden, also als „Projekt-Add-on“ bestehender Strukturförderungen. Die Fördermöglichkeiten sind nur abstrakt eingegrenzt und entsprechend breit interpretier- und nutzbar.

Ziele wie die Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen können in ein Spannungsverhältnis zu Anforderungen der Förderpraxis geraten, wenn die Höhe der Förderung ein professionelles Antragsmanagement einschließlich einer Planung von Projektzielen und -ergebnissen verlangt. Aus Projekten von Jugendlichen werden Projekte für Jugendliche, was in der Evaluationsliteratur zu vergleichbaren Förderprogrammen als „Partizipations-Paradox“ beschrieben wird (vgl. Ilg/Schaal 2022: 22 ff.).

Die projektorientierte Ausrichtung des Fonds, die sich nur an zeitlich befristete Projekte richtet, ermöglicht zwar Anschlussförderungen, gelegentlich können erfolgreiche Jugendprojekte nach mehreren Anschlussförderungen aber nicht weiter gefördert werden, obwohl sie sich im weiteren Verlauf verstetigen könnten. Hier gilt es, mögliche Brücken aufzuzeigen, denn „demokratisches Lernen ist kein befristetes Projekt“ (Thomas Gill, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Mitglied der Steuerungsgruppe).

Handlungsmöglichkeiten:

- Breiten Austausch zu einer möglichen Fokussierung von Förderschwerpunkten starten: Welche Akteure sind wirklich Zielgruppen im Sinne der Programmziele? An wen richtet sich der Jugend-Demokratiefonds im engeren Sinne und wie lassen sich Kommunikationsstrategien daran anpassen?
- Wiederholt anschlussgeförderten Projekten Möglichkeiten der Fortführung außerhalb des Jugend-Demokratiefonds aufzeigen, wenn sich Verstetigungsperspektiven abzeichnen.
- Erfahrungen aus dem Jugend-Demokratiefonds nutzen, um auf strukturelle Verbesserungen der Bedingungen in der Jugend- und Demokratiebildung hinzuwirken, beispielsweise durch Aufzeigen von Leuchtturmprojekten, die exemplarisch für eigentlich in der Breite erforderliche Maßnahmen stehen.

» *Wir haben immer den Anspruch, es sollten Veranstaltungen ‚von‘ Jugendlichen ‚mit‘ Jugendlichen sein und bei der Lektüre der Projektanträge oder Berichte wird es dann doch wieder eher ein ‚für‘ Jugendliche. Das liegt durchaus auch in der fondshaften Art und Weise der Mittelvergabe, denn es müssen bestimmte Ressourcen vorhanden sein, um überhaupt auf so einen Fonds zugreifen und damit umgehen zu können. Es landet – vor allem bei den Projekten auf Landesebene – dann doch wieder bei Trägern. Wo ich mich frage: Bedarf es da des Fonds? Hätten die Träger eine vernünftige Regelausstattung, könnten sie „mit“ den Jugendlichen auch in ihrer Regelarbeit Dinge möglich machen« (Thomas Gill, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Mitglied der Steuerungsgruppe).*

» *Was mich beständig stört ist, dass die Akteure im Feld die Profis sind, Erwachsene, die die Jugendlichen reinholen. Das ist nicht die Idee, die mit dem Jugend-*

Demokratiefonds verfolgt wird, denn dann wäre in der Tat der Ansatz der Regelförderung der richtige« (ein Mitglied der Steuerungsgruppe).⁹

Erreichte Zielgruppen evaluieren


Die Ausrichtung und der Ansatz der geförderten Projekte sollen laut Konzeption des Jugend-Demokratiefonds sicherstellen, „dass die Vielfalt der Lebenswelten und Lebenssituationen junger Menschen – Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten, mit und ohne Beeinträchtigungen – berücksichtigt wird“ (Konzeption des Jugend-Demokratiefonds, S. 6). So soll beispielsweise die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch zielgruppenspezifische Ansätze gestärkt werden (ebd.).

In der fachpolitischen Debatte wird es als „besondere Herausforderung“ gesehen, „Demokratiebildung und -erleben nicht nur für ressourcenstarke und bildungserfolgreiche Jugendliche und junge Erwachsene, sondern für alle jungen Menschen zugänglich zu machen. [...] Demokratiebildung soll alle erreichen, für alle erfahrbar sein und erlebbar sein“ (BJK 2017: 7); siehe auch Abschnitt 2.3 („Impulse aus der fachpolitischen Debatte“) sowie die Vignette zu Benedikt Sturzenhecker auf S. 16 („Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern“).

Allerdings erlaubt die Förderstatistik des Jugend-Demokratiefonds Berlin keine Aussagen zu den tatsächlich erreichten Zielgruppen – insbesondere zu sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Auch Mitglieder der Fachjury zeigen sich bei der Frage nach den erreichten Zielgruppen eher zurückhaltend und verweisen auf fehlende Evaluationen. Andere wiederum sehen Lücken und plädieren für aufsuchende Ansätze, um neue oder bislang kaum erreichte Zielgruppen zu gewinnen.

Handlungsmöglichkeiten:

- Kinder als Zielgruppe in die Förderung des Jugend-Demokratiefonds Berlin einbeziehen (siehe auch Abschnitt 2.3: „Impulse aus der fachpolitischen Debatte“).
- Jugendliche aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen aktiv („aufsuchend“) ansprechen und für eine Beteiligung am Jugend-Demokratiefonds gewinnen.
- Fokus auf weitere, weniger „klassische“ Akteure der politischen Bildung erweitern, insbesondere Migrantenselbstorganisationen, und diese gezielt ansprechen.

 *Die Altersgrenze ist pädagogisch nicht sinnvoll. Es gibt viele interessierte Kindergruppen und Einrichtungen, die Kinder bei einem Projektantrag unterstützen würden. Entscheidend ist nicht das Alter, sondern die Projekte. Demokratiebildung beginnt früh, und zwar so früh wie möglich« (Marcus Lehmann, Jugendhilfeplaner im Jugendamt Berlin-Mitte, Mitglied der Fachjury).*

Der Jugend-Demokratiefonds zwischen Jugendbeteiligung und Demokratiebildung

Der Jugend-Demokratiefonds ist ein Programm zur „Förderung der Partizipation und des demokratischen Handelns bei Kindern und Jugendlichen“ (Konzeption des Jugend-Demokratiefonds, S. 2). Konzeptionell ist der Fonds breit gefasst und vereinigt abstrakte Kategorien von der Partizipation bis zur Demokratiebildung in einem Topf. In der Förderpraxis stehen Bottom-up-Projekte im Vordergrund, in denen Jugendliche selbst in Verantwortung stehen oder gebracht werden, um Projektideen

⁹ Zitat freigegeben, ohne Namensnennung.

umzusetzen. Konzeptionell sind aber auch Top-down-Ansätze umfasst, z.B. konzipierte Lernerfahrungen im Bereich „politisch-historischer Bildung“, einem von fünf Förderschwerpunkten des Jugend-Demokratiefonds.

Während der Bereich „politisch-historische Bildung“ in den Anfangsjahren des Programms einen gleichberechtigten Anteil unter allen Projektanträgen ausmachte, spielt er inzwischen nur noch eine marginale Rolle (vgl. S. 26). Dafür ursächlich ist vermutlich weniger ein nachlassendes Interesse am Thema als vielmehr eine veränderte Praxis in der Auswahl geförderter Projekte, wobei Beteiligungserfahrungen von Jugendlichen zunehmend im Vordergrund stehen, was bei Projekten der politisch-historischen Bildung schwerer einlösbar ist. Das Beispiel zeigt die Notwendigkeit einer Diskussion über die Förderkriterien und angestrebten Lernmethoden des Jugend-Demokratiefonds.

Das Programm kann konzeptionell als Anregung eines demokratischen Lernprozesses verstanden werden: „Da Lernen von Demokratie ein Bildungsprozess ist und demokratische Kompetenzen abstrakt nur schwer zu vermitteln sind, müssen Kinder und Jugendliche Gelegenheiten haben, diese handelnd zu erfahren“ (Konzeption des Jugend-Demokratiefonds, S. 2). Erfolgreich im Sinne seiner Ziele ist der Fonds also, wenn die teilnehmenden Jugendlichen diesen Prozess durchschreiten und reflektieren, nicht nur, wenn am Ende sichtbare, fertige Projekte stehen (auch wenn diese den identifikatorischen Kern des Fonds bilden und daher auf einer anderen Ebene essenziell für das Programm sind). „Ausprobieren“ und „Scheitern“ sind legitime Teile dieses Prozesses.

Der eigene Innovationsanspruch des Jugend-Demokratiefonds sollte dabei nicht überdehnt werden: Ein zu hoher Innovationsdruck kann Schein- und Schlagwortdebatten nach sich ziehen, während der Zwang, „innovativ sein zu müssen“, bewährte, effektive Formate gefährden kann. Nichtsdestotrotz sollten innovative Projektansätze stets wohlwollend unterstützt werden, um ihre Wirksamkeit zu erkunden.

Handlungsmöglichkeiten:

- Förderkriterien unter Einbezug aller Gremien des Jugend-Demokratiefonds schärfen und Indikatoren zu deren Bewertung aufstellen, um einen transparenteren Prozess zur Projektbewertung (inkl. Vorbewertung) und Projektablehnung zu schaffen.
- Förderschwerpunkte des Jugend-Demokratiefonds hinsichtlich ihrer gewünschten Zielrichtung und Breite diskutieren und ggf. neu oder präziser formulieren.
- Den finanziellen Anteil der von Kindern und Jugendlichen eigenständig beantragten, durchgeführten und verwalteten Projekte (Bezirkliche Kinder- und Jugendjurs, Berliner Jugendjury) an den Programmmitteln erhöhen.
- Verständnis des Jugend-Demokratiefonds und seiner Projekte als „Bildungsprozess“ zur Erlangung demokratischer Kompetenzen vergegenwärtigen und weiter ausbauen.

» *Wenn der Fonds nicht dafür da ist, auch mal ein Stück weit etwas zu riskieren, welcher dann? Man hat ja absichtlich keinen riesigen Zuwendungsantrag, bei dem man mit allen möglichen Dingen hantieren muss. Sondern es kann ein Stück weit, im Rahmen dessen, was gerade noch so geht, eben auch mal sein, dass so ein Projekt scheitert und das Geld nicht sinnvoll eingesetzt war« (ein Mitglied in der Steuerungsgruppe).¹⁰*

¹⁰ Zitat freigegeben, ohne Namensnennung.

B) Strukturellen Aufbau des Jugend-Demokratiefonds verbessern

Steuerungsgruppe als „fachliches Kompetenzzentrum“ verstehen und nutzen

In der derzeitigen praktischen Ausgestaltung des Jugend-Demokratiefonds haben sich die Tätigkeiten der Steuerungsgruppe von den ursprünglich konzeptionell vorgesehenen Aufgaben entfernt. Praktisch nehmen bürokratische Verfahren und Formalia, die Diskussion von Juryentscheidungen in der Säule 1A und Förderentscheidungen in der Säule 1B einen hohen Stellenwert ein. Das fachliche Potential, das die Steuerungsgruppe als zentrales Gremium des Jugend-Demokratiefonds auszeichnet, kann dabei kaum ausgeschöpft werden.

Viele der befragten Akteure bringen zum Ausdruck, dass eine Weiterentwicklung der Steuerungsgruppe zu einem Resonanzraum für fachliche und strategische Auseinandersetzungen und zu einem inhaltlichen Impulsgeber sinnvoll erscheint, um den Jugend-Demokratiefonds mit dieser Expertise fortlaufend weiter zu gestalten, an aktuelle Entwicklungen anzupassen und thematisch zu prägen. Eine inhaltliche Schwerpunktsetzung über Sonderschwerpunkte, wie in der Vergangenheit zuweilen gemacht und im Jahr 2021 wiederholt erprobt, war bislang die Ausnahme, obwohl dies bereits in der Konzeption des Jugend-Demokratiefonds vorgesehen war.

Handlungsmöglichkeiten:

- Rückbesinnung der Steuerungsgruppe auf die bereits in der Erst-Konzeption des Jugend-Demokratiefonds formulierten Aufgaben (vgl. Konzeption des Jugend-Demokratiefonds 2012: 10), insbesondere die „Planung der strategischen Ziele und deren Umsetzung in allen Förderbereichen“, die fortlaufende „Auswertung und Weiterentwicklung des Programms“ inklusive der „Festlegung von Entscheidungsverfahren und -kriterien für die Fördersäule 1A“ und die jährliche Erarbeitung inhaltlicher Schwerpunkte und damit die inhaltliche Ausgestaltung der Fördersäule 1B.
- Fokussierung auf thematische Schwerpunktsetzungen, Identifikation aktueller Themen und Erarbeitung von Reaktionen (z.B. über Ausschreibung der Sonderschwerpunkte – vgl. den nachfolgenden Abschnitt – und Erarbeitung strategischer Leitlinien bzw. kurz-, mittel- oder langfristiger Ziele (z.B. Verknüpfung von Partizipation und Digitalisierung)), um Richtlinien und Konzepte des Programms anzupassen.
- Entlastung der Steuerungsgruppe von der inhaltlichen Beschäftigung mit Fachjury-Entscheidungen (vgl. Abschnitt zur Festigung der Entscheidungskompetenz der Fachjury auf S. 31).
- Möglicherweise Anpassung des Formats der Steuerungsgruppensitzungen (z.B. angesichts des organisatorischen Aufwands seltener, dafür inhaltlich fokussiert oder sogar Fachkonferenz-Charakter).
- Übersichtlicherer Umgang mit in der Steuerungsgruppe gefassten Beschlüssen, da diese bindend sind, aber bisher nicht laufend in die Geschäftsordnungen und Richtlinien einfließen und daher mit zunehmender Beschlusszahl nur noch erfahrenen „Expert:innen“ geläufig sind.

Verfahren für die Ausgestaltung des Programmbereichs 1B entwickeln

Von den verfügbaren Finanzmitteln in der Fördersäule 1 fließt ein Drittel in den Programmbereich 1B, der für „Strategieentwicklungen, Sonderschwerpunkte und besondere Vorhaben auf Landesebene“ vorgesehen ist. Ein großer Teil davon wird zur Finanzierung von regelhaft stattfindenden Veranstaltungen aufgebracht, insbesondere des jährlich stattfindenden Jugendforums und der U18-Wahlen in Wahljahren. Obwohl diese „fest“ aus den Mitteln des Jugend-Demokratiefonds finanziert werden,

nimmt ihre Diskussion und Begleitung einen signifikanten Teil der Arbeit insbesondere der Steuerungsgruppe ein, ohne dass klar ist, welche Rolle die Gremien des Jugend-Demokratiefonds dabei einnehmen.

Demgegenüber bietet der Programmbereich 1B gemäß der Konzeption des Jugend-Demokratiefonds eigentlich die Möglichkeit, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und dabei aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und Debatten aufzugreifen (vgl. auch der vorherige Abschnitt). In der praktischen Ausgestaltung war dies bisher jedoch ausnahmsweise der Fall.

Handlungsmöglichkeiten:

- Ausgliederung der regelgeförderten Projekte, nach Möglichkeit in eigene Haushaltstitel oder separate Fördersäulen ohne regelmäßigen Diskussions-, Abstimmungs- und Begleitungsbedarf durch die Gremien des Jugend-Demokratiefonds. Insbesondere die Veranstaltung des Jugendforums sorgte in den letzten Jahren für Reibungen, sodass ein separater Fachaustausch zur Weiterentwicklung des Projekts ratsam erscheint.
- Sonderschwerpunkte aus der Expertise der Steuerungsgruppe heraus entwickeln und ausschreiben – wie im Jahr 2021 bereits erprobt – und ein organisatorisches Vorgehen dafür etablieren.
- Die Schwerpunktsetzung könnte aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten und Ereignisse aufgreifen oder sich beispielsweise auch an bestimmte Zielgruppen richten, die der Jugend-Demokratiefonds gern ansprechen möchte.
- Die Bildung von Themenschwerpunkten würde es erleichtern, mehr öffentliche Sichtbarkeit für die Erfahrungen und Perspektiven der Jugendlichen herzustellen (siehe auch Abschnitt B ab S. 33).

» *Ich würde mir wünschen, dass wir mit dem Jugend-Demokratiefonds mehr Sichtbarkeit für die Themen der Jugendlichen wie zum Beispiel die Auswirkungen der Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine herstellen. [...] Wenn die Jugendlichen mitbekommen, dass sie ein Stein in dem Mosaik sind, das ein Gesamtbild ergibt, dann ist das ja auch eine deutliche Aufwertung und bessere Vermittlung, dass demokratische Teilhabe wichtig ist für das Ganze, und nicht nur für den Einzelnen und sein kleines Projekt« (Aziz Bozkurt, Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung).*

Entscheidungskompetenz der Fachjury festigen und von Steuerungsgruppe abgrenzen

Im komplexen Aufbau des Jugend-Demokratiefonds, in dem verschiedene Gremien in viele Entscheidungen – insbesondere Förderentscheidungen – eingebunden werden (müssen), bilden die beteiligten Akteure mit der Zeit ein eigenes Verständnis ihrer Rollen und Aufgaben aus. Dieses praktische Rollenverständnis beteiligter Akteure kann bisweilen zu Reibungen führen, wie zuletzt in Fällen von Förderentscheidungen der Fachjury, die von Teilnehmenden der Steuerungsgruppe vereinzelt hinterfragt und abgelehnt wurden und als Vertrauensverlust wahrgenommen werden können. Hier bedarf es einer Rollenklärung im Ablauf des Förderentscheidungsprozesses.

Handlungsmöglichkeiten:

- Entscheidungskompetenz der Fachjury klarer definieren, indem die Steuerungsgruppe bewilligte Projekte nur noch im Ausnahmefall in Frage stellen kann. Hier liegt ein Vetorecht für die Steuerungsgruppe nahe, wenn es mehrheitlich begründete Einwände gegen eine Entscheidung der Fachjury gibt.

- Förderentscheidungen der Fachjury ausführlicher gestalten, damit diese für Dritte nachvollziehbarer werden, Interessenkonflikte eher ausgeräumt und Folgediskussionen vermieden werden können.
- Bewertungs- und Entscheidungskriterien für geförderte Projekte in gemeinsamem Prozess zwischen den Gremien überarbeiten und damit Transparenz über Förderentscheidung und Vertrauen in die Kriterien herstellen.¹¹
- Für die Vertretung von jungen Menschen in der Fachjury sorgen, damit die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen direkt einbezogen werden können.
- Mitgliedern der Steuerungsgruppe, von Jugendjurs oder anderen Vertreter:innen von Formaten der Jugendbeteiligung auch außerhalb des Programms formal die Möglichkeit einräumen, auf Wunsch und nach Zustimmung der Fachjury an den Jurysitzungen teilzunehmen, z.B. mit Rede-, aber ohne Stimmrecht (nach Geschäftsordnung der Fachjury, § 8: „Teilnahme von Dritten an den Sitzungen“, ist dies derzeit nicht vorgesehen).

Gremien- und programmbereichsübergreifende Kommunikation fördern

Auf verschiedenen Ebenen innerhalb der Strukturen des Jugend-Demokratiefonds fehlen Kommunikationswege, um einen Austausch über Erfahrungen und Wissen aus anderen Bereichen herzustellen. Das betrifft insbesondere die Kommunikation zwischen den beiden Säulen – also zwischen bezirklichen und landesweiten Gremien, die nur wenig voneinander erfahren –, aber auch den Austausch beispielsweise zwischen den verschiedenen bezirklichen Jugendjurs (vgl. die Ergebnisse der Befragung von Koordinator:innen der bezirklichen Jugendjurs, S. 40). Teils fehlen diese Kommunikationskanäle, teils sind sie der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen.

Über den wertvollen Wissens- und Erfahrungsaustausch hinaus könnten verbesserte Netzwerke zwischen den Akteuren beispielsweise auch dazu beitragen, erfolgreiche lokale Projekte von der bezirklichen „Experimentierbühne“ zu einem Sprung auf die Landesebene zu motivieren, um Beispiele guter Praxis in die Fläche zu tragen. Dies wird von einigen Schlüsselpersonen als Anspruch an den Jugend-Demokratiefonds formuliert, findet sich in der Praxis aber kaum wieder.

Handlungsmöglichkeiten:

- Regelmäßigen Fach- und Erfahrungsaustausch über Einzelgremien oder den Fonds hinaus ermöglichen (z.B. gelegentliche gremienübergreifende Arbeitstreffen, regelmäßigen Austausch zwischen Jugendjurs bzw. deren Koordination, Organisation oder Beteiligung an einer Fachkonferenz, „Klausur-Sitzungen“ zur Diskussion und Entscheidung von Grundsatz- und Strukturfragen, z.B. zur Überarbeitung von Förderkriterien).
- Identifizierung, öffentliche Sichtbarkeit und Transfer von Beispielen guter Praxis ermöglichen (z.B. durch Bereitstellung von mehr Ressourcen für die Dokumentation, Evaluation und Präsentation von Projektergebnissen).

¹¹ Als Orientierungshilfe für eine Überarbeitung der Förderkriterien könnte der Referenzrahmen für Demokratiekompetenzen des Europarates dienen, in dem die Kompetenzen des Modells „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ bereits mit Deskriptoren und Indikatoren unterlegt wurden. <https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture/descriptors-of-competences>.

- Jugendliche Perspektiven in den Gremien des Programmbereichs 1 stärken, z.B. durch Einbezug von Mitgliedern der Berliner Jugendjury oder über andere Mitglieder.¹² Das Mitglied der Landesschülervertretung in der Steuerungsgruppe ist derzeit die einzige jugendliche Gremienstimme; eine Beteiligung an oder Beobachtung von Entscheidungen der Fachjury wäre wünschenswert, ist derzeit aber formal nicht möglich (vgl. auch vorheriger Abschnitt).
- Bezirkliche Akteure (Jugendstadträte, Kinder- und Jugendbüros, Koordinator:innen der Kinder- und Jugendjurs) stärker in die Ausgestaltung des Jugend-Demokratiefonds einbinden.

C) Wahrnehmung nach außen und innen stärken

Sichtbarkeit und öffentliche Wahrnehmbarkeit des Programms erhöhen

In der Öffentlichkeit und insbesondere unter Jugendlichen ist der Jugend-Demokratiefonds nur wenig bekannt. Geförderte, erfolgreiche Einzelprojekte stehen eher für sich; zwischen ihnen und dem Programm werden nur vereinzelt Verbindungen sichtbar. Selbst für die Gremienmitglieder des Jugend-Demokratiefonds ist kaum fassbar, was aus den geförderten Projekten im weiteren Verlauf wird.¹³

Es ist schwer, die Sprache und Medien der Jugendlichen zu treffen und ihnen den Jugend-Demokratiefonds und die damit verbundenen Möglichkeiten zu vermitteln. Dieser Schritt ist aber entscheidend, um eine Bekanntheit und Wirkung des Fonds in der „Breite“ erreichen zu können und nicht nur die „Profis“ anzusprechen. Ein entsprechender Mitteleinsatz zur Fortentwicklung weiter professionalisierter Kommunikationsstrategien erscheint daher sinnvoll.

Auch in der Bekanntheit des Programms unter politischen Entscheidungsträgern bzw. einem Bewusstsein für die beständigen Erfolge des Programms in Abgeordnetenkreisen werden Defizite gesehen, was eine politisch-parlamentarische Initiative zur Stärkung des Fonds erschwert. Generell scheint die Relevanz des außerschulischen Jugendbereichs für die Politische Bildung schwerer vermittelbar zu sein als beispielsweise die Bedeutung schulischer Projekte. Dabei könnte der Jugend-Demokratiefonds exemplarisch als gut verständliches Vorbild für demokratische Lernerfahrungen junger Menschen dienen.

Unter den Schlüsselpersonen des Jugend-Demokratiefonds werden außerdem unterschiedliche Vorstellungen zur Bedeutung des Kontexts „Schule“ für die Sichtbarmachung des Fonds und für Antragstellungen geäußert. Einerseits sind Schulen ein idealer Ort, um auch Jugendliche zu erreichen, die nicht an Institutionen der Jugendarbeit angedockt sind. Andererseits besteht die Gefahr, den Jugend-Demokratiefonds für schulische Zwecke zu nutzen und damit mangelnde Regelfördermöglichkeiten im schulischen Bereich auszugleichen (siehe auch S. 26: Der Jugend-Demokratiefonds zwischen Projekt- und Strukturförderung).

¹² Bis Anfang 2020 waren zwei Jugendliche über den Landesjugendhilfeausschuss in der Steuerungsgruppe vertreten.

¹³ Nach Angaben des Projektbüros der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin wurden bis einschließlich 2016 zu jeder Steuerungsgruppensitzung auch Vertreterinnen eines ausgewählten 1A-Förderprojekts eingeladen, ihre Ergebnisse und Erfahrungen zu präsentieren. Ab 2017 fand keine Fortsetzung statt, da dieses Format vornehmlich aus zeitlichen Gründen aus Sicht sowohl der Projekte als auch der Steuerungsgruppen-Mitglieder nicht angemessen erschien.

Handlungsmöglichkeiten:

- Sichtbarkeit exemplarischer laufender und erfolgreich geförderter Projekte erhöhen bzw. herstellen, um einerseits beispielhaft für die Möglichkeiten des Fonds unter Jugendlichen werben zu können, aber auch um das Verständnis unter Fachkräften und in der Öffentlichkeit zu stärken, welche Möglichkeiten der Fonds eröffnen kann.
- Transmission der Möglichkeiten und Projekte des Jugend-Demokratiefonds in die Sprache und die Medien von Jugendlichen durch professionelle Kommunikationsstrategien (Social Media) herstellen bzw. ausbauen.
- Jugendliche und erfolgreiche Projekte selbst verstärkt als Multiplikatoren für den Jugend-Demokratiefonds gewinnen oder öffentliche Kommunikation stärker zum Bestandteil der Projektdurchführung machen.
- Obligatorisch im Vorfeld auf allen Ebenen auf die finalen „Ergebnisse“ aller laufender Projekte aufmerksam machen (z.B. Veranstaltungen/Events, Veröffentlichungen ...) oder einen „Abschlussstag“ veranstalten, an dem passende Projekte einer Förderperiode gebündelt und unter breiterer Beteiligung (z.B. auch von politisch Verantwortlichen) auf ihre Ergebnisse aufmerksam machen können.
- Konsens darüber herstellen, welche Ablehnungsquote (vgl. Exkurs auf S. 24) im Sinne der Ziele des Jugend-Demokratiefonds akzeptabel erscheint, und Projektwerbung (z.B. Ansprache von Zielgruppen) daran anpassen: Politisch verdeutlicht eine höhere Ablehnungsquote die Dringlichkeit einer Stärkung des Fonds; auf der Wirkungsebene können Ablehnungen und damit verbundene Ohnmachtsgefühle aber die Ziele des Fonds unterminieren.
- Enttäuschungen bei abgelehnten Projekten reduzieren: Transparenz über Ablehnungsgründe herstellen, zur Projektfortsetzung oder zu erneuten Förderversuchen motivieren, auf andere Fördermöglichkeiten verweisen, auf andere Weise für ein Erfolgserlebnis sorgen.



Was ich mir wünschen würde, ist, dass wir so wenig Anträge wie möglich ablehnen müssen. Aber das ist eine Frage des Geldes und des politischen Willens.» (Michael Raj Kunsmann, Vorsitzender der Fachjury).

Evaluation/Wirkungsanalyse und statistische Begleitung erweitern

Die Wirkungen und Erfolge des Jugend-Demokratiefonds wurden bisher nicht systematisch evaluiert. Zwar lassen die Erfahrungen aus tausenden Projektdurchführungen und die kontinuierliche Ausweitung und Nachfrage des Programms wenig Zweifel daran, dass das Programm generell als erfolgreich bewertet werden muss. Zielgenaue Aussagen zu Wirkungen und Wirkungslücken sind aber ebenso schwierig wie Aussagen zu tatsächlich erreichten Zielgruppen – insbesondere unter Jugendlichen aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen – oder eine Nachverfolgbarkeit der durchgeführten Projekte, womit sich die Erfolge auch schwerer illustrieren lassen (siehe auch den vorherigen Abschnitt).

Neben einfacheren Maßnahmen, wie erweiterten statistischen Erhebungen oder einem „Projekttracking“, ist nach mehrjährigem kontinuierlichem Fortbestehen auch eine weitergehende Wirkungsanalyse denkbar, um die Erfolge des Programms empirisch zu evaluieren, in fachlichen Auseinandersetzungen sichtbar zu machen und damit möglicherweise eine Vorbildfunktion des Programms zu unterstreichen. „Wirkungen“ sollten dabei nicht ergebnis-, sondern prozessorientiert verstanden werden. Entsprechende Bewertungskriterien könnten in einfachem Umfang auch aus den Strukturen des

Jugend-Demokratiefonds (insbesondere der Expertise der Steuerungsgruppe) selbst heraus entwickelt und erhoben werden.

Handlungsmöglichkeiten:


- Differenziertere Antragsstatistiken führen, z.B. Erhebung des Ortsteils der Projektdurchführung (statt des Sitzes des Trägers); thematische Ausrichtung von Projekten oder soziodemographischen Umständen der Projektdurchführung; und regelmäßige Auswertungen, um Veränderungen, Lücken in Zielgruppen etc. erkennen zu können.
- Räumliche Ungleichheiten der Antragstellungen zwischen einzelnen Bezirken oder Ortsteilen im Auge behalten und weiterhin versuchen, Nachholbedarfe in Bezug auf die Bekanntheit des Jugend-Demokratiefonds vor Ort zu nutzen.
- Geförderte Projekte nach Abschluss der Förderung verfolgen, um langfristige Projekterfolge erkennen und vermitteln zu können.
- Kriterien/Indikatoren zur Wirkungsmessung entwickeln, z.B.: Wie kann man evaluieren, ob benachteiligte Jugendliche erreicht wurden? Woran kann man erkennen, dass die „Themen der Jugendlichen“ getroffen wurden? Wie lassen sich demokratische Lernerfolge messen?

Einbettung in landesweite Förderstrategien verbessern

In Berlin gibt es zahlreiche Einrichtungen, Initiativen und Maßnahmen auf bezirklicher und landesweiter Ebene, die auf die Stärkung der Beteiligungschancen von Kindern und Jugendlichen abzielen. Dazu gehören die in vielen Bezirken vorhandenen Stellen und Büros für Kinder- und Jugendbeteiligung ebenso wie die Kinder- und Jugendparlamente oder Beauftragte in der Bezirksverwaltung bzw. beim Jugendamt. Hinzu kommt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, das im Land Berlin an das Landesdemokratiezentrum Berlin (LDZ) angebunden ist. Das bei der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung angesiedelte LDZ vernetzt Akteure und Projekte sowie 19 Partnerschaften für Demokratie in Berliner Bezirken und Stadtteilen.

Handlungsmöglichkeiten:

- Landes- und bezirkliche Ebene könnten besser verzahnt werden, um jungen Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie auf lokaler Ebene erworbene politische Kompetenzen auf die Landesebene übertragen werden könnten.
- Es könnten Pfade aufgezeigt werden, wie auf Bezirksebene entwickelte innovative Projekte auf der Landesebene als Modellprojekte fortgeführt werden könnten.
- Das Themenfeld Demokratie und Teilhabe könnte im Rahmen einer ressortübergreifenden Berliner Jugendstrategie, die die Gestaltung jugendlicher Lebenslagen als politische und gesellschaftliche Gesamtaufgabe fokussiert, aufgewertet und verankert werden.
- In einem Demokratiekonzept könnten verschiedene Ansätze und Maßnahmen zur Förderung demokratischer Kompetenzen und gleichberechtigter Teilhabe junger Menschen zusammengeführt werden.

 *In unserem Bezirk [Treptow-Köpenick] gibt es derzeit, soweit ich weiß, vier (davon zwei regionale) Aktionsfonds aus unterschiedlichen Programmen, bei denen Jugendliche Geld für Aktionen/Projekte beantragen können. Jede Förderlogik ist noch mal anders. Das*

*bringt Vielfalt mit sich, aber auch einen hohen Aufwand für jeden einzelnen Fonds bei der Verbreitung etc. Der Demokratiefonds ist durch seine Kontinuität eine feste Größe, allerdings ist ‚Jugend‘ dynamisch, weshalb man kontinuierlich gute Öffentlichkeitsarbeit etc. betreiben muss. Koordination ist also wirklich sehr wichtig. Alles aus einer Hand wäre vielleicht besser, andererseits ginge dann sicherlich Vielfalt verloren. Nur einige Gedanken, keine ‚Lösung‘ ...«
(Tine Zülch, FiPP Fachberatung Jugendhilfe Sozialraum).*

3.4 Programmbereich 2: Aktionsfonds zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bezirken

Die bezirklichen Aktionsfonds ermöglichen die direkte Beteiligung von jungen Menschen, indem sie eigene Anträge zu konkreten Vorhaben und Projektideen stellen können. Die Mittel dafür werden im Rahmen von Kinder- und Jugendjurs, also von jungen Menschen selbst, vergeben. Die Fördersumme pro Projekt sollte mehr als 300 Euro und höchstens 1.000 Euro betragen. Die Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Aktionsfonds wird durch einen vom Jugendamt benannten freien oder öffentlichen Träger, der über ausgeprägte Erfahrungen in der Umsetzung von Beteiligungsverfahren verfügt, organisiert und verwaltet. Es können Projekte für selbstverwaltete, selbstorganisierte Kinder- und Jugendinitiativen (auch mit Unterstützung von sozialpädagogischen Fachkräften), Vorhaben zum gesellschaftlichen Engagement usw. gefördert werden.

Um mehr über die Erfahrungen und Perspektiven aus der bezirklichen Fördersäule des Jugend-Demokratiefonds zu erfahren, wurden die Koordinator:innen und Ansprechpartner:innen der bezirklichen Jugendjurs mit einem Fragebogen befragt. Die Befragten konnten darin Angaben zum Selbstverständnis ihrer Tätigkeit machen, einzelne Aspekte des Jugend-Demokratiefonds – sowohl in den Bezirken als auch in seiner Gesamtheit – bewerten sowie Wirkungen, Herausforderungen und Potenziale des Programms aus ihrer Sichtweise beschreiben.

Während des Befragungszeitraums im Frühjahr 2022 konnten insgesamt 12 von 13¹⁴ bezirklichen Koordinator:innen an der Befragung teilnehmen. Über die Hälfte der Befragten begleiten das Programm selbst bereits seit Beginn im Jahr 2013, die anderen in verschiedenen Abstufungen seit einem Zeitraum in den vergangenen beiden Jahren. Die Institutionen bzw. Träger, die für die Koordination zuständig sind, tun dies in allen Fällen bereits seit der Anfangszeit.

Selbstverständnis der Koordinator:innen

In einem ersten Abschnitt der Befragung konnten fünf Aussagen bewertet sowie eigene Angaben ergänzt werden, wie die Koordinator:innen ihre eigene Rolle als Ansprechpartner:innen der Jugendjurs in den Bezirken wahrnehmen. Mit geringen Unterschieden stimmten die Befragten überwiegend zu, dass sie Jugendliche in ihrer Engagementbereitschaft stärken, bei ihren Anliegen, Fragen und Ideen unterstützen, den Austausch und die Teamfähigkeit unter den Jugendlichen fördern sowie bei einem Projektantrag begleiten möchten. Lediglich Jugendliche zu motivieren, über die bezirklichen Mittel hinaus auch die landesweiten Fördermöglichkeiten des Jugend-Demokratiefonds in Anspruch zu nehmen, gehört nur teilweise zum Selbstverständnis.¹⁵

¹⁴ In einem der zwölf Berliner Bezirke gibt es zwei Koordinator:innen für verschiedene Ortsteile, daher ist die Gesamtzahl höher als die Zahl der Bezirke.

¹⁵ Antwortverteilung für dieses Item auf einer Skala von 1 (trifft sehr zu) bis 5 (trifft gar nicht zu): 2x trifft sehr zu, 4x trifft eher zu, 5x teils/teils, 1x trifft eher nicht zu.

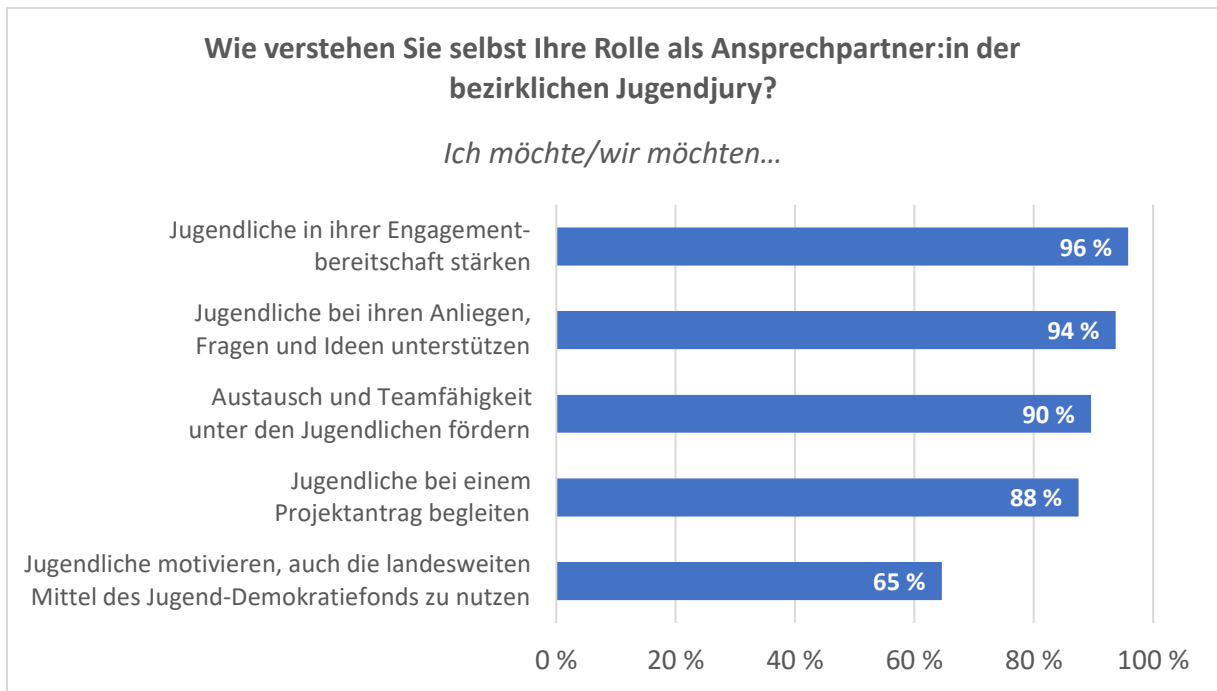


Abbildung 4: Selbstverständnis der Koordinator:innen der bezirklichen Jugendjurs. Quelle: eigene Abbildung.

In den weiteren, freien Angaben kam zum Ausdruck, dass die Koordinator:innen ihre Unterstützung als Teil der Niedrigschwelligkeit des Förderprogramms sehen, indem sie den Jugendlichen bürokratische Hürden nehmen oder sie bei deren Überwindung unterstützen. Darüber hinaus verstehen sie sich als „Botschafter:innen“ des Programms, um den Jugend-Demokratiefonds in den Bezirken bekannt zu machen.

Bewertung einzelner Aspekte des Jugend-Demokratiefonds

In einem zweiten Teil des Fragebogens konnten die Befragten Aussagen zum Jugend-Demokratiefonds auf einer Skala von 1 (trifft sehr zu) bis 5 (trifft gar nicht zu) bewerten.¹⁶ Zu den Aussagen gehörten insbesondere Annahmen zu Wirkungen sowie Aspekte zur konkreten Umsetzung und zur strukturellen Funktionsweise des Programms.

¹⁶ Zur übersichtlicheren Ergebnisdarstellung wurden die Bewertungen – wie auch bei der Frage nach dem Selbstverständnis der Koordinator:innen – in eine prozentuale Zustimmung umgerechnet. Eine Bewertung mit der höchsten Kategorie „trifft sehr zu“ entspricht dabei einer Zustimmung von 100 Prozent, eine Bewertung mit „trifft gar nicht zu“ 0 Prozent. Die dazwischen liegenden Kategorien wurden als entsprechende Teilzustimmungen gewertet (z.B. Kategorie 2/„trifft eher zu“ mit 75 Prozent Zustimmung).

**Bitte lassen Sie uns wissen,
wie Sie die folgenden Aussagen bewerten:**

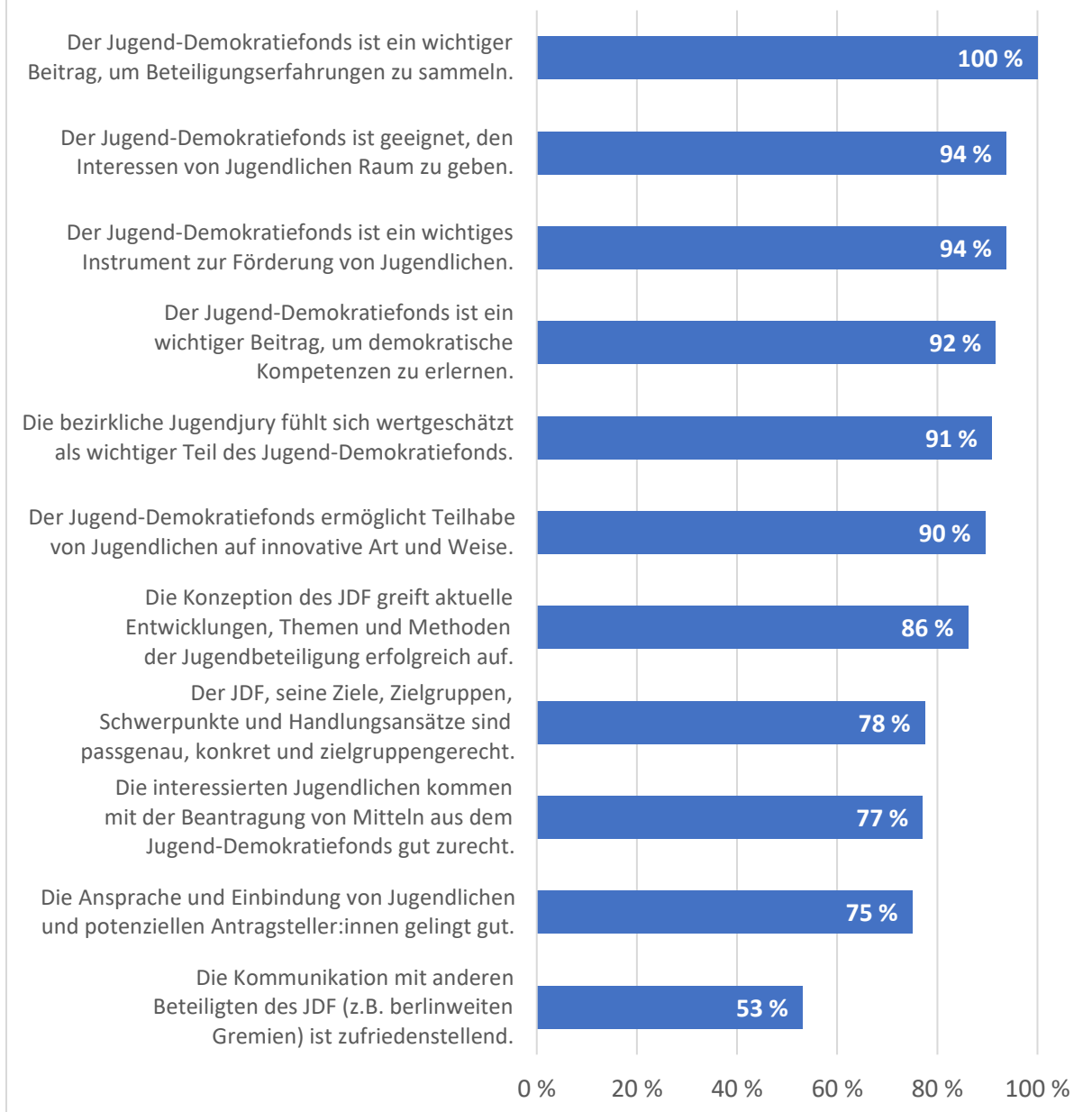


Abbildung 5: Zustimmung der Koordinator:innen der bezirklichen Jugendjurs zu verschiedenen Aspekten des Berliner Jugend-Demokratiefonds. Quelle: eigene Darstellung.

Insbesondere den Wirkungsannahmen kam dabei eine sehr hohe Zustimmung zu, was darauf hindeutet, dass das Programm nicht nur als notwendig, sondern auch als effektiv und wirksam eingeschätzt wird. Unstrittig ist, dass der Jugend-Demokratiefonds „ein wichtiger Beitrag [ist], um Beteiligungserfahrungen zu sammeln“. Er ist zwar auch „ein wichtiger Beitrag, um demokratische Kompetenzen zu erlernen“, allerdings mit weniger starker Zustimmung als bei der Frage nach Beteiligungserfahrungen.¹⁷ Die signifikanten Unterschiede zeigen, dass Beteiligungserfahrungen nicht mit dem Erwerb

¹⁷ Antwortverteilung „Der Jugend-Demokratiefonds ist ein wichtiger Beitrag, um ...“: a) Beteiligungserfahrungen zu sammeln: 12x „trifft sehr zu“, b) demokratische Kompetenzen zu erlernen: 8x „trifft sehr zu“, 4x „trifft eher zu“.

demokratischer Kompetenzen gleichgesetzt werden dürfen. Sie werfen zudem die Frage nach den Bedingungen auf, die für den Erwerb demokratischer Kompetenzen förderlich sind.¹⁸ Das Programm gibt den Jugendlichen in hohem Maße Raum für ihre eigenen Interessen und wird als wichtiges Instrument zur Förderung von Jugendlichen wahrgenommen. Teilhabe von Jugendlichen wird auf diesem Wege auf „innovative Art und Weise“ ermöglicht.

In den Anmerkungen, die die Befragten hinterlassen konnten, wird deutlich, dass die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Jugendlichen ein zentrales Wirkungselement darstellen (siehe auch nachfolgender Abschnitt). Der Erfolg und die Nachhaltigkeit der Projekte selbst sind dagegen durch verschiedene Rahmenbedingungen limitiert:

» *Der Jugend-Demokratiefonds ist ein wichtiger Beitrag, um Beteiligungserfahrungen zu sammeln: Kinder und Jugendliche erleben bei der Kinder- und Jugendjury viel Selbstwirksamkeit. Große Veränderungen durch die Kinder- und Jugendprojekte und eine Nachhaltigkeit der Projekte im Allgemeinen sind eher seltener. Es bestehen Begrenzungen durch die Höhe der Mittel und die Projektorientierung. Beispielsweise konnte im letzten Jahr eins der beantragten Projekte nur durch eine Querfinanzierung des Umweltamts verwirklicht werden. Die Nachhaltigkeit fällt häufig einer fehlenden Folgefinanzierung zum Opfer« (Angelika Staudinger/Laura Schmude, Kinder- und Jugendjury Friedrichshain-Kreuzberg).*

In den meisten Fällen fühlen sich die bezirklichen Jugendjurs nach Einschätzung der Koordinator:innen „wertgeschätzt als wichtiger Teil des Jugend-Demokratiefonds“ (7x trifft sehr zu, 4x trifft eher zu, 1x keine Angabe). Etwas differenzierter werden Aspekte der konkreten Umsetzung des Programms bewertet: So wird sichtbar, dass die Ansprache und Einbindung von Jugendlichen und potenziellen Antragsteller:innen oder die Beantragung von Mitteln aus dem Jugend-Demokratiefonds – trotz der von vielen Befragten betonten Niedrigschwelligkeit – teils mit Hürden verbunden sind, auch wenn diese überwindbar erscheinen.¹⁹ Die Spannweite der Einschätzungen dürfte auch unterschiedliche sozialräumliche Rahmenbedingungen in den Bezirken widerspiegeln:

» *Vor allem die Niedrigschwelligkeit und Unkompliziertheit des Jugend-Demokratiefonds, für Jugendliche eigene Projekte zeitnah umsetzen zu können, sticht heraus« (Lisa Michiels-Corsten, Straßensozialarbeiterin in Hohenschönhausen bei Gangway e.V.).*

» *Kontaktaufnahme zu interessierten Jugendlichen und insbesondere marginalisierten Gruppen und/oder Einzelpersonen mit Diskriminierungserfahrungen gestaltet sich manchmal schwierig. Die Kinder- und Jugendjury ist nicht ganz niedrigschwellig und die Werbung von STARK GEMACHT scheint nicht immer die ganze Zielgruppe zu erreichen« (ein:e Koordinator:in einer bezirklichen Kinder- und Jugendjury).²⁰*

Insbesondere bei den strukturellen Rahmenbedingungen des Jugend-Demokratiefonds wird teilweise Handlungsbedarf gesehen. Der Jugend-Demokratiefonds, seine „Ziele, Zielgruppen, Schwerpunkte und Handlungsansätze“ werden nicht in jedem Fall als „passgenau, konkret und zielgruppengerecht“

¹⁸ Siehe hierzu auch die Unterscheidung von Dr. Christian Lüders zwischen Beteiligung, sozialem Lernen und politischer Bildung (Vignette Dr. Christian Lüders).

¹⁹ 3x bzw. 4x Nennung von „teils, teils“, aber keine negativen Bewertungen mit „trifft eher nicht zu“ oder „trifft gar nicht zu“.

²⁰ Freigabe des Zitats, ohne Namensnennung.

bewertet. Auffällig ist jedoch vor allem die vergleichsweise niedrige Bewertung der Kommunikation mit anderen Beteiligten des Programms, z.B. mit landesweiten Gremien. Auch dass etwa ein Viertel der Befragten keine Angaben zu verschiedenen strukturellen Aussagen treffen konnte oder wollte, bestätigt die Beobachtung aus den Gruppeninterviews, dass der Austausch zwischen den bezirklichen und den landesweiten Gremien des Jugend-Demokratiefonds kaum stattfindet und beide Ebenen eher unabhängig voneinander agieren. Anzumerken ist jedoch auch, dass in den Vorjahren bestehende Austauschformate offenbar der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen sind. Es wurde der Wunsch geäußert, den Austausch zwischen den verschiedenen Bezirksjurs, aber auch unter anderem mit der Berliner Jugendjury wieder zu ermöglichen bzw. zu intensivieren.

Bewertung von Wirkungen, Herausforderungen und Potenzialen

In einem abschließenden Teil des Fragebogens konnten die Koordinator:innen freie Angaben dazu machen, welche Erfolge und Wirkungen sie im Hinblick auf den Jugend-Demokratiefonds sehen, wo sie aktuelle Herausforderungen für das Programm sehen und welche Wünsche sie an die Weiterentwicklung des Programms haben.

Bei den **Erfolgen und Wirkungen** des Programms wird vor allem die Selbstwirksamkeit betont, die die Jugendlichen im Rahmen ihrer Projekte und Jurytätigkeit erfahren. Diese basiert auf der Erfahrung, eine Idee nach eigenen Vorstellungen direkt umsetzen zu können, dabei aber auch Verantwortung zu übernehmen und dafür im Austausch mit anderen Jugendlichen und den Programmbeteiligten Wertschätzung zu erfahren. Dabei erlangen die Jugendlichen kommunikative und organisatorische Kompetenzen, machen in erster Linie aber die Erfahrung eines „politischen“ Aushandlungsprozesses mit den anderen Mitgliedern der Jury und deren Interessen, für den sie vielerorts sogar selbst die Regeln definieren müssen.

Die Aussagen der Befragten machen deutlich, dass dieser demokratische Lernprozess klar im Fokus der Jugendjurytätigkeiten steht. Die dabei entstehenden Projekte werden nicht in erster Linie als Ziel des Programms überhöht, sondern erscheinen – zumindest auf der bezirklichen Ebene – eher als ein Werkzeug für diesen offenbar erfolgreichen Lernprozess. Daher ist es auch eher unwesentlich, ob Projekte in ihrem Antrag einen offensichtlichen „politisch-demokratischen“ Bezug formulieren oder nicht, da der demokratische Lernerfolg auch aus dem Miteinander innerhalb und außerhalb des Projekts erwachsen kann. Bisweilen wird berichtet, dass Jugendliche durch positive Erfahrungen in den Jugendjurs motiviert wurden, an andere Beteiligungsstrukturen wie den Bezirksschülerausschuss anzudocken oder im Anschluss an ihre Jurytätigkeit selbst als Berater:innen für nachfolgende Antragstellende zu fungieren.



Der gesamte Prozess – von der intensiven Auseinandersetzung mit einer Idee, der Antragstellung, der Präsentation vor Gleichaltrigen, der Vertretung eigener Interessen und dem Entstehen für das gemeinsame Anliegen, der Aushandlungen während der Jurysitzung bis hin zur Realisierung des Projektes – erweitert nicht nur den Erfahrungshorizont der Beteiligten, diese können sich darüber hinaus auch (und das ist meiner Meinung nach mit am entscheidendsten) als selbstwirksam erleben. Letzteres ist vor allem für Jugendliche wichtig, die sich in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen oft ohnmächtig oder ungehört fühlen. Erfolgserlebnisse, wie sie im Rahmen der Teilnahme am Jugend-Demokratiefonds ermöglicht werden können, sind für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen unerlässlich« (Kinder- und Jugendjury-Team Tempelhof-Schöneberg).

Auf der strukturellen Ebene wird vor allem die Kontinuität und Verlässlichkeit des Jugend-Demokratiefonds als Erfolg wahrgenommen. Das langjährige, mit steigenden Mitteln versehene Programm wird in vielen Bezirken als fester Bestandteil der Jugendbeteiligung und als bekanntes Angebot in der lokalen Jugendarbeit wahrgenommen. Es wird darüber hinaus als attraktive Alternative zum schulischen Kontext gesehen, wo es kaum Möglichkeiten gibt, eigenverantwortliche Projekte zu starten.²¹

Die von den Befragten genannten **Herausforderungen** schließen an diese Erfolge und Wirkungen an. Zunächst einmal stellt die aktuelle Situation der Corona-Pandemie eine Herausforderung dar, auch für den Erfolg des aufgezeigten demokratischen Lernprozesses oder für die erfolgreiche Ansprache von Jugendlichen aus allen Zielgruppen, die ohnehin keine leichte Aufgabe ist.



Aktuell war die Coronapandemie eine große Herausforderung: Die digitale Durchführung der Jurys hat uns zwar auch viel Spaß gemacht, war aber weniger intensiv in den Prozessen der Demokratieförderung. Wir freuen uns deshalb auf die analoge Durchführung unserer Jurys in diesem Jahr« (Sven Reinert und Silke Volkmann, Koordinator:innen der bezirklichen Kinder- und Jugendjury Reinickendorf).

Im Zusammenhang mit Herausforderungen gehen die befragten Koordinator:innen nun – im Gegensatz zur Frage nach den Erfolgen und Wirkungen – auch stärker auf die Projekte an sich ein. So wird vereinzelt aufgezeigt, dass es mit den vorhandenen Mitteln schwierig ist, die Projekte nachhaltig zu gestalten bzw. nach Abschluss der Förderung fortzuführen. Darüber hinaus scheint es in einzelnen Fällen vorzukommen, dass Jugendliche nach Erhalt der Projektförderung nicht mehr an der Umsetzung der Projektidee interessiert sind oder es einigen zunehmend schwerfällt, sich „auf längere Prozesse“ einzulassen und „bei der Stange“ zu bleiben.

Nicht zuletzt wird – trotz oder gerade wegen der Kontinuität des Programms – die Personalfuktuation von Fachkräften und die damit verbundene Weitergabe von Wissen an einigen Stellen als Hürde identifiziert.

Die geäußerten **Wünsche** an die Weiterentwicklung des Programms waren überwiegend sehr spezifisch und lassen – außer einer verbreiteten Grundzufriedenheit – kein allgemeines Muster erkennen. Genannt wurden u.a. eine Ausweitung auf Kinder, ein engerer Fachaustausch und Begleitung durch Expert:innen aus der politischen Bildung sowie eine bessere Sichtbarkeit der Projekte aus anderen Bezirken bzw. aus den anderen Fördersäulen. Gewünscht wurde auch eine Intensivierung der Kommunikation zwischen bzw. mit den einzelnen bezirklichen Akteuren des Jugend-Demokratiefonds (siehe oben). Darüber hinaus wurden einige organisatorische Wünsche geäußert, so eine schnellere Ausstellung des Förderbescheids, um früher im Jahr mit den Jurysitzungen beginnen zu können, die Möglichkeit, dass auch unter 18-Jährige die Werkverträge zur Abrechnung der Anträge unterzeichnen können, oder weitere Bemühungen, die Niedrigschwelligkeit nicht nur zu erhalten, sondern durch einfachere Anträge oder bessere Dokumentation weiter zu verbessern. Grundsätzlich liegt außerdem eine bessere finanzielle Ausstattung im Interesse der Befragten, die beobachten, dass weniger Mittel zur Verfügung stehen, als beantragt werden, und die Jugendjurys daher faktisch „über Kürzungen verhandeln“ müssen.

²¹ Zu den Ausnahmen gehören kleinere Projekte wie Schüler:innenhaushalte, bei denen Schüler:innen mithilfe eines (kleinen) Budgets nach ihren Wünschen Maßnahmen in ihrer Schule umsetzen können.

Erfahrungen mit dem Jugend-Demokratiefonds Berlin im Bezirk Lichtenberg

„Dass Kinder und Jugendliche Anträge stellen können und gefragt werden, dass ihre Bedarfe wahrgenommen werden, dass sie Teil der Gesellschaft sind, indem sie etwas verwirklichen können – das ist Teilhabe“ (Lisa Michiels-Corsten).

Im Berliner Bezirk Lichtenberg wird der Jugend-Demokratiefonds seit 2013 durch Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e.V. betreut. Zielgruppe der Projektförderung sind vor allem benachteiligte Jugendliche, die sich aber, wie die Gangway-Mitarbeiterinnen Marie Grünheid und Lisa Michiels-Corsten betonen, nicht pauschal „abstempeln“ lassen; die Jugendlichen hätten allerdings häufig wenig Chancengleichheit erfahren und Beziehungsabbrüche zu wichtigen Bezugspersonen erlebt.

Die Entscheidung über die Fördermittelvergabe treffen Jugendjurys, die auf die zwei Gangway-Teams in Neu- und Alt-Hohenschönhausen sowie Fennpfuhl, Alt-Lichtenberg und Lichtenberg-Mitte aufgeteilt sind, in einem demokratischen Aushandlungsprozess. Das Gesamtbudget wird gleichmäßig zwischen den beiden Standorten verteilt. 2021 wurden so 17 Projekte gefördert.

Im Unterschied zu anderen Bezirken gibt es in Lichtenberg Jugendjurys mit festen Mitgliedern, die mit dem Projekt wachsen und sich zu regelmäßigen Sitzungen treffen. Pro Jahr wechseln daher nur einige wenige Personen, häufig altersbedingt.

„Wir haben uns für diese Variante entschieden, weil wir in unserer Arbeit an sich [...] viel Gruppen- und Projektarbeit machen, und haben gesagt: ‚Okay, wir wollen kontinuierlich mit einer Gruppe arbeiten und die Jugendlichen kontinuierlich daran wachsen lassen, um eine Selbstwirksamkeit nachhaltig zu fördern‘“ (Lisa Michiels-Corsten).

Die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen werden einerseits über bestehende Jugendeinrichtungen und -clubs, andererseits über aufsuchende Arbeit/Streetwork identifiziert. Die Kontinuität des Fonds zahle sich aus, lasse ihn bekannter und zum „Selbstläufer“ werden. Die niedrigschwellige Anlage des Fonds mache es zudem möglich, „dass Kinder und Jugendliche das wirklich schaffen mit ein paar Fragen“ und biete ihnen eine „direkte Rückmeldung“ – ein Vorteil gegenüber anderen, langwierigeren Verfahren. Die Mitglieder der Jugendjury seien im Bezirk bekannt und ihre Arbeit werde wertgeschätzt.

Durch die Jury-Tätigkeit erwerben die Jugendlichen viele Kompetenzen, die vor allem mit der Kultivierung einer Diskussionskultur und demokratischen Aushandlungsprozessen zusammenhängen: „Dieses Diskutieren nehmen die [Jugendlichen] am meisten mit, [...] dieses Abwägen und Kennenlernen von anderen Jugendlichen, Einrichtungen und Ideen“ (Lisa Michiels-Corsten). Die Kostenabwägung bildet dabei einen zentralen Punkt der Diskussion; die Jugendlichen arbeiten häufig sehr budgetbewusst und treten auch in den Austausch mit Einrichtungen, um über mögliche Sparpotenziale zu verhandeln.

Die beiden Straßensozialarbeiterinnen von Gangway sind davon überzeugt, dass die Kinder und Jugendlichen nachhaltig von diesen Diskussions- und Aushandlungsprozessen geprägt werden:

„Ich habe ganz verschiedene junge Menschen, die für sich etwas mitnehmen aus dem ganzen Prozess, und ich glaube, dass die Tätigkeit in der Jugendjury ein bestimmtes Selbstbewusstsein gefördert hat. Es gibt eine junge Frau, die ist mittlerweile Sozialarbeiterin. Die ist mit mir älter geworden durch den Prozess und ich glaube schon, dass dieses ‚Du kannst etwas mitbestimmen, du hast eine Macht‘, dass das mit der Persönlichkeit etwas gemacht hat, auch mehr an sich selbst zu glauben, Selbstbewusstsein zu schulen. Auch ins Studium zu gehen als Erste aus der Familie überhaupt. Und vielleicht auch woanders eher laut zu sein und mitzusprechen“ (Lisa Michiels-Corsten).

4 Beteiligungserfahrungen und -wünsche junger Menschen

Um die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen mit dem Jugend-Demokratiefonds Berlin einzubeziehen, haben wir uns für ein Vorgehen entschieden, das auf verschiedenen Ebenen ansetzt: Hierzu gehörten ein Interview mit dem Vertreter des Landesschülersausschusses Berlin in seiner Funktion als Mitglied der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds, eine Gruppendiskussion mit engagierten Jugendlichen und Heranwachsenden, die über vielfältige Erfahrungen mit den verschiedenen Förder Säulen des Jugend-Demokratiefonds verfügen, sowie verschiedene Zugänge zu Mitgliedern bezirklicher Kinder- und Jugendjurs (Gesprächsrunde, schriftliche Befragung, Interview). In einem kurzen Fazit werden Vorschläge aufgegriffen, die Jugendliche zur Weiterentwicklung des Jugend-Demokratiefonds angeregt haben.

4.1 Landesschülersausschuss Berlin

Als einziges junges Mitglied in den Gremien des Programmbereichs 1 vertritt derzeit Samuel Goldmann den Landesschülersausschuss Berlin in der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds Berlin. Da er erst kürzlich in die Steuerungsgruppe aufgerückt ist, hat er zwar noch keine eigenen Erfahrungen mit dem Förderprogramm gemacht, aber von seinen Vorgänger:innen gehört, dass es „ein gutes Mittel sei, um Jugendpartizipation und Möglichkeiten des Engagements für Jugendliche zu unterstützen, und ein wichtiger Baustein in der Beteiligung von Jugendlichen“. Es gebe Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, die ihre Potenziale aber nicht ausschöpfen würden, da ihnen viele Möglichkeiten der Partizipation nicht bekannt seien. Hier bräuchte es mehr Aufklärung. Das betreffe auch den Jugend-Demokratiefonds: „Wenn ich an meiner Schule fragen würde: ‚Habt ihr schon mal irgendwas vom Jugend-Demokratiefonds gehört?‘, würden die meisten mit dem Kopf schütteln.“

Fonds seien generell eine gute Möglichkeit, finanzielle Anreize für Projekte mit Jugendlichen als Zielgruppe zu fördern, um zu erreichen, dass die Stimmen und Meinungen von Jugendlichen besser gehört werden:

» Oft wäre mehr Beteiligung möglich und diese sollte von Lehrkräften, pädagogischem Personal und auch Eltern stärker respektiert werden. Aber auch von Schüler:innen-seite benötigen wir definitiv mehr aktive Initiative« (Samuel Goldmann, Landesschülersausschuss Berlin, Mitglied der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds).

Für viele junge Menschen sei es eine Selbstverständlichkeit, dass es Ressourcen und Angebote für Beteiligung gibt, und man merke erst aktiv, wie wichtig ein Instrument ist, wenn es zur Diskussion steht oder Mittel gestrichen werden sollen.

Exkurs: Positionspapier Demokratie und politische Mitbestimmung, Landesschülersausschuss Berlin und Deutscher Verein für Politische Bildung e.V., Juni 2022

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, aktive, politische Gestalter:innen der Berliner Stadtgesellschaft zu sein“, heißt es in dem gemeinsamen Positionspapier von Landesschülersausschuss Berlin und Deutschem Verein für Politische Bildung (2022: 1). Der sich beschleunigende Wandel gehe mit Herausforderungen einher, die nach „deutlich mehr Angeboten politischer Bildung“ verlangen, damit Schüler:innen sich die „notwendigen Ressourcen für Handlungs- und Orientierungsfähigkeiten, Erfahrungen und Wissen aneignen“ können (ebd.).

„Um die gleichberechtigte volle Teilhabe aller fördern zu können, muss auch die Politische Bildung in einer vielfältigen Stadtgesellschaft diversitätssensibel, diskriminierungskritisch und inklusiv sein. Sie kann so mit dazu beitragen, Barrieren, die durch Strukturen, Praxen und Haltungen verursacht werden, abzubauen“ (ebd.).

In dem Positionspapier, das vornehmlich das Verhältnis von demokratischer Mitbestimmung und politischer Bildung an Berliner Schulen thematisiert, wird auch die Zusammenarbeit von Schule mit außerschulischer politischer Bildung in den Blick genommen, da Berlin über „eine außergewöhnlich große Landschaft unterschiedlicher außerschulischer politischer Lernorte und Akteur*innen“ verfüge.

„Die Angebote außerschulischer politischer Bildung eröffnen Lernorte und -räume, die in anderen Formaten, mit anderen Themen, frei von Benotung und partizipativ gestaltet neue Lern-Erfahrungen ermöglichen“ (ebd.: 3).

Diese Angebote würden einen „unersetzlichen Mehrwert zum schulischen Lernen“ darstellen, der allen Schüler:innen, zum Beispiel über Kooperationen von Akteuren und Lernorten mit Berliner Schulen, zugutekommen sollte.

4.2 Perspektiven von Jugendlichen auf den Jugend-Demokratiefonds²²

Kurzportraits der Teilnehmer einer Gruppendiskussion

In einer zweistündigen Gruppendiskussion wurden die Perspektiven von vier Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 20 Jahren erhoben. Die Teilnehmer brachten vielfältige Erfahrungen auf allen Ebenen des Jugend-Demokratiefonds mit. Niko²³ (16 Jahre), Mitglied und Jugendsprecher eines Sportvereins im Berliner Südwesten, hat verschiedene Projekte im Umfang von bis zu 3.000 Euro auf Berliner Ebene realisiert. Dabei baute er u.a. eine Verleihstation zum kostenlosen Verleih von Skateboards an Kinder und Jugendliche auf oder auch eine Kartbahn. Felix und Jonas (beide Anfang 20) sind schon länger bei einer großen Kinder- und Freizeiteinrichtung im Berliner Südosten engagiert und brachten Erfahrung sowohl aus den Jugendjurs auf Bezirks- und Landesebene als auch mit Projekten des Förderbereiches 1A mit Rahmen von bis zu 1.000, 3.000 und 15.000 Euro mit. Mit einer Jugendgruppe, die sie leiten, haben sie verschiedene Veranstaltungen und Foren für Jugendliche zu den Themen Klimawandel, Nachhaltigkeit, Antidiskriminierung und politische Beteiligung organisiert. Martin (20) hat federführend ein Projekt in Berlin-Mitte vorangetrieben, in dem Kinder und Jugendliche in Workshops eigene Musikstücke erarbeiteten und diese in Kooperation mit einer Berliner Oper dort an einem Tag als ‚Stimme der Jugend‘ aufführten.

Grundsätzlich positive Bewertungen

Alle Teilnehmer haben positive Erfahrungen mit dem Jugend-Demokratiefonds gemacht und lobten seine Existenz, was sich in Felix' Kommentar: „Die Berliner Jugendjury ist top.“ widerspiegelt. Das Hauptanliegen des Fonds – Kinder und Jugendliche zu fördern und ihnen Mittel für die Realisierung eigener Projekte zur Verfügung zu stellen – wird aus ihrer Sicht sehr gut erfüllt. Gerade im Vergleich zu

²² Dieses Kapitel wurde maßgeblich von Bastian Walther verfasst.

²³ Alle Namen wurden pseudonymisiert.

anderen Förderprogrammen sei das Antragsverfahren beim Berliner Jugend-Demokratiefonds niedrigschwellig:



Was mir beim Jugend-Demokratiefonds als besonders positiv aufgefallen ist, ist, dass dieser noch am unkompliziertesten ist, der Förderantrag hat 'ne gute Länge, ist meistens nicht zu lang und die Abrechnung ist auch nicht das Aufwändigste« (Felix).

Besonders die bezirklichen Jurys und die Berliner Jury wurden dafür hervorgehoben, dass sie „*sehr jugendfreundlich*“ (Martin) und leicht zugänglich seien (Felix), ein freundlicher Umgang herrsche (Niko) und die Erfolgsaussichten als „*sehr hoch*“ (Jonas) eingeschätzt werden können. Jonas unterstrich zudem, dass in diesen beiden Programmen das Verfahren insofern transparent sei, als dass die Jugendlichen selbst über die Bewilligung abstimmen und diskutieren können. Darüber hinaus sei die Abstufung in unterschiedliche Stufen von 1.000 Euro, 3.000 Euro und 15.000 Euro der maximalen Antragssumme sinnvoll, weil sie Übung im Stellen von Anträgen sowie im Durchführen und Organisieren von kleinen Projekten ermöglichen, die als Vorbereitung für größere Projekte dienen können:



Ich finde es gut, dass es mehrere Programme gibt, weil die Töpfe dadurch unterschiedlich hoch sind, und es etwas komplexere und weniger komplexe Antragsverfahren gibt« (Felix).

An der konkreten Umsetzung der Projekte schätzen die Jugendlichen, dass sie selbst die Themen und die Verwendung der Mittel bestimmen können. Auch die Möglichkeit, bis zu 20 Prozent der Mittel auf Antrag umzuwidmen, wurde als sehr positiv und konstruktiv wahrgenommen, da nicht immer ganz vorherzusehen sei, welche Ausgaben nötig sind. Dies wird beispielhaft am Projekt von Martin deutlich, das sich vom überschaubaren Gesangsworkshop und Konzert auf der Straße hin zur Gründung eines Musiklabels und zur Gestaltung eines gesamten Konzerttages in der Deutschen Oper Berlin ausweitete.

Probleme und Herausforderungen

Trotz der grundsätzlich positiven Bewertungen ist es den Jugendlichen ein Anliegen, auf Probleme und Herausforderungen hinzuweisen.

Bekanntheit des Projektes

So bringt Martin das Problem des Wissens um die Fördermöglichkeiten folgendermaßen auf den Punkt:



Wenn man davon weiß, ist es eine gute Möglichkeit, aber die allerwenigsten werden davon wissen« (Martin).

Von den Fördermöglichkeiten durch den Jugend-Demokratiefonds zu erfahren und dann den Durchblick über die verschiedenen Formate zu erlangen, stellt also die größte Hürde für potenziell engagierte Jugendliche dar. Dies zeigt sich exemplarisch darin, dass zu Beginn der Gruppendiskussion selbst den erfahrenen Jugendlichen als Organisatoren mehrerer Projekte nicht immer klar ist, welcher Ebene ihre geförderten Projekte zuzuordnen sind, sodass zunächst in einer Metadiskussion die Struktur des Jugend-Demokratiefonds erörtert werden muss. Sie selbst sind zudem vor allem durch die Vereine, in denen sie tätig sind, oder Arbeitsstellen auf den Fonds aufmerksam geworden: Martin über eine Stelle im Rathaus eines Berliner Bezirkes, in der er die dortige Jury begleitete, Jonas und Felix über das

Freizeitzentrum, das durch den Leiter in der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds vertreten ist, und Niko über den Sportverein.

Entscheidungsverfahren über Anträge

Weitere Herausforderungen sind mit der Entscheidung über die Förderung konkreter Projekte verbunden. Auf den unteren beiden Ebenen der Jurys, in denen die jugendlichen Antragsteller selbst über die Projekte im Wert von bis zu 1.000 bzw. bis zu 3.000 Euro entscheiden, sind die Erfolgssichten sehr hoch, was dazu führt, dass bei manchen Projekten der „Mehrwert“ fraglich ist, wie sich die Jugendlichen ausdrücken. Es komme vor, dass dann Projekte gefördert werden, die zwar etwas weniger als die ursprünglich beantragte Summe bekommen, aus Sicht der anwesenden Jugendlichen aber am besten „gar nicht“ gefördert werden sollten. So würden Anträge zu Paintball-Turnieren, privaten Feiern oder Reisen, die über die beantragende Gruppe hinaus keinen anderen Jugendlichen zugutekommen, zwar in der Regel abgelehnt, aber eben nicht immer.

Das Verfahren, in dem die Antragsteller selbst in Gruppen sowohl über den eigenen Antrag als auch über die Anträge von anderen entscheiden, birgt zudem mehrere Konflikte: Zum einen ist aus Sicht der Jugendlichen zu wenig Zeit für die Entscheidung über Finanzpläne vorgesehen, sodass keine gut begründete Entscheidung getroffen werden kann. Dies liegt zum Teil auch daran, dass die Sitzungen unter der Woche abends stattfinden. Zudem entstehen Interessenskonflikte, wenn die Jugendlichen über mehrere Projekte entscheiden sollen, von denen eines ihr eigenes ist. Da in Gruppen abgestimmt wird, die immer nur einen bestimmten Teil aller Anträge diskutieren und bewerten, kommt es darüber hinaus vor, dass manche Anträge von den Antragstellern nicht verteidigt werden können und somit einen Nachteil haben gegenüber denjenigen, die zufällig in der über den Antrag entscheidenden Gruppe anwesend sind.

Wenn die für alle Projekte zur Verfügung stehenden Finanzmittel geringer sind als die insgesamt beantragte Summe, führe das zu Lösungen wie derjenigen, allen Projekten pauschal die entsprechende Differenz zu kürzen – unabhängig vom Inhalt des Antrags. Eine andere Lösung sei, bei allen Projekten einen bestimmten Ausgabenbereich, wie Werbung bzw. Öffentlichkeitsarbeit, zu kürzen.

Was die Förderung von Projekten über 15.000 Euro angeht, nehmen die Jugendlichen wahr, dass sowohl die Steuerungsgruppe als auch die Fachjury über Anträge entscheiden, was sich in einem für sie nicht nachvollziehbaren Prozess vollzieht. Zudem fehlten Begründungen für eine Ablehnung. Ein Jugendlicher bringt dies folgendermaßen auf den Punkt:



Das ist 'ne totale Dunkelkammer, muss ich mal so sagen [...].

Was ich noch zum Ablauf der Förderung für [die Programmsäule] 1A sagen wollte, ist, dass ich das mit den zwei Gruppen [Fachjury und Steuerungsgruppe] super intransparent finde, wie es dort zu einer Förderentscheidung kommt. Wenn man dort nicht gefördert wird, dann kriegt man eigentlich so gut wie keine Rückmeldung. Wenn man gefördert wird, ist man halt gefördert, warum weiß man auch nicht, dann stellt man aber auch nicht die Frage, wenn man gefördert wurde« (Jonas).

Dass mit dem Vorsitzenden des Landesschülerausschusses Berlin nur ein einziger Jugendlicher in einem der beiden Gremien vertreten ist, erscheint ihnen nicht dem projekthärenten Ziel der Jugendbeteiligung zu entsprechen.



Dass in der Fachjury keine Jugendlichen vertreten sind und in der Steuerungsgruppe, lass es zehn Leute sein, nur eine jugendliche Person dabei ist, ist für Jugendprojekte einfach ungeeignet« (Felix).

Schließlich werden organisatorische Herausforderungen genannt: Die Fluktuation bei den Betreuern der bezirklichen Jugendjurs sei zu hoch. Zudem sei der Rhythmus der Berliner Jugendjury schwierig, da die zwei Jahrestermine im Sommer schnell aufeinander folgen (Juni und September), während den Rest des Jahres über keine Anträge eingereicht werden könnten.

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Obwohl das Projektbüro des Jugend-Demokratiefonds diesbezüglich gelobt wird, wird die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit für Projekte beklagt. So hätte sich beispielsweise Martin über Kooperationen und Unterstützung mit Medien wie Tageszeitungen oder dem Radio sowie mehr Sichtbarkeit im Netz gefreut, um mehr Aufmerksamkeit für die konkreten Projekte zu generieren.



Es wäre total cool, wenn man da eine öffentliche Reichweite hätte durch ‚STARK gemacht‘« (Martin).

Auch ein Austausch unter den unterschiedlichen bezirklichen Jugendjurs fände nicht systematisch statt.

Verbesserungsvorschläge

In Verbindung mit den verschiedenen Herausforderungen formulieren die Jugendlichen von sich aus eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen, die ihre Verbundenheit mit dem Berliner Jugend-Demokratiefonds zeigen:

Bekanntheit des Projektes

Zunächst wird gefordert, die Niedrigschwelligkeit des Zugangs zu verbessern: So sollte das Projekt an Schulen bekannt gemacht werden, beispielsweise indem Schulsozialarbeiter:innen einbezogen werden. Insgesamt wird gefordert, sich als Fonds dort zu „präsentieren, wo Jugendliche sind“:



Die bezirkliche Jugendjury und die Berliner Jugendjury sind eigentlich sehr niedrigschwellig, würde ich mal sagen, ist ja nur ein Online-Antrag, wenn man es weiß. Das Problem ist immer, dass sehr viele Berliner Jugendliche davon nichts wissen und dass sich der Jugend-Demokratiefonds da ein bisschen mehr präsentieren muss, da wo Jugendliche sind, in Schulen etc.« (Martin).

Entscheidungsverfahren über Anträge

Des Weiteren schlagen die Jugendlichen eine Überarbeitung der Abstimmungsverfahren über Projekte bzw. Finanzpläne vor:

So sollte grundsätzlich mehr Zeit für die Begutachtung einzelner Finanzpläne zur Verfügung stehen, sodass im Einzelfall darauf eingegangen werden kann „Was wird unbedingt benötigt? Was ist optional?“. Eine Möglichkeit wäre, zumindest bei Projekten mit einer Summe von bis zu 3.000 Euro, Termine am Samstag zu organisieren, sodass sich die Jugendlichen den Tag über Zeit nehmen könnten.



Was mir noch aufgefallen ist, die Berliner Jugendjury wird oft unter der Woche rein-gequetscht, so auf nen Abend, wo das Problem ist, dass dann keiner mehr Zeit hat, und ich finde, wer 3.000 Euro haben will für sein Projekt, kann sich dafür auch mal einen Samstag Zeit nehmen« (Felix).

Darüber hinaus sollten in einem demokratischen Prozess von einer unabhängigen Jugendjury, deren Mitglieder zu dem Zeitpunkt kein Projekt selbst beantragen, Kriterien entwickelt werden, die im Anschluss an alle eingereichten Anträge angelegt werden. Erste Ideen für die Voraussetzungen eines solchen „Mehrwerts“ der Projekte könnten die Anzahl der Zielsetzungen, die Anzahl der erreichten Personen, die Förderung demokratischer Kompetenzen oder die Nachhaltigkeit eines Projektes sein.

Schließlich müsste eine substantielle Anzahl von Jugendlichen in die Gremien der Fachjury und der Steuerungsgruppe einbezogen werden, wenn es um die Entscheidung über Anträge der 1A-Säule geht.

Hinsichtlich der Zeitpunkte plädieren die Jugendlichen dafür, die Berliner Jugendjury im Februar und im September stattfinden zu lassen, sodass die beiden Zeitpunkte für Anträge besser über das Jahr verteilt sind.

Öffentlichkeit und Vernetzung

Um der mangelnden öffentlichen Aufmerksamkeit und den mangelnden Vernetzungsmöglichkeiten zu begegnen, stimmen die Jugendlichen dem Vorschlag zu, eine jährliche Gala zu veranstalten, zu der alle Umsetzer:innen von geförderten Projekten eingeladen sind und wo besondere Projekte aus unterschiedlichen Fördersäulen hervorgehoben und gewürdigt werden. Hierzu könnten auch Medienvertreter:innen eingeladen werden, um die Sichtbarkeit des Förderprogrammes zu erhöhen.

Wirkungen

In den Aussagen aus der Gruppendiskussion ließen sich erste Hinweise auf die Wirkungen des Projekts aus Sicht der Jugendlichen herausfiltern:

So sind sich die Teilnehmer einig, dass es ein wichtiger Effekt der Projekte ist, Menschen zu begeistern – sei es, dass sich Menschen bewegen können, weil beispielsweise kostenlos Skateboards verliehen werden (*Niko: „Wo gibt es das sonst noch?“*) oder weil sie in einem Gesangsworkshop gefördert werden und in der Oper auftreten können. Zudem wird die Erfahrung der Selbstwirksamkeit durch die Projektdurchführenden hervorgehoben: Von der Antragstellung über das Durchführen eines Projektes und das Entscheiden über andere Projekte auf unterschiedlichen Ebenen mit zunehmenden Antragssummen ergeben sich vielzählige Möglichkeiten, sich mit den eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und zu wachsen. Ihre eigenen vielfältigen Ideen trotz Hürden und Schwierigkeiten umsetzen zu können, erfahren die Jugendlichen als großen Gewinn und entwickeln Selbstbewusstsein daraus. Nicht zuletzt eignen sie sich auch Kompetenzen im Rahmen des Antragswesens und des Projektmanagements an, die für spätere berufliche Tätigkeiten von Vorteil sind.

Schließlich ermöglichen die unterschiedlichen Austauschformate zu Themen wie Rassismus, Klimawandel, Beteiligung etc. oder das Entwickeln und Aufführen eigener Lieder das ‚Finden‘ und ‚Hörbarmachen‘ der eigenen Stimme: Die Jugendlichen zeigen, dass sie da sind, und schaffen Aufmerksamkeit für ihre Anliegen.

Diskussionspunkte und offene Fragen

Einige Fragen wurden in der Gruppendiskussion von den Teilnehmern offen und kontrovers diskutiert: Auch dies spricht für eine intensive Auseinandersetzung und für eine Identifikation mit dem Förderprogramm:

Ein Verein zur Unterstützung?

So wird die Frage, inwiefern man einen Verein braucht, um ein Projekt zu realisieren, unterschiedlich gesehen: Auf der einen Seite wurde die Unterstützung gelobt, beispielsweise um überhaupt auf die Möglichkeit der Förderung aufmerksam zu werden, bei der Antragstellung, der Abrechnung und der Verwaltung von Geldern oder bei der Begleitung. Niko, Jonas und Felix haben ihre Vereine in dieser Hinsicht als große Entlastung und Unterstützung wahrgenommen, die sie gleichzeitig inhaltlich nicht einschränkten oder beeinflussten. Martin war auf der anderen Seite froh, Projekte mit seinen Mitstreitern unabhängig von bestehenden Projekten durchführen zu können. Dass prinzipiell beide Varianten möglich sind und die Unterstützung durch Erwachsene bzw. institutionelle Träger möglich, aber nicht notwendig ist, schätzen daher alle Beteiligten.

Abrechnung und Verantwortung von Projekten mit steigenden Summen

Die Frage der Abrechnung und Verwaltung eines Projekts scheint mit steigenden Summen ein wichtigeres Thema zu werden. So betont ein Jugendlicher:



Das ist ein enormer Sprung von der Berliner Jugendjury bis zur Programmsäule 1A« (Martin).

Gleichzeitig scheint den Teilnehmern aber der gesteigerte Abrechnungsaufwand auch angemessen. Allerdings wird berichtet, dass die Anforderungen für das Belegen von Ausgaben bei Projekten im Umfang von 1.000 Euro in manchen Bezirken strenger sind als bei Projekten im Umfang von 3.000 Euro, was darauf hinweist, dass die diesbezüglichen Kriterien für das Abrechnungsverfahren überdacht bzw. genauer geklärt werden könnten.

Die Jugendlichen empfehlen, vor dem Antrag für ein 15.000-Euro-Projekt zunächst kleinere Projekte zu absolvieren, um sich in der Umsetzung zu üben, und bei Summen dieser Größe, wenn möglich, auch Vereine miteinzubeziehen. Zumindest für Felix richtet sich die Säule 1A (zusammen mit 1B) vorrangig an Vereine, weshalb umso wichtiger erscheint, dass auch Jugendliche in die Entscheidung über Projektanträge einbezogen werden:



Also, an sich sollen sich bei 1A und 1B prinzipiell eher Vereine bewerben, aber ihre Projekte sollen für Jugendliche gedacht sein. [...] So ist dieses Förderprogramm auch von der Komplexität her total ausgelegt, sowohl Antragstellung als auch Abrechnung, das ist Fachpersonal. [...] Gerade deswegen, weil es Erwachsene sind, die diese Anträge schreiben, ist es umso wichtiger, dass Jugendliche darüber mitentscheiden, ob die Idee sinnvoll ist oder nicht« (Felix).

Entscheidungsverfahren der Jugendlichen über Finanzpläne

Was die Entscheidung über konkrete Finanzpläne seitens der Jugendlichen unter Bedingungen der unzureichenden Deckung der Gesamtsumme aller Anträge angeht, werden verschiedene Modelle diskutiert, von denen noch keines ideal erscheint:

- *Prozentuelle Abschläge,*
- *Hybrid-Modell (prozentuelle Abschläge plus weitere Elemente),*
- *Diskussion von Streichungspotenzialen plus prozentuale Kürzungen.*

Jonas gibt bezüglich einer Diskussion über alle Pläne im Plenum zu bedenken:

» *Diese Abstimmung zwischen fünf Finanzplänen dann am Ende, das ist eigentlich völliger Irrsinn, da muss man sich überlegen, ob man dann im Plenum kurz über alle Finanzpläne spricht, aber ob das umsetzbar ist, weiß ich nicht« (Jonas).*

Insgesamt scheint es hier sinnvoll zu sein, sowohl über die Kriterien als auch über das Abstimmungsverfahren unter den Jugendlichen zu debattieren und ein angemessenes Entscheidungsverfahren zu entwickeln.

Positives Gesamtfazit

Zum Abschluss sollen noch einmal die Jugendlichen zu Wort kommen, denen es auch am Ende der Gruppendiskussion wichtig war, trotz kontroverser Diskussionen ein positives Feedback zum Berliner Jugend-Demokratiefonds mitzugeben:

» *Was schon ziemlich einzigartig ist beim Jugend-Demokratiefonds in Berlin, ist, dass es bei den kleinen Förderprogrammen wirklich super einfach ist, dort das Geld abzurufen. Das ist ein super Einstieg, um erste Projekte selbst umzusetzen und Mittel dafür zu bekommen. Ich weiß nicht, ob es das sonst noch mal in Deutschland gibt, aber das ist schon eine tolle Sache, dass die Jugendlichen bei den bezirklichen Jugendjurs 1.000 Euro beantragen können, damit kann man schon einiges auf die Beine stellen« (Jonas).*

4.3 Kinder- und Jugendjurs in Berliner Bezirken

Um weitere Erfahrungen junger Menschen, die sich auf der bezirklichen Ebene engagieren, in die Bestandsaufnahme des Jugend-Demokratiefonds einbeziehen zu können, haben wir im Rahmen unserer Befragung von Koordinator:innen bezirklicher Jugendjurs für eine Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Gruppendiskussionen geworben. Ergänzend haben wir mit Unterstützung der Jugendverwaltung in Bezirken angefragt, die über fest installierte Kinder- und Jugendjurs verfügen. Allerdings ließen sich teilnehmende Beobachtungen von Jurysitzungen und die Durchführung von Gesprächsrunden mit Jugendlichen nicht mehr vor den Berliner Schulferien ermöglichen, da die Jurysitzungen entweder bereits stattgefunden oder Ansprech- und Begleitpersonen bzw. Kinder und Jugendliche zu sehr beansprucht waren. Einige Schlaglichter auf die Erfahrungen und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen auf bezirklicher Ebene bieten eine Gesprächsrunde mit Mitgliedern der Kinder- und Jugendjury Tempelhof-Schöneberg, schriftliche Antworten von Mitgliedern der Kinder- und Jugendjury Charlottenburg-Wilmersdorf sowie das Interview mit einer Jugendlichen aus Lichtenberg-Hohenschönhausen, die noch kurzfristig nach der Sommerpause durchgeführt werden konnten.

Tempelhof-Schöneberg

Im Anschluss an die online durchgeführte 2. Sitzung der Kinder- und Jugendjury Tempelhof-Schöneberg vom 10. September 2022 konnte eine 45-minütige Gesprächsrunde mit Teilnehmer:innen der bezirklichen Kinder- und Jugendjury durchgeführt werden, an der sich insgesamt elf Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 18 Jahren aktiv beteiligten.

Die Kinder und Jugendlichen berichteten, dass sie bei ihrem Treffen der Kinder- und Jugendjury insgesamt über acht Projekte entschieden haben, darunter die Projekte „Wasserski“, „Hausaufgabenraum“, „Trampolin und Ausflug zum Tropical Island“ sowie „Juleica-Ausbildung“. Sie hoben hervor, dass das Treffen der Jury, auch aufgrund der Moderation, gut gewesen sei. Positiv bewertet wird vor allem, dass am Ende alle Geld erhalten haben. Das beantragte Geld für die Projekte, jeweils zwischen 650 und 1.000 Euro, werde dabei, wie die Kinder und Jugendlichen betonen, nicht einfach willkürlich festgelegt, sondern hänge mit den konkreten Kosten der Projekte zusammen.

Die Kinder und Jugendlichen kommen eigenen Angaben zufolge über verschiedene Wege zur Kinder- und Jugendjury. Die Ideen für das Projekt und die Teilnahme am Jugend-Demokratiefonds gehen dabei beispielsweise auf den Klassenlehrer in der Schule, Betreuer:innen in Einrichtungen wie z.B. Kinderclubs oder Jugendfreizeiteinrichtungen oder das eigene Engagement in sozialen Projekten zurück. Das Ziel hinter einem Ausflug ins Tropical Island sei zum Beispiel, Jugendliche, „denen es schwerfällt, sich in eine neue Gruppe einzubringen“, besser kennen zu lernen und in die Gemeinschaft zu integrieren. Berichtet wird, dass die Beantragung und Durchführung der Projekte problemlos seien, da es keine großen Schwierigkeiten mit Formalitäten gebe. Die Teilnahme an Treffen der Kinder- und Jugendjury würde zudem Spaß machen, da sie gut organisiert seien.

Auf Nachfrage betonen einige, dass das Treffen, das noch einmal online über Zoom stattfand, schöner gewesen wäre, wenn alle persönlich an einem Ort gewesen wären. Die Online-Durchführung sei aber eine gute Alternative, die keine großen negativen Auswirkungen, sondern sogar Vorteile habe. So müsse man nirgendwo hingehen und könne auch teilnehmen, wenn man krank sei. Der Austausch über die Projekte sei auf jeden Fall gewährleistet, lediglich die Kommunikation bei den Abstimmungen sei online etwas schwieriger. Die Projektanträge seien vor der Jurysitzung verschickt worden, so dass alle Teilnehmenden vorab Bescheid wüssten. Auf der Jurysitzung seien die Projekte dann nur noch einmal kurz vorgestellt und Nachfragen beantwortet worden.

Über eine Teilnahme mit einem (größeren) Projekt über andere Fördersäulen des Jugend-Demokratiefonds haben die Teilnehmer:innen noch nicht konkret nachgedacht. Zwei Kinder berichten, dass für ihre Projekte, die von der ganzen Klasse organisiert wurden, bis jetzt nicht mehr als jeweils 1.000 Euro benötigt wurden. Die beiden können sich jedoch auf jeden Fall vorstellen, auch unabhängig von der Klasse in den nächsten Jahren eigene Projekte einzubringen.

Auf die Frage, was passieren müsse, damit Kinder und Jugendliche mehr gehört werden sowie mehr Chancen bekommen, ihre Wünsche zu verwirklichen, nennen die Kinder und Jugendlichen verschiedene Aspekte. Ein Jugendlicher nennt in diesem Kontext beispielsweise das Wahlrecht ab 16. Des Weiteren müssten Möglichkeiten wie die Kinder- und Jugendjurs auf Bezirks- und Stadtebene bekannter gemacht und weiterverbreitet werden. Da die meisten Anträge bis jetzt aus den Jugendfreizeiteinrichtungen kämen, sollten sie auch stärker in die Schulen getragen werden, da dadurch noch mehr Kinder und Jugendliche erreicht werden könnten und so die Chance bekämen, sich eigene Projekte auszudenken und diese auch umzusetzen.²⁴ Zuletzt drücken alle Kinder und Jugendlichen ihre grundsätzliche Zufriedenheit und Dankbarkeit gegenüber der Kinder- und Jugendjury und dem Jugend-Demokratiefonds aus.

²⁴ Nach Angaben des Kinder- und Jugendjury-Teams Tempelhof-Schöneberg können fünf der 21 über das Jahr bei der Kinder- und Jugendjury eingereichten Anträge auf den Transfer des Projektes vom Kinder- und Jugendparlament in die Schulen zurückgeführt werden.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Die geplante Teilnahme an einer Sitzung der Kinder- und Jugendjury Charlottenburg-Wilmersdorf ließ sich im Berichtszeitraum leider nicht realisieren, so dass wir die Teilnehmer:innen der Jurysitzung vom 29. August 2022 gebeten haben, uns auf folgende Fragen eine kurze Antwort aufzuschreiben:

1. Was gefällt Dir am besten an der Kinder- und Jugendjury in Charlottenburg-Wilmersdorf?
2. Was würdest Du vermissen, wenn es die Kinder- und Jugendjury nicht gäbe?
3. Hast Du Verbesserungsvorschläge zur Kinder- und Jugendjury?

Die Fragen wurden von der Koordinatorin der Kinder- und Jugendjury ausgedrückt, von den Kindern nach der Jurysitzung vor Ort beantwortet und die Ergebnisse wurden uns anschließend elektronisch übermittelt.



Die Kinder und Jugendlichen waren nicht zu ausladend in ihren Antworten, aber die Stimmung war auch sehr ausgelassen, nachdem der Rückhalt und Zuspruch in der Sitzung so groß waren, dass alle Projekte einstimmig beschlossen wurden« (Anna Kröger, Koordinatorin der Kinder- und Jugendjury in Charlottenburg-Wilmersdorf).

Die Antworten vermitteln trotzdem einen kleinen Einblick in das Wirken der bezirklichen Kinder- und Jugendjury und sollen daher an dieser Stelle dokumentiert werden:

Die Fragen wurden von fünf Jugendlichen im Alter von 13 bis 18 Jahren beantwortet:

1. Was gefällt Dir am besten an der Kinder- und Jugendjury in Charlottenburg-Wilmersdorf?
 - Dass wir ernst genommen werden.
 - Niederschwelliges Angebot.
 - Die Moderatorin leistet super Arbeit.
 - Die Unterstützung und Atmosphäre.
 - Garten.
 - Der Austausch von Kindern und Jugendlichen über ihre Projekte und die Möglichkeit, Projekte so größer werden zu lassen.
 - Die Möglichkeit, am Ende des Projekts die erstaunten Gesichter der großen Erwachsenen zu sehen. Aber auch die Welt zu verändern.
2. Was würdest Du vermissen, wenn es die Kinder- und Jugendjury nicht gäbe?
 - Das Geld.
 - Möglichkeit auf Fördergeld.
 - Dass wir unsere Projekte nicht mehr umsetzen können.
 - Die Möglichkeit, soziale und ökologische Projekte umzusetzen und den Großen aus der Politelite zu zeigen, wie man Probleme richtig löst,
 - Die Möglichkeit, neue Projekte kennenzulernen und eigene Projekte schneller und einfacher zu finanzieren.
3. Hast Du Verbesserungsvorschläge zur Kinder- und Jugendjury?
 - Nein/keine Antwort (4x)
 - Größerer Geldtopf → Es ist immer schade, wenn aus finanziellen Gründen sinnvolle Projekte nicht gefördert werden können.

Lichtenberg

Im Bezirk Lichtenberg konnte nach den Berliner Schulferien noch ein Interview mit einem Mitglied der Jugendjury im Ortsteil Hohenschönhausen durchgeführt werden, das individuelle Perspektiven sichtbar macht. Das Interview mit Lenny²⁵, 16 Jahre, wurde online durchgeführt.

Lenny erzählt, dass sie seit ihrem zehnten Geburtstag in einen Jugendclub in Hohenschönhausen geht, wodurch sich der Kontakt zu Gangway entwickelte, über den sie schließlich zur Jugendjury gekommen ist. Ihr gefällt insbesondere, dass über den Fonds Jugendclubs und Angebote unterstützt werden, an denen junge Menschen beteiligt sind und über die sich Kinder und Erwachsene freuen. Aus diesem Grund wollte sie daran teilhaben und auch mitentscheiden.

Bei der Auswahl von Projekten entscheide sie unparteiisch, je nachdem, was benötigt wird und was es bezweckt. Es sei ihr wichtig, dass jeder Jugendclub für jedes Kind etwas habe, was diesem Spaß mache. Durch Angebote wie Volleyball, Laufbänder und einen Fußballplatz des Kinderclubs sowie den Fitnessraum und das Tonstudio des Jugendclubs werde für jedes Kind ein Raum geschaffen, in dem es sich ausleben könne. Durch die regelmäßige Benutzung müsse aber öfter was repariert oder ersetzt werden. Dies koste alles Geld. Laut Lenny freuen sich die Kinder darüber, etwas Festes zu haben, wo sie hingehen, lernen und Spaß haben können, wo sie sich aufgenommen fühlen und mit Menschen zusammen sind, mit denen sie sich verstehen und kommunizieren können. Es gebe aber auch Projekte unabhängig von Jugendclubs, z.B. wurde mal ein Tanzkurs für geflüchtete Kinder unterstützt.

Lenny erzählt, dass sie in der Jugendjury, in der sie sich seit etwa zwei Jahren engagiert, zu viert sind. Die Gruppe verstehe sich super und es gebe kaum Konflikte. Allerdings gebe es durchaus Projekte, bei denen sich die Gruppe uneinig ist und es zu Diskussionen kommt. Grundsätzlich werde aber immer überlegt, wie mit Projekten umgegangen werden sollte, und versucht Einigkeit zu erreichen. Das Budget sei aber zu klein, um jedes Projekt anzunehmen. Es werde daher immer versucht, Alternativen zu finden, z.B. durch das Ausleihen von Sachen zwischen Jugendclubs oder die Suche nach günstigeren Varianten, um Gelder für ein gewünschtes Projekt einzusparen. Lenny meint, dass mehr Geld auf jeden Fall mehr Chancen bringen würde, aber grundsätzlich müssten die Gelder gut verwaltet werden. Die Treffen der Jugendjury werden dabei flexibel und je nach Bedarf organisiert. Viel werde zudem auch über eine gemeinsame WhatsApp-Gruppe geregelt.

Lenny ist davon überzeugt, dass die Arbeit der Jugendjury wertgeschätzt wird. Die Betreuer:innen der Jugendclubs sowie die Kinder, die die Projekte beantragen wollen, seien immer sehr froh, dass die Mitglieder der Jugendjury sich darum kümmern und diese dadurch ermöglichen. Um den Jugend-Demokratiefonds weiter zu verbessern, wäre nach Lenny hauptsächlich mehr Geld wichtig, ansonsten sei sie aber sehr zufrieden. Für sie sei die Jugendjury ein fester und produktiver Bestandteil ihres Lebens und sie freue sich immer, wenn es einen Termin gibt. Bei ihren Treffen sprechen sie Lenny zufolge immer auch offen über Privates, sodass man Ratschläge sammeln und auch etwas zurückbekommen könne. Lenny erwähnt zudem, dass sie in ihrer Schule mit der Lehrerin über ihr Ehrenamt geredet habe und auch die Möglichkeit bekommt, sich für ihre Tätigkeit in diesem Kontext ab und zu freizunehmen.

²⁵ Namen pseudonymisiert.

4.4 Resümee – Erfahrungen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen

Die Gespräche mit Kindern und Jugendlichen auf Landesebene und in ausgewählten Bezirken zeigen, dass der Jugend-Demokratiefonds als Instrument zur Förderung von Engagement und Beteiligung junger Menschen sehr wertgeschätzt wird. Allerdings beklagen fast alle Gesprächspartner:innen, dass der Fonds aufgrund seines geringen Bekanntheitsgrades noch viel zu wenig genutzt wird. Junge Menschen, die den Demokratiefonds kennen, schätzen den niedrigschwelligen und wenig bürokratischen Charakter des Förderprogramms, der es ihnen ermöglicht, eigene Projektideen mit öffentlichen Fördergeldern umzusetzen. Als Stärken des Jugend-Demokratiefonds werden vor allem die Kinder- und Jugendjurs in den Bezirken und auf Landesebene hervorgehoben, in denen die Jugendlichen selbst über die Bewilligung von Projekten abstimmen und diskutieren können. Die Befragten schätzen die verschiedenen Fördersäulen des Jugend-Demokratiefonds, kritisieren aber die mangelnde Transparenz der Förderentscheidungen in den Programmsäulen 1A und 1B sowie die geringe Repräsentanz von Jugendlichen. Zudem wünschen sie sich mehr Gelegenheiten für Austausch und Vernetzung.

Handlungsmöglichkeiten:

- Den Bekanntheitsgrad des Jugend-Demokratiefonds verbessern und mehr niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Jugendliche schaffen.
- Den finanziellen Anteil der von Kindern und Jugendlichen beantragten, durchgeführten und verwalteten Projekte (bezirkliche Kinder- und Jugendjurs, Berliner Jugendjury) an den Programmmitteln des Jugend-Demokratiefonds erhöhen.
- Die Kriterien zur Förderung von Projekten im Rahmen der Berliner Jugendjury durch die Jugendlichen selbst entwickeln lassen (z.B. durch eine unabhängige Jugendjury).
- Das Entscheidungsverfahren über die Förderung von Projekten und zur Abstimmung von Finanzplänen im Rahmen der Berliner Jugendjury gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen überarbeiten.
- Die Repräsentanz von Jugendlichen in den Gremien des Jugend-Demokratiefonds (Steuerungsgruppe, Fachjury) verbessern.
- Mehr Möglichkeiten für Austausch und Vernetzung zwischen Jugendlichen, die Projekte in den verschiedenen Fördersäulen umsetzen.
- Die öffentliche Sichtbarkeit des Förderprogramms verbessern, z.B. durch die Veranstaltung einer jährlichen Gala, auf der besondere Projekte aus den verschiedenen Fördersäulen vorgestellt und gewürdigt und zu der Medien und Politiker:innen eingeladen werden könnten.

5 Fazit und Ausblick

Das Landesprogramm „Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!“ hat sich in den zehn Jahren seines Bestehens als ein wichtiger Baustein der Demokratiebildung in Berlin etabliert. Mit seinen verschiedenen Fördersäulen spricht es verschiedene Zielgruppen auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen sozialen Räumen an. Zu den herausragenden Merkmalen gehören vor allem die Kinder- und Jugendjurs auf Bezirks- und Landesebene, in denen junge Menschen im Austausch miteinander selbstständig über die Vergabe der Mittel entscheiden. Zum Erfolg des Berliner Jugend-Demokratiefonds trägt aber auch bei, dass er kontinuierlich verfügbar, breit aufgestellt und über die Jahre gewachsen sowie relativ niedrigschwellig und unbürokratisch ausgerichtet ist.

Der Jugend-Demokratiefonds ist aber auch ein anspruchsvolles Konstrukt mit komplexen Entscheidungs- und Gremienstrukturen und dazugehörigen Grundlagen wie Konzept, Förderrichtlinien und Geschäftsordnungen. Die verschiedenen Wachstumsringe des Landesprogramms resultierten zum Teil aus unterschiedlichen Entstehungszusammenhängen und Entwicklungsdynamiken, die die Kohärenz des Programms beeinträchtigen. Das Programm weist in seiner inneren Struktur insbesondere im Hinblick auf Klarheit und Transparenz viele Veränderungspotenziale auf und zeigt bezogen auf wirkungsorientierte Evaluation und öffentliche Sichtbarkeit deutliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die vorliegende Bestandsaufnahme kann aufgrund ihrer Anlage keine umfassende Evaluation ersetzen, aber eine Diskussion über Entwicklungspotenziale und Stellschrauben ermöglichen.

Ergänzend zu den in den einzelnen Kapiteln dieses Berichts genannten konkreten Handlungsmöglichkeiten sind die folgenden Empfehlungen als Anregungen zu verstehen, wie das Förderprogramm grundsätzlich weiterentwickelt werden könnte.

1. Der Jugend-Demokratiefonds Berlin bietet eine konkrete, lebensnahe und niedrigschwellige Beteiligungsform, die Anliegen der Jugendlichen aufgreift und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht. Dies gilt es zu bewahren und auszubauen.
2. Die Vertretung junger Menschen sollte in den Gremien des Jugend-Demokratiefonds (Steuerungsgruppe, Fachjury) gestärkt werden, damit Erfahrungen und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen direkt einfließen können und die Transparenz des Entscheidungsverfahrens verbessert wird.
3. Die Bestandteile des Förderprogramms, in denen Kinder und Jugendliche auf Bezirks- und Landesebene selbstständig über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden (bezirkliche Kinder- und Jugendjurs, Berliner Jugendjury), erscheinen im Sinne der Ziele des Programms besonders wirksam und wertvoll und sollten daher ausgebaut, stärker verankert und besser kommuniziert werden.
4. Demokratiebildung erfordert Partizipation, Selbstwirksamkeitserfahrungen und soziale Basiskompetenzen. Beteiligung, soziales Lernen und politische Bildung sollten aber nicht gleichgesetzt werden, da Beteiligung für politische Bildungsprozesse zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Notwendig ist vor allem, die eigene Rolle, die Spielregeln und die Rahmenbedingungen in einem Beteiligungsprozess zu reflektieren und als veränderbar zu erkennen.
5. Anknüpfungspunkte für politische Bildung bieten sich neueren Studien zufolge vor allem entlang folgender Spannungslinien: 1) Hohe Wertschätzung der Idee der Demokratie, aber verbreitete Unzufriedenheit mit ihrer Funktionsweise und ausgeprägte Distanz gegenüber Parteien und Politik sowie 2) teils ambivalente Haltungen gegenüber Zuwanderung und Vielfalt. Hier könnten

Projektformate, die Brücken zwischen Jugendlichen und Politik, aber auch zwischen Jugendlichen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Lebenswelten bauen, gezielt ansetzen.

6. Politische Bildung sollte sich an alle Kinder und Jugendlichen richten. Für den Jugend-Demokratiefonds bedeutet das, dass Kinder und Jugendliche unterhalb der Altersgrenze von 14 Jahren nicht nur informell, sondern auch regelhaft angesprochen und gefördert werden sollten. Zudem sollten die Anstrengungen verstärkt werden, alle Jugendlichen unabhängig von Merkmalen wie beispielsweise Bildungsstatus, Geschlecht, Lebenswelt und Einwanderungsgeschichte zu erreichen. Erfolgsfaktoren sind zielgruppen- und sozialraumbezogene Ansätze, prozessorientierte Beteiligungsstrategien sowie Basiselemente von Evaluation und Monitoring.
7. Zu den zentralen Herausforderungen in der Demokratie gehört es, zielgruppenspezifische Zugänge zu politischer Bildung zu schaffen, um einer zunehmenden politischen Ungleichheit entgegenzuwirken. Der Jugend-Demokratiefonds ist dafür ein ideales Instrument, kann seine Zielgruppenansprache aber noch verbessern.
8. Der Jugend-Demokratiefonds ist im Vergleich zu seinem Zielgruppenanspruch und seiner potenziellen Leuchtturm-Funktion in der politischen Jugendbildung wenig bekannt, sowohl in der Öffentlichkeit, unter Jugendlichen als auch unter politischen und administrativen Entscheidungsträger:innen. Hier gilt es, erfolgreiche Jugend-Projekte als „Botschafter“ des Programms sichtbarer zu machen und die Transmission der Möglichkeiten des Programms in die Sprache und die Medien von Jugendlichen voranzutreiben.
9. Die Gremienstruktur des Jugend-Demokratiefonds muss neu justiert werden, um die inhaltliche und strategische Entwicklung des Programms effektiv gestalten zu können und sich weniger mit internen Entscheidungsprozessen aufzuhalten. Geeignet erscheinen eine Weiterentwicklung bzw. Rückbesinnung der Steuerungsgruppe zu einem inhaltlichen Impulsgeber und einem Resonanzraum für fachliche und strategische Fragen – inklusive der Entwicklung aktueller thematischer Schwerpunkte – sowie eine Festigung der Entscheidungskompetenz der Fachjury.
10. Es sollte darüber nachgedacht werden, strukturbildende Elemente wie das Berliner Jugendforum oder die Jugendwahl U18 aus dem Jugend-Demokratiefonds herauszulösen und stattdessen im regulären Haushalt zu verankern oder zumindest die Steuerungsgruppe von der Verantwortung für die Entscheidung stets wiederkehrender und zeitraubender Fragen zu entlasten.
11. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen am Jugend-Demokratiefonds beteiligten Akteuren sollte verbessert werden, um Erfahrungen, Beispiele guter Praxis, Methoden oder Vorgehensweisen auszutauschen und somit voneinander zu lernen und gemeinsame Synergieeffekte zu nutzen.
12. Um die Datenlage zu verbessern, könnte ein verbessertes Fördermonitoring aufgebaut werden, das die Analyse der räumlichen und thematischen Verteilung von Fördermitteln und der erreichten Zielgruppen im zeitlichen Verlauf verbessert.
13. Mit der stärkeren Operationalisierung von Zielen und der Identifizierung aussagekräftiger Indikatoren könnten Grundlagen für eine wissenschaftliche Begleitung und wirkungsorientierte Evaluationen geschaffen werden.
14. Landes- und Bezirksebene könnten beim Jugend-Demokratiefonds Berlin besser verzahnt werden, um Synergiepotenziale zu erschließen (Anregung von Engagement auf Landesebene, Weitergabe und Verbreitung von Beispielen guter Praxis).

15. Die Potenziale des Jugend-Demokratiefonds Berlin könnten in ressortübergreifenden Konzepten und Strategien der Demokratieförderung und Jugendförderung besser sichtbar werden.



Wenn wir es schaffen, Jugendlichen ein Megafon in die Hand zu geben, damit sie ihre Themen besser artikulieren können und diese in den politischen Diskussionen sichtbar werden, dann hilft das der Politik auch, einen langfristigen Blick auf Veränderungen wie beispielsweise den Klimawandel zu gewinnen und nicht nur auf kurzfristige Effekte und die nächsten Wahlen zu schauen« (Aziz Bozkurt, Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung).



Gesellschaftliche Teilhabe ist ähnlich lebensprägend wie das Thema Bildungsteilhabe: Wenn es für mich selbstverständlich ist zu erkennen, dass ich eigene Interessen habe, mich mit anderen zusammenschließen und für diese Interessen einsetzen kann, dann habe ich schon mal etwas ganz Wichtiges in meinem Leben gelernt« (Cornelius Bechtler, Bezirksstadtrat Jugend und Familie in Pankow, Mitglied der Steuerungsgruppe).

Exkurs: Wissenschaftliche Perspektiven auf Jugendfonds

In den Gesprächen mit vier Wissenschaftler:innen aus dem Bereich Jugendbeteiligung und demokratisches Lernen (vgl. S. 14) wurden auch Erfolgsfaktoren von Förderprogrammen wie dem Jugend-Demokratiefond diskutiert, obwohl dieses Thema nicht im Zentrum stand. In der Zusammenschau zeigt sich dennoch, worauf es aus Sicht der Interviewten ankommt:

Prof. Dr. Sabine Achour merkt zur Internetpräsenz des Jugend-Demokratiefonds Berlin an, dass die Webseite nicht leicht auffindbar sei und es an Transparenz bezüglich der Förderkriterien mangle. Das könne abschreckend und demotivierend auf Jugendliche wirken. Dem ließe sich mit einer besseren Kommunikation und Transparenz bezüglich der Förderkriterien sowie der bisher geförderten Projekte entgegenwirken. Als problematisch bewertet sie zudem die festen Fristen zum Einreichen von Anträgen, da diese wenig Raum für Ad-hoc-Bewerbungen und anderweitige Flexibilität ließen. Die Form des Antrags bewertet sie hingegen positiv als relativ niedrigschwellig und zumutbar.

„Es ist alles wichtig und wertvoll, was zur Teilhabe motiviert, was das honoriert, was wertschätzt und das unterstützt.“

Prof. Dr. Kurt Möller findet es gut, dass es Förderprogramme wie den Jugend-Demokratiefonds Berlin gibt. Wichtig sei allerdings, dass sie so aufgestellt sind, dass sie Regelstrukturen nicht ersetzen. Es bestehe die Gefahr von Projektitis, wenn Träger gezwungen seien, die Finanzierung ihres Personals über Fonds zu garantieren. Die Fördergelder sollten zudem bei denjenigen ankommen, für die sie gedacht seien: bei den Gruppen von Jugendlichen. Wichtig sei dafür eine flexible und schnelle Auszahlung der Gelder, da sich die Interessen und Ideen von Kindern und Jugendlichen schnell wandeln:

„Dafür braucht man sehr viel Flexibilität in einem Fonds und auch pädagogische ‚Frontarbeiterinnen und -arbeiter‘, die unmittelbar mit den Jugendlichen arbeiten und nah an den Menschen sind, die die Gelder des Fonds verteilen. Die braucht man, weil die vor Ort das ‚Ohr auf den Gleisen‘ haben und wissen, was bei den Jugendlichen abgeht und wo eine Idee aufkommt. Und dann muss man – das ist nun mal bei Kindern und Jugendlichen so – relativ schnell reagieren können.“

Für *Dr. Christian Lüders* sind Jugendfonds interessant, da sie die Chance bieten würden, auch Jugendliche anzusprechen, die häufig nicht erreicht werden. Dafür müssten allerdings die Personen einbezogen werden, die zu ihnen eine Verbindung haben und mit ihnen arbeiten. Wenn den Jugendlichen dann

die Möglichkeit geboten würde, ein Projekt nach eigenen Vorstellungen zu planen und durchzuführen, könnten viele für eine Mitwirkung motiviert werden. Grundsätzlich würden dafür aber mehr Informationen benötigt: Wer generell mit den Projekten adressiert und erreicht wird, ein „Minimal-Monitoring“ zur Erhebung von Basisdaten sowie eine stärkere Evaluation, um sicherzustellen, dass nicht immer wieder die gleichen Personen angesprochen und Potenziale verspielt werden.

Prof. Dr. Sturzenhecker sieht ein Problem in den Anforderungen von Förderprogrammen, wenn Ergebnisse von Projekten bereits vorab benannt werden müssten, Themen vorgegeben würden und der Prozess dadurch vorbestimmt werde. Wichtig seien hingegen eine zielgruppenspezifische Herangehensweise der Einrichtungen und eine prozessorientierte, ergebnisoffene Förderstruktur. Prof. Dr. Sturzenhecker beschreibt zwei Qualitätsstandards von Förderprogrammen: Wird die Zielgruppe erreicht und wie lässt sich das in einer Evaluation überprüfen? Werden für die Zielgruppe relevante Themen aufgegriffen?

„Wenn dieses Prinzip der Betroffenheit gilt, wenn das der Inhalt der Partizipation ist, was für die Kinder und Jugendlichen wichtig ist, dann können wir nur den Prozess fördern und nicht das Ergebnis vorweg bestimmen.“

6 Literatur

- Abgeordnetenhaus Berlin (2022): Förderung: Politische Bildung in Berlin. Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Danny Freymark (CDU) vom 04. Februar 2022 und Antwort vom 21. Februar 2022. Drucksache 19/10869.
- Achour, Sabine (2021): Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 311-329.
- Achour, Sabine/Höppner, Anja/Jordan, Annemarie (2020): Zwischen Status quo und State of the Art. Politische Bildung und Demokratiebildung in Berlin. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben. Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (2017): Politische Bildung junger Menschen – ein zentraler Auftrag für die Jugendarbeit. Berlin.
- Albert, Matthias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/Schneekloth, Ulrich/Leven, Ingo/Utzmann, Hilde/Wolfert, Sabine (2019): Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Beltz: Weinheim, Basel [zitiert nach der Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020].
- Andresen, Sabine (2021): „Was viele Jugendliche abfuckt ...“ Wie sollte Politik für die Jugend aussehen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 71, 38/39, S. 11.
- Asal, Katrin/ Burth, Hans-Peter (2016): Schülervorstellungen zur Politik in der Grundschule. Lebensweltliche Rahmenbedingungen, politische Inhalte und didaktische Relevanz. Eine theoriegeleitete empirische Studie. Op-laden, Berlin, Toronto.
- Birnbacher, Leonhard/Durand, Judith (2022): Demokratie mit Kindern in der Kita. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 72, 13-14.
- BJK – Bundesjugendkuratorium (2017): Demokratie braucht alle. Thesen zu aktuellen Herausforderungen und zur Notwendigkeit von Demokratiebildung. Thesenpapier. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Blender, Johanna (2021): Aufsuchende politische Bildung im Quartier. Der Sozialraum Quartier als Lernort für die Förderung politischer Partizipation. Unter Mitarbeit von Wassili Siegert, Jakob Quentin, Maëlle Dubois, Imge Tak. Berlin: Minor – Wissenschaft Gesellschaft.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- Calmbach, Marc/Flaig, Bodo/Edwards, James/Möller-Slawinski, Heide/Borchard, Inga/ Schleer, Christoph (2020): Sinus-Jugendstudie 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alltag von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (2012): Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden: Springer VS.
- Europarat (Council of Europe) (2018): Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Online verfügbar unter:

<https://rm.coe.int/prems-000818-deu-2508-competences-for-democratic-culture-8556-couv-tex/168078e34e> [zuletzt abgerufen am 30.11.2020].

- Farin, Klaus (2020): Jugend – Politik – Partizipation. In: Moritz Peter Haarmann, Steve Kenner und Dirk Lange (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Wiesbaden 2020, S. 129-137.
- Gesemann, Frank/Freudenberg, Lea (2021): Produktive Resonanzräume schaffen. Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.
- Gille, Martina (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. In: DJI Impulse 119, 1, S. 16-19.
- Gille, Martina/Milbradt, Björn (2021): Autoritäre Orientierungen und konventionalistische Haltungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Kuger, Susanne/Walper, Sabine/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien. Bielefeld 2021, S. 100-107.
- Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian 2016: Jugend und Politik im Wandel? In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-24.
- Ilg, Wolfgang/Schaal, Sabrina (2022): Das Partizipations-Paradox: Empirische Erkenntnisse aus einem Förderprogramm zur Jugendpartizipation. In: deutsche jugend – Zeitschrift für die Jugendarbeit, 70, 5, S. 209-218.
- JFSB – Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin/Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie: Präsentation, 23. Februar 2022. Berlin.
- Kenner, Steve (2021): Politische Bildung in Aktion. Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen Jugendinitiativen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lüders, Christian (2021): Zu jung für Politik? In: DJI Impulse 1/21, S. 4-9.
- Lüders, Christian (2021a): Protest als Ressource? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 71, 38-39, S. 23-28.
- Massing, Peter (2012): Die vier Dimensionen der Politikkompetenz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 46-47, S. 23-29.
- Mauz, Anna/Gloe, Markus (2019): Demokratiekompetenz bei Service-Learning. Modellentwicklung und Anregungen für die Praxis. Berlin: Stiftung Lernen durch Engagement.
- Merkel, Wolfgang/Kneip, Sascha/Weßels, Bernhard (2020): Zusammenfassung und Ausblick: Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie. In: Sascha Kneip, Wolfgang Merkel und Bernhard Weßels (Hrsg.): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Milbradt, Björn/Heinze, Franziska/König, Frank (2018): Politische Bildung in einer Welt des Umbruchs. In: DJI Impulse, 1/18, S. 4-9.
- Möller, Kurt (2021): Erfahrungsräume öffnen – Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis. Esslingen: Hochschule Esslingen.
- Möller, Kurt (2022): Demokratische Bildung – Grundlegende Begriffe und Verständnisse. In: Kurt Möller/Florian Neuscheler/Felix Steinbrenner (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 16-28.
- Przeworski, Adam (2020): Krisen der Demokratie. Berlin 2020: Suhrkamp.
- Richter, Elisabeth/Lehmann, Teresa/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.) (2017): So machen Kitas Demokratiebildung: Empirische Erkenntnisse zur Umsetzung des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“. Weinheim, Basel: Beltz.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp.

- Schneekloth, Ulrich/Albert, Mathias (2019): Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: Mathias Albert et al. (2019): Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Beltz: Weinheim, Basel, S. 47-101 [zit. nach Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020].
- Schnetzer, Simon/Hurrelmann, Klaus (2022): Jugend im Dauerkrisen-Modus – Klima, Krieg, Corona. Trendstudie – Jugend in Deutschland (Sommer 2022). Siehe <https://simon-schnetzer.com/blog/pressemitteilung-zur-trendstudie-sommer-2022/>.
- Sturzenhecker, Benedikt (2022): Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen – Begründungen, Arbeitsprinzipien, Forschungsergebnisse. In: Kurt Möller/Florian Neuscheler/Felix Steinbrenner (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 32-46.
- Sturzenhecker, Benedikt/Glaw, Thomas/Schwerthelm, Moritz (2020): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 3. Kooperativ in der Kommune demokratisches Engagement von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- VSD – Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.): Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Düsseldorf.
- Wedekind, Hartmut/Daug, Mathias (2007): Vita gesellschaftlichen Engagements: Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter. Berlin: Deutsches Kinderhilfswerk.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anlage 1: Liste der Interview- und Gesprächspartner:innen (Interviews und Gruppendiskussionen)

Schlüsselpersonen aus dem Bereich des Berliner Jugend-Demokratiefonds

Termin	Interviewpartner:innen	Organisation/Gremium
07. Februar 2022	<p>Alexander Behrens <i>Geschäftsführer der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin</i></p> <p>Frank Brauer <i>Jugend-Demokratiefonds Berlin – STARK gemacht!</i></p>	Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin/Regiestelle des Jugend-Demokratiefonds Berlin
13. April 2022	<p>Kerstin Stappenbeck <i>Leiterin der Abteilung Jugend und Kinderschutz</i></p> <p>Frank Seibt <i>Kommissarische Leitung des Referats Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Kinder- und Jugenddelinquenz</i></p> <p>Jana Thun <i>Fachreferentin für Jugendarbeit und Beteiligung</i></p>	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Kinderschutz
28. März 2022	<p>Michael Raj Kunsmann <i>Geschäftsführer der Kinder- und Jugendstiftung Jovita, Die gelbe Villa</i></p> <p>Marcus Lehmann <i>Jugendhilfeplaner im Jugendamt Berlin-Mitte</i></p> <p>Hella Sobottka <i>Grundschullehrerin und Regionalberaterin im Programm „Demokratisch handeln“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie</i></p>	Fachjury Jugend-Demokratiefonds Berlin
30. März 2022 und 6. April 2022	<p>Dr. Martin Brendebach <i>Fachreferent für politische Bildung, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie</i></p> <p>Thomas Gill <i>Leiter Berliner Landeszentrale für politische Bildung</i></p> <p>Samuel Goldmann <i>Vorsitzender Landesschülerrats Berlin</i></p> <p>Thomas Liljeberg <i>Leiter Kinder-, Jugend- und Familienzentrum FEZ Berlin, in Vertretung der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ)</i></p>	Steuerungsgruppe Jugend-Demokratiefonds Berlin

	Sebastian Schiller <i>Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Leitung des Fachbereichs Kinder- und Jugendbeteiligung</i> Lea-Maria Warlich <i>Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung/Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)</i> Tilmann Weickmann <i>Geschäftsführer Landesjugendring Berlin</i>	
20. April 2022	Detlef Wagner <i>Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit in Charlottenburg-Wilmersdorf</i>	Mitglied der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds Berlin
04. Mai 2022	Cornelius Bechtler <i>Bezirksstadtrat Jugend und Familie in Pankow</i>	Mitglied der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds Berlin
18. Mai 2022	Aziz Bozkurt <i>Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung</i>	Vorsitzender der Steuerungsgruppe des Jugend-Demokratiefonds Berlin

Gesprächspartner:innen in Berliner Bezirken

28. Juni 2022	Marie Grünheid Lisa Michiels-Corsten <i>Straßensozialarbeiterinnen in Lichtenberg und Hohenschönhausen</i>	Gangway e.V. – Verein für Straßensozialarbeit in Berlin
---------------	--	---

Gesprächspartner:innen aus der Wissenschaft

27. April 2022	Dr. Christian Lüders <i>Leitung der Abteilung Jugend und Jugendhilfe (bis Ende 2021)</i>	Deutsches Jugendinstitut (DJI)
09. Mai 2022	Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker <i>Leitung des Arbeitsbereiches Sozialpädagogik</i>	Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft
17. Mai 2022	Prof. Dr. Kurt Möller <i>Professor für Soziale Arbeit</i>	Hochschule Esslingen, Fakultät für Soziale Arbeit, Bildung und Pflege
18. Mai 2022	Prof. Dr. Sabine Achour <i>Arbeitsschwerpunkt Politikdidaktik und Politische Bildung</i>	Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Darüber hinaus wurden eine Gruppendiskussion mit vier Jugendlichen und Heranwachsenden, eine Gesprächsrunde mit Mitgliedern der Kinder- und Jugendjury Tempelhof-Schöneberg, eine schriftliche Befragung von Mitgliedern der Kinder- und Jugendjury Charlottenburg-Wilmersdorf sowie ein Interview mit einem Mitglied der Jugendjury Hohenschönhausen in Berlin-Lichtenberg durchgeführt.

Impressum

Die Autoren

Dr. Frank Gesemann ist Diplom-Politologe, Mitbegründer und Geschäftsführer von DESI. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Engagement und Beteiligung, Migration und Integration sowie Stadt- und Quartiersentwicklung. Er verfügt über langjährige und vielfältige Erfahrungen mit wirkungsorientierter Evaluation und praxisorientierter Forschung.

Alexander Seidel, M.A., ist Human- und Stadtgeograf und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Stadt- und Quartiersentwicklung, urbane Ungleichheiten und zivilgesellschaftliche Beteiligung in lokalpolitischen Prozessen.

Bastian Walther ist Kindheitspädagoge und Bildungswissenschaftler (M.A.). Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DESI Institut und als Gastdozent im Studiengang Erziehung und Bildung in der Kindheit an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Kindheitsforschung, Forschen mit Kindern, Qualität pädagogischer Einrichtungen, Freundschaft im Ganztags und Demokratiebildung.

Herausgeber

Das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) ist ein privates sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich für die Förderung von Zivilität und bürgerschaftlichem Engagement sowie die Weiterentwicklung und Verwirklichung von Bürger- und Kinderrechten einsetzt. Zu den Schwerpunkten von DESI gehören wissenschaftliche Expertisen, Evaluationen und Wirkungsanalysen von Programmen und Projekten sowie die Beratung und Begleitung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte des Instituts liegen in den Themenfeldern Demokratie und Zivilgesellschaft, Engagement und Beteiligung, Migration- und Integration, Stadt- und Quartiersentwicklung sowie Kinder, Familie und frühpädagogische Institutionen.

© DESI 2022

ISBN: 978-3-9821139-5-1

Kontakt

Dr. Frank Gesemann

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Nymphenburger Str. 2, 10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Webseite: www.desi-sozialforschung-berlin.de